



8. Sitzung

Mittwoch, 9. Juli 2008

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog und Vizepräsidentin Nebahat Güclü

Inhalt:

Aktuelle Stunde	321	Fraktion DIE LINKE:	
Fraktion der SPD:		Taxifahrer in Bedrängnis – Behörde ignorant	
Studiengebühren in Hamburg: Schwarz-Grün bittet weiter zur Kasse		(Fortführung am 10.07.2008)	
Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD	321	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Thilo Kleibauer CDU	322	Wahl von acht ehrenamtlichen Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern der Kommission für Bodenordnung	
Dr. Eva Gümbel GAL	323	– Drs 19/546 –	337
Dora Heyenn DIE LINKE	324	und	
Dr. Herlind Gundelach, Senatorin	325	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Philipp-Sebastian Kühn SPD	326	Wahl eines Mitglieds und dessen Vertreterin oder Vertreter für die Kommission für Stadtentwicklung	
Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU	327	– Drs 19/625 –	337
Jenny Weggen GAL	328	Ergebnis	338
Christiane Schneider DIE LINKE	329		
Fraktionen der GAL und der CDU:			
Arbeitsplätze sichern – kein Ausverkauf bei Hapag-Lloyd			
Jens Kerstan GAL	330, 337		
Frank Schira CDU	331		
Elke Badde SPD	331		
Elisabeth Baum DIE LINKE	333		
Axel Gedaschko, Senator	333		
Barbara Ahrons CDU	334		
Wolfgang Rose SPD	335		
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	336		

Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 19/436:

Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes - Nichteinrichtung von Hauptschulklassen

– Drs 19/582 –

338

Michael Gwosdz GAL

338

Marino Freistedt CDU

339

Wilfried Buss SPD

340

Dora Heyenn DIE LINKE

341

Christa Goetsch, Zweite Bürgermeisterin

342

Beschlüsse

344

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:

Auswirkungen der Privatisierung der Deutsche Bahn AG auf Hamburg

– Drs 19/249 –

344

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

344

Jörn Frommann CDU

346

Ole Thorben Buschhüter SPD

348

Martina Gregersen GAL

349

Anja Hajduk, Senatorin

349, 352

Norbert Hackbusch DIE LINKE

351

Beschluss

352

Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL:

Überarbeitung des Wegegesetzes

– Drs 19/628 –

352

Klaus-Peter Hesse CDU

352

Andy Grote SPD

353

Horst Becker GAL

354

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

354

Beschluss

355

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/380:

Beteiligung der HGV an der Komplementär-GmbH eines Erwerbsvehikels (GmbH & Co. KG) zum möglichen Ankauf von Hapag-Lloyd (Senatsmitteilung)

– Drs 19/623 –

355

Kenntnisnahme ohne Besprechung

355

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Zukunft der Hamburger Lehrschwimmbecken wieder gefährdet – was tut der Senat?

– Drs 19/449 –

355

Juliane Timmermann SPD

355, 362

Thomas Kreuzmann CDU

356

Horst Becker GAL

357, 361

Kersten Artus DIE LINKE

358

Dr. Karin von Welck, Senatorin

359

Britta Ernst SPD

360

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

361

Besprechung erfolgt

362

Beginn: 15:00 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Studiengebühren in Hamburg: Schwarz-Grün bittet weiter zur Kasse

von der GAL- und der CDU-Fraktion

Arbeitsplätze sichern – Kein Ausverkauf bei Hapag-Lloyd

und von der Fraktion DIE LINKE

Taxifahrer in Bedrängnis – Behörde ignorant

Ich rufe das erste Thema auf. Wird das Wort gewünscht? – Die Abgeordnete Dr. Stapelfeldt hat es.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eines der ersten großen und hervorgehobenen Gesetzesvorhaben von Schwarz-Grün trifft auf breite Ablehnung in der Stadt, die Neuregelung der Studiengebühren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Bei den betroffenen Studierenden gibt es eine fast einhellige Ablehnung der nachgelagerten Studiengebühren, wie die öffentliche Anhörung in der vergangenen Woche gezeigt hat. Die Sozialdemokraten sind gegen Studiengebühren, weil allgemeine Studiengebühren die Bildungschancen junger Menschen aus einkommensschwachen Familien weiter verschlechtern,

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

weil diese Gebühren die sozialen Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft verstärken und natürlich für die jungen Menschen eine enorme finanzielle Belastung darstellen, die nicht zum Studium motiviert und die Ausbildungszeiten verlängert.

Fünf Gründe, warum aus unserer Sicht – und bis vor kurzem auch noch aus Sicht der GAL – die Erhebung von Studiengebühren ein Irrweg ist, auch mit dem neu vorgelegten Gesetz.

Erstens: Die Studiengebühren schaffen Barrieren. Anstatt alles in unserer Kraft Stehende zu tun, um noch mehr Menschen an die Hochschulen zu bringen und mehr Hochschulabsolventen ins Berufsleben zu entlassen, schrecken wir sie durch Studien-

gebühren, auch durch die nachgelagerten Studiengebühren von der Aufnahme eines Studiums ab.

Das Deutsche Studentenwerk, das auf der Anhörung in der letzten Woche vertreten war, hat dazu festgestellt, dass die abgesenkten Gebühren weiterhin einen erheblichen Abschreckungseffekt, insbesondere bei Studierenden aus einkommensschwächeren Herkunftsgruppen haben werden und das ist bedauerlich.

(Beifall bei der SPD)

Es hat auch weiterhin festgestellt, dass der Gesetzentwurf mit seinen selektiven Effekten dazu beitragen wird, dass ein erhebliches Bildungspotenzial, insbesondere aus dieser Herkunftsgruppe ungenutzt bleibt und das bei einer Studienberechtigtenquote, die in Hamburg deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt und auch das ist sehr bedauerlich für die Stadt.

Meine Damen und Herren! Die Studiengebühren sind unsozial. Schon unser Schulsystem ist sozial nicht gerecht, wie die PISA-Studie ausgewiesen hat. In keiner vergleichbaren Industrienation ist Bildung so stark abhängig vom sozialen Status wie in Deutschland. Das wird jetzt auch auf die Hochschulen in Hamburg nicht nur übertragen, sondern fest zementiert.

Das Studentenwerk hat auch hier festgestellt, dass die Studiengebühren, auch wenn sie auf 375 Euro reduziert sind, eine erhebliche finanzielle Belastung, vor allem für Studierende aus einkommensschwächeren Elternhäusern darstellen.

Wenn sich die jungen Erwachsenen dann durchgebissen und doch ein Studium aufgenommen und auch BAföG erhalten haben, stehen sie nach dem Studium vor einem großen Berg von Gebühren, Darlehen, die zurückgezahlt werden müssen. Ich glaube nicht, dass das dazu beiträgt, dass die Studien attraktiv werden.

(Beifall bei der SPD)

Diese Studiengebühren belasten Behinderte und Studierende mit Kindern. In allen Ländern, die Studiengebühren eingeführt haben, gibt es Befreiungstatbestände, nur in Hamburg in Zukunft nicht mehr. Hier sollen alle den gleichen Satz zahlen, ohne Rücksicht auf besonders schwierige Lebensbedingungen.

Für die eben genannte Gruppe ist auch die Schuldenlast nach dem Studium noch schwerer. Ihre Lebenshaltungskosten sind ungleich höher. Da helfen auch zwei gebührenfreie Zusatzsemester nicht wirklich weiter. In Wahrheit läuft es in Hamburg darauf hinaus, dass Behinderte und chronisch kranke Studierende und Studierende mit kleinen Kindern die Erleichterung für die übrigen Studierenden finanzieren. Sie sind mit dem neuen Gesetz deutlich schlechter gestellt als mit dem alten.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

Die GAL verkündet am 17. Juni in ihrer Presseerklärung:

"Hamburger Studierende werden entlastet."

Das grenzt an Zynismus.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Studiengebühren schwächen auch den internationalen Hochschulstandort Hamburg. Ausländische Studierende von außerhalb der Europäischen Union werden durch diese Neuregelung in besonderer Weise benachteiligt und diese Studierenden kommen aus eher ärmeren Ländern und Familien und sie kommen eher mit Stipendien und leben eher am Rande des Existenzminimums als andere Studierende. Deswegen ist es sehr bedenklich, welche Regelung Sie hier einführen. Es liegt tatsächlich im Ermessen der Hochschulen. Ich hoffe, die kommen ihrer Pflicht nach, dass auch diese Studierendengruppe – das sind immerhin 4500 in Hamburg – in den Genuss einer Stundung kommen. Das ist mit dem Gesetz aber nicht festgelegt und das finde ich schade. Damit büßt unser Standort an Attraktivität ein.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, bitte einen kurzen Schlusssatz.

Dr. Dorothee Stapelfeldt (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Dieses Gesetz ist nicht sozial, es ist nicht gut für die Studierenden, es ist nicht gut für den Wissenschaftsstandort Hamburg und es ist schade, dass sich die GAL nicht den Ruck gegeben hat, in einer großen parlamentarischen Kraftanstrengung mit uns gemeinsam die Studiengebühren abzuschaffen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kleibauer.

Thilo Kleibauer CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die vom Senat vorgelegte Neuregelung der Studiengebühren ist ein Kompromiss, aber sie ist ein guter Kompromiss.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es werden zwei unterschiedliche Positionen, die sich in der Debatte immer gegensätzlich gegenübergestellt haben, nicht nur in Hamburg, sondern auch bundesweit, berücksichtigt und zusammengeführt. Die Hochschulen erhalten weiterhin dringend notwendige Finanzmittel aus den Studiengebühren und die Studenten werden finanziell deutlich entlastet. Mögliche Hürden, ein Studium aufzunehmen, werden abgeschafft.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Hier wurde ein klares und transparentes Modell entwickelt, das zügig, wie im Koalitionsvertrag versprochen, bereits zum nächsten Semester eingeführt wird. Hamburg geht hier einen neuen Weg. Ich finde, Hamburg geht hier einen guten Weg.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Hiervon profitieren die meisten Studenten in dieser Stadt. Ich weiß nicht, Frau Dr. Stapelfeldt, wo Sie Ihre Wahrnehmung hernehmen. Nicht zuletzt heißt es in einer ersten Einschätzung des damaligen AStA im April zu diesem Modell – ich zitiere –:

"Aus studentischer Sicht kann man über dieses Ergebnis generell erleichtert sein. Zwar ist das beschlossene Modell nur ein Teilerfolg, aber ein durchaus akzeptabler."

Hier können Sie uns wohl kaum vorwerfen, dass wir die Lebenswirklichkeit der Studenten falsch einschätzen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ihre Kritik geht nicht nur ins Leere, sie ist unglaublich und auch in sich widersprüchlich. Zum einen fordern Sie zusätzliche Mittel für die Hochschulen und jetzt kritisieren Sie bei diesem Gesetz, dass das aber zusätzliche Mittel für die Hochschulen sind, die bis 2023 auf über 20 Millionen Euro aufwachsen und das ist Ihnen dann auch wieder nicht recht.

Der größte Widerspruch kam gestern von Herrn Kühn im Ausschuss, der gesagt hat, Studiengebühren von 100 bis 125 Euro wären auch nicht so schlimm. Dazu kann er nachher noch einmal Stellung nehmen. Das hat zumindest zu spürbarem Stirnrunzeln bei der Juso-Hochschulgruppe geführt.

(Heiterkeit bei *Wolfgang Rose* SPD)

Ganz abgesehen davon, dass Sie es in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre waren, die massiv zulasten der Hochschulen gekürzt haben. Sie werden jetzt sagen, das sei lange her, aber gerade die Hochschulen brauchen sehr, sehr lange, um sich von solchen Kürzungen zu erholen.

Für uns steht im Vordergrund: Weitere Verbesserung der Qualität des Studiums, Entwicklung leistungsstarker Hochschulen in Hamburg, bessere Betreuung, bessere Chancen für die Studenten unserer Stadt. Hiervon profitieren alle, die Studierenden, die Hochschulen und der Standort insgesamt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dass mit dem neuen Modell ein zusätzlicher Betrag aus dem Haushalt ausgewiesen wird, ist aus meiner Sicht ein deutliches Signal, dass bei diesen Koalitionsfraktionen die Hochschulausbildung in Hamburg eine hohe Priorität hat.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

(Thilo Kleibauer)

Ich möchte noch kurz ansprechen, dass der Einsatz der Studiengebühren direkt den Studenten zukommt. Zusätzliche Mittel, Bücher, Öffnungszeiten für Bibliotheken, Tutorien, an vielfältigen Stellen wird vor Ort das Geld sinnvoll verwendet. Für uns ist auch sehr wichtig, dass hierbei eine vernünftige Mitwirkung der Studierenden an den Hochschulen stattfindet. Dieses werden wir auch weiterhin aufmerksam verfolgen.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Das neue Modell zur Studienfinanzierung ist sachgerecht,

(Michael Neumann SPD: Kennen Sie ein anderes? Da muss es zwei geben!)

es ist sozial ausgewogen und es ist im Sinne der Studierenden und im Sinne der Hochschulen unserer Stadt. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort der Abgeordneten Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass die SPD das Thema Studiengebühren heute zur Debatte angemeldet hat. Natürlich ist es ein Kompromiss. Die Herren von der CDU, die Damen und Herren von der CDU.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ist schon richtig, es sind überwiegend Herren!)

haben in der letzten Legislatur, als sie die absolute Mehrheit hatten, die Studiengebühren in Höhe von 500 Euro eingeführt. Natürlich waren wir dagegen und ich verrate Ihnen nichts, wenn ich sage, dass wir es immer noch sind. Wir haben einen Kompromiss gefunden.

(Arno Münster SPD: Einen faulen Kompromiss haben Sie gefunden!)

Um einen Kompromiss zu finden, bedarf es Köpfchen. Wir wissen, wenn die CDU die Unterstützung der SPD hat, was dann herauskommt, wenn man Kompromisse macht. Man sehe sich nur an, was bei der Mehrwertsteuererhöhung in Berlin herausgekommen ist. Meine Damen und Herren, das sind Kompromisse, wie wir sie nicht wollen. Wir haben einen guten Kompromiss gefunden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir haben diesen Kompromiss im Koalitionsvertrag festgezurrut und setzen ihn jetzt zügig um, sodass die Studierenden noch in diesem Wintersemester in den Genuss der Verbesserung kommen werden.

Nun, was haben wir gemacht. Wir haben zunächst einmal die Studiengebühren gesenkt, und zwar um ein Viertel von 500 Euro auf 375 Euro. Das ist das eine. Das andere, was wir gemacht haben – und darauf bin ich wirklich sehr stolz –, ist, dass wir das

Modell der Studiengebührenfinanzierung vom Kopf auf die Füße gestellt haben. Wir haben nämlich das Argument, das diejenigen, die Studiengebühren befürworten, immer anführen, sehr ernst genommen. Dieses Argument lautet, dass diejenigen, die ein Studium machen, hinterher mehr verdienen werden als diejenigen, die kein Studium machen.

Wir haben gesagt, wenn das so ist, ist das in Ordnung, aber diese Gebühr wird erst dann erhoben, wenn sich diese Hypothese bewahrheitet. Das heißt, solange der Student oder die Studierende die Universität besucht, wird keine Gebühr erhoben. Wenn der Absolvent dann die Hochschule verlässt, ins Berufsleben eintritt und eine Einkommensgrenze von 30 000 Euro übersteigt, dann wird die Gebühr fällig. Das bedeutet, dass aus finanziellen Gründen kein Abiturient, keine Abiturientin davon abgehalten wird, ein Studium aufzunehmen. Das nennen wir Chancengerechtigkeit in der Bildung.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Damit aber – und das hat der Kollege von der CDU schon gesagt – die Hochschulen nicht schlechter gestellt werden, übernimmt die Stadt die Gebühren solange diese ausfallen, sodass die Hochschule keine Nachteile hat.

Nach dem Studium aber, wenn der Absolvent ein Einkommen erzielt, dann muss er seinen Bildungsbeitrag bezahlen. Auch das finden wir gut und richtig, denn beim Bachelor sind das 2500 Euro und beim Master 3750 Euro. Wir finden es in Ordnung, wenn ein Ingenieur, der von der TU Harburg kommt und 49 000 Euro im Jahr verdient – das sind nämlich hier die Einstiegsgehälter bei den Bachelor-Abgängern –, an seine Hochschule 2500 Euro zurückzahlt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Aber unser neues Hamburger Modell sieht auch vor, dass alle, die unter der Einkommensgrenze von 30 000 Euro bleiben, von der Rückzahlungspflicht entbunden werden. Für sie ist das Studium gebührenfrei.

Es wurde eben schon jemand zitiert, der es wissen muss. Derselbe Herr hat nämlich kurz nachdem der Koalitionsvertrag auf dem Tisch gelegen hat, die Einschätzung geliefert, wir Studenten sind froh, dass das bisherige System jetzt weg ist. Auch die Einkommensgrenze von 30 000 Euro ist fair bemessen. Mit diesem Kompromiss können wir gut leben. Frau Stapelfeldt, Sie kennen ihn, glaube ich, ganz gut. Es ist Thorsten Hönisch. Der sitzt jetzt für die Jusos im StuPa. Ich glaube, wenn die genuinen Gegner einen so loben, dann kann man ganz zufrieden sein.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dr. Gümbel, ich glaube, es ist kein Kompromiss mehr, ich glaube, die CDU hat Sie überzeugt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die neue Regierung in Hamburg hat bisher gezeigt, dass sie zwei Dinge besonders gut kann – verschieben und verkaufen. Verschieben wurde bisher die Fertigstellung der Elbphilharmonie, die Einführung des Zwei-Säulen-Modells, die Entscheidung zum Kraftwerk Moorburg und die Errichtung der Uni HafenCity. Aber Sie bewegen sich. So wurde heute Marino Freistedt mit den Worten zitiert: Wir bewegen uns auf eine Einhaltung des Koalitionsvertrages zu. Das ist ein Eingeständnis der besonderen Art.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die Risse in der Koalition sind bereits an mehreren Punkten sichtbar. Heute konnten wir mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen, dass die Wissenschaftssenatorin überlegt, die Unigebäude zu verkaufen und einen gigantischen Neubau zu errichten.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich darf noch einmal an das Thema erinnern.

Dora Heyenn (fortfahrend): – Ja, ich bin dabei.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, wir sind möglicherweise unterschiedlicher Auffassung. Ich würde Sie gerne bitten, dass ich das auch nachvollziehen kann, dass Sie zum Thema sprechen.

Dora Heyenn (fortfahrend): – Das tue ich auch. Ohne private Investoren wird das nicht gehen und der Systemwechsel, weg vom öffentlichen Bildungswesen zu immer mehr Beteiligung von privaten Investitionen, wird gnadenlos durchgezogen. Dazu gehören auch die Studiengebühren und dafür ist der CDU jedes Argument recht.

Frau Gundelach, seit 2001 ist Ole von Beust Bürgermeister dieser Stadt

(Beifall bei der CDU)

mit unterschiedlichsten Koalitionspartnern. Die CDU hat seit sieben Jahren die Verantwortung für das, was in der Stadt getan wird und auch für das, was nicht in der Stadt getan wird und was aus unserer Sicht weit schwerer wiegt.

Jetzt auf die Vorgängerregierung zu verweisen, ist ebenso billig wie falsch, denn pikanterweise war Ihr jetziger Koalitionspartner, die GAL, dabei. Auf jeden Fall ist die Idee, der Hamburger Universität eine neue Adresse zu geben, ein völlig neues Projekt, von dem im Koalitionsvertrag nicht die Rede ist, mit keiner Zeile.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich rufe Sie jetzt das erste Mal zur Sache.

Dora Heyenn (fortfahrend): – Mache ich. Wir möchten von der GAL zeitnah, möglichst heute, wissen, wie sie dazu steht.

Im Wissenschaftsausschuss haben wir die neue Farbenlehre eindrucksvoll kennengelernt. Aus dem Wahlkampf – und das ist kein halbes Jahr her – klingt uns noch in den Ohren, wie die GAL mit scharfen Worten erklärte: Studiengebühren sind der falsche Weg, wir lehnen sie ab.

Mit der CDU zusammen brachten die Grünen jetzt einen Gesetzentwurf für nachgelagerte Studiengebühren ein. Die Bezeichnung nachgelagert ist allerdings irreführend. Jedes Semester müssen nach Auskunft der Senatorin die Studierenden schriftlich erklären, ob sie die Stundung in Anspruch nehmen oder lieber gleich zahlen. Nachtigall, ich hör dir tratschen. Ein Schwerpunkt in der öffentlichen Anhörung waren die Kriterien der Sozialverträglichkeit. Vor einem halben Jahr war von der GAL zu hören:

"Studiengebühren sind unsozial."

Und weiter:

"Die Behauptung der CDU, dass durch Studiengebühren mehr Kinder aus einkommensschwachen Familien studieren werden, ist eine Verdrehung der Realität."

Originalton GAL. Liebe GALier, hat sich Ihre Definitionssache verschoben und das so schnell?

(*Thilo Kleibauer CDU: Achse des Bösen!*)

Vor der Wahl traten Sie für eine Kappungsgrenze von 10 000 Euro ein. Heute legen Sie ein Gesetz vor mit der höchsten in der gesamten Republik, nämlich 17 000 Euro.

Von der GAL stammt auch die Aussage, dass Studiengebühren ineffizient sind, Gebühren lohnen sich nicht. Die Studierenden wissen nicht, ob sie ihrem Fach zugute kommen. Ein Gewinn mit den Studiengebühren – so die GAL früher – machen nur die Banken, da sie eine Zinsgarantie vom Staat erhalten. Sie forderten – und das unterstützen wir nachhaltig –, eine Zinsbegrenzung auf die Kapitalbeschaffungskosten und die Verwaltungskosten im Gesetz festzuschreiben. Das wurde gestern im Ausschuss von der SPD noch einmal an-

(Dora Heyenn)

geregt. Die Senatorin lehnte es ab und die GAL sagte gar nichts dazu.

DIE LINKE beantragte, dass jährlich ein Bericht über die Höhe und die Verwendung der Studiengebühren zu erstatten sei. Auch das wurde mit Hilfe der Grünen abgelehnt.

Im Übrigen nimmt der Senat es wohl nicht so genau mit Beschlüssen. Am 24. Juni mahnte ich einen entsprechenden Bericht an, der darlegen soll, wo die Studiengebühren aus dem Jahr 2007 eingesetzt wurden und wie hoch sie waren. Die Senatorin versicherte mir, er sei auf dem Weg. Gestern lag er immer noch nicht vor und ich fragte nach, wo er denn nun stecke. Diese Logistikunternehmen haben ja eine tolle Technik, mit der sie feststellen können, wo sich das erwartete Paket gerade befindet. Das blinkt manchmal auch.

(Glocke – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Aber das ist doch kein Logistikunternehmen!)

Die Antwort von Frau Senatorin war, die Studiengebühren kommen in Bälde.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, wenn ich klinge und dabei noch die Glocke zerlege,

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

bitte ich Sie zunächst einmal, mich ausreden zu lassen. Ihre Redezeit ist nämlich abgelaufen. Das ist die Lösung des Rätsels, warum es dort blinkt. Ich bitte Sie, einen kurzen Schlusssatz zu formulieren.

Dora Heyenn (fortfahrend): – Okay. Es gab für die Studierenden in dieser Stadt die Hoffnung, dass die Studiengebühren abgeschafft werden. Die GAL hat das Wahlversprechen gebrochen. Das schlägt sich in diesem Gesetz nieder und das ist sehr bedauerlich.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Dr. Gundelach.

Senatorin Dr. Herlind Gundelach: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, der Titel der Aktuellen Stunde und auch die diversen Redebeiträge der Opposition zeigen, dass die Opposition unseren Gesetzentwurf entweder immer noch nicht verstanden hat oder ihn schlicht und ergreifend nicht verstehen will, wofür ich natürlich wiederum Verständnis hätte, denn sonst würde die Kritik anders ausfallen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Michael Neumann SPD*: Bei der Jungferrede mal nicht so unverschämt sein!)

Ich sage ganz deutlich: Während des Studiums wird hier in Hamburg niemand zur Kasse gebeten, außer er macht von seinem Recht auf Sofortzahlung Gebrauch und dann ist es seine höchst eigene Entscheidung.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Kriegen wird das schriftlich?)

– Das kann ich Ihnen gerne schriftlich geben. Im Übrigen werden die Gebühren – und das sind keine Darlehen, ich habe gestern im Ausschuss auch noch einmal ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht – solange gestundet, bis der dann Berufstätige – und dann ist er auch kein Student mehr, an dieser Stelle ist ein bisschen Worthygiene angebracht – ein Einkommen von 30 000 Euro hat. Er muss sie erst zurückzahlen, wenn er berufstätig ist.

Im Übrigen nur eine Zahl zum Vergleich: Die BAföG-Rückzahlungspflicht beginnt bereits bei einem Einkommen von 980 Euro pro Monat und wenn Sie das hochrechnen, ist das ein deutlich geringerer Bruttobetrag als das, was wir in unseren Gesetzentwurf hineingeschrieben haben. Und was den Rückzahlungsbetrag insgesamt angeht: Es handelt sich um im Durchschnitt maximal 3750 Euro. Ich denke, das ist ein sehr überschaubarer Betrag. Ich nenne den Betrag hier ausdrücklich, damit Sie nicht weiter den Eindruck erwecken, es handle sich hier um einen Schuldenberg, der aufgetürmt würde.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Auch der Vorwurf, die neue Regelung sei in Teilen unsozialer als die alte, trägt nicht, denn – Frau Gümbel hat das gerade zu Recht gesagt – der Betrag ist deutlich abgesenkt worden, nämlich von 500 Euro auf 375 Euro.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Was ist denn nun mit den Ausnahmen?)

– Dazu komme ich noch. Die Zahlung der gestundeten Gebühren muss erst bei erfolgreicher Berufstätigkeit erfolgen. Es stimmt, dass Studenten mit Kindern und/oder mit Behinderung in Zukunft genauso behandelt werden während der Stundungszeit wie alle anderen Studenten. Dies ist aber aus meiner Sicht auch konsequent und folgerichtig, denn die Befreiungstatbestände waren ausdrücklich mit dem Hinweis darauf geschaffen worden, dass diese Studenten keine Möglichkeit oder schwerer die Möglichkeit hätten als andere Studenten, sich die Studiengebühren während des Studiums zu besorgen, also das Geld dafür aufzutreiben. Das müssen sie aber mit der neuen Regelung nicht. Insoweit ist es auch gerechtfertigt, dass sie gleichbehandelt werden. Wenn aber aus diesem Tatbestand, dass sie Kinder haben oder mit Behinderung studieren, resultiert, dass sie länger als die gestundete Zeit für ihr Studium benötigen, so können sie auf Antrag davon befreit werden.

(Senatorin Dr. Herlind Gundelach)

Für die weitere Zeit müssen sie dann keine Studiengebühren bezahlen.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Aber nur für zwei Semester!)

– Nein, die können befreit werden.

Im Übrigen gilt für diese auch, dass sie erst bei Erreichen der Bruttoeinkommengrenze von 30 000 Euro zurückzahlen müssen.

Das nächste Horrorszenario, das Sie aufgezeigt haben, nämlich dass die Erhebung von Studiengebühren Studenten abschrecken würde, nach Hamburg zu kommen. Zurzeit ist ein deutlich anderes Signal zu vernehmen, denn in der Zeit, als die Studiengebühren mit 500 Euro eingeführt worden sind, haben wir immerhin einen Studentenzuwachs von 9,5 Prozent gehabt. Also so fürchterlich abschreckend kann die Wirkung nicht gewesen sein.

(Beifall bei der CDU und bei Michael Gwosdz GAL)

Aber lassen Sie mich zum Schluss noch einen anderen Aspekt anfügen, der bislang in der Diskussion kaum eine Rolle gespielt hat. Ich denke, Sie teilen meine Auffassung, dass die Hochschulbildung wohl die umfassendste und beste Ausbildung darstellt, die unser Bildungssystem vermittelt. Diese breite Bildung kommt derzeit 35 Prozent eines Geburtsjahrgangs zugute und ich glaube, wir sind uns hier im Hause einig darüber, dass wir diesen Anteil deutlich erhöhen müssen.

(Beifall bei der GAL)

Aber dennoch ist es so, dass rund zwei Drittel der Bevölkerung mit ihren Steuern derzeit die Ausbildung dieser jungen Menschen finanzieren, ohne dass diese selber etwas davon haben. Sie finanzieren insoweit eine Ausbildung, deren Absolventen in der Regel ein deutlich höheres Durchschnittseinkommen – auch darauf hat Frau Gümbel hingewiesen – erreichen und weitaus weniger von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Wenn sie diese tatsächlich auch einmal erreicht, dann ist aber in der Regel die Zeit der Arbeitslosigkeit wiederum deutlich kürzer als bei anderen Betroffenen. Ich habe aber aus Ihren Reihen noch nie Protestschreie gehört, dass in manchen Ausbildungsgängen nach wie vor Schulgeld erhoben und gezahlt wird. Auch die Tatsache, dass zum Beispiel ein Geselle, der seinen Meister machen will, sich dafür ganz erheblich verschulden muss, hat bei Ihnen noch keine Protestrufe hervorgerufen. Ich denke, dass muss auch einmal in aller Deutlichkeit gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Deshalb sind für mich Studiengebühren, die im Übrigen – auch das steht ausdrücklich im Gesetz – ausschließlich der Verbesserung der Situation der Lehre und des Studiums dienen sollen und damit letztendlich auch den Zahlern zugute kommen,

aus meiner Sicht auch ein Ausdruck der Solidarität und des Danks an diejenigen, die mit ihren Steuern ermöglichen, dass diese qualifizierte Ausbildung an den Universitäten tatsächlich stattfinden kann. Ich denke, auch aus diesem Grund ist Ihre Überschrift völlig fehl am Platze. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort der Abgeordnete Kühn.

Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kleibauer, ich möchte mich schon einmal an Sie wenden. Sie wissen vielleicht, dass dies hier heute meine erste Rede ist, die ich vor diesem hohen Hause halte. Mich dann gleich in der Aktuellen Stunde mit einer so falschen Feststellung zu konfrontieren, finde ich schon ziemlich unverschämt.

(Frank Schira CDU: Nun seien Sie einmal nicht so empfindlich!)

Aber nichts desto trotz möchte ich mich gerne dem widmen, worüber wir eigentlich heute reden wollten, nämlich dem gestern im Wissenschaftsausschuss beschlossenen Gesetzentwurf, den Sie in die Bürgerschaft einbringen wollen. Sie haben sich eben bei der Debatte auch noch einmal auf einen Punkt gestürzt, nämlich auf die sogenannte Nachgelagertheit der Gebühren. Da ist schon die Frage erlaubt: Geht es Ihnen denn bei diesem Gesetzentwurf wirklich um eine breit gefächerte Einführung nachgelagerter Studiengebühren? Genau das glaube ich nämlich nicht und ich möchte dies auch gerne begründen.

Denn in der öffentlichen Anhörung ist von Seiten des Deutschen Studentenwerks ganz klar auf einen Punkt verwiesen worden, nämlich dass die Verschuldungsbereitschaft der Studierenden in Deutschland äußerst gering ist. Sie liegt gerade einmal bei 5,7 Prozent. 5,7 Prozent aller Studierenden in diesem Land, die in Bundesländern leben, die Studiengebühren erheben, haben sich bislang für ein Darlehens- oder Kreditmodell entschieden. Genau darauf spekulieren Sie auch. Denn nicht umsonst müssen die Studierenden mit jedem Semester die Stundung neu beantragen. Sie spekulieren nämlich auf den Umstand, dass die große Mehrzahl der Studierenden die Gebühren wie bisher semesterbegleitend entrichten wird. Deshalb haben Sie auch genau dieses bürokratische Monstrum geschaffen, das in Wahrheit jeden, der die Stundung in Anspruch nehmen möchte, abschrecken soll. Genau darauf spekulieren Sie mit dem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Im Übrigen, Herr Kleibauer, habe ich mich immer gegen Studiengebühren ausgesprochen und werde das auch in Zukunft so tun. Ich habe Ihnen mit-

(Philipp-Sebastian Kühn)

nichten gestern in der Ausschusssitzung in irgendeiner Art und Weise ein Modell unterbreitet, das dieser Aussage widerspricht.

Ich möchte mich aber noch einmal einem Punkt zuwenden, der mir gerade bei den Beratungen im Wissenschaftsausschuss sehr deutlich geworden ist, nämlich der sogenannten Kappungsgrenze, von der auch schon die Rede war und die in Wahrheit nichts anderes als eine Verschuldungshöchstgrenze ist. Es ist schon darauf verwiesen worden, dass alle Bundesländer, die Studiengebühren eingeführt haben, eine solche Verschuldungshöchstgrenze mit der Einführung der Studiengebühren eingeführt haben. Nordrhein-Westfalen hat 10 000 Euro festgeschrieben. Das entspricht in etwa dem BAföG-Höchstsatz. Man sagt also in Nordrhein-Westfalen, dass Studierende, die, weil sie sozial sehr benachteiligt sind, BAföG in vollem Umfang in Anspruch nehmen und somit diese 10 000 Euro erhalten, mit keinen weiteren Gebühren belastet werden. Hessen, das richtigerweise vor Kurzem die Studiengebühren abgeschafft hat,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Mit den Grünen zusammen!)

hatte 15 000 Euro im Gesetz stehen, sprich die BAföG-Höchstgrenze plus 5 000 Euro Studiengebühren. Wie ist es nun in Hamburg? In Hamburg haben wir mit 17 000 Euro den höchsten Satz. Sie sind also der Meinung, dass den Studierenden in Hamburg zuzumuten ist, sich am meisten im Vergleich zu allen Studierenden im Bundesgebiet zu verschulden. Wie kommen Sie auf diese 17 000 Euro? Selbst wenn man die 10 000 Euro BAföG-Höchstgrenze nimmt und dazu die Gesamtsumme der Studiengebühren von 3 750 Euro addiert, klafft immer noch eine Lücke von weit über 3 000 Euro. Man müsste also, um von Ihrem generösen Akt der Verschuldungshöchstgrenze überhaupt profitieren zu können, 19 Semester lang studieren und BAföG-Höchstbezieher sein.

(Zuruf von Rolf Harlinghausen CDU)

Das zeigt doch sehr deutlich, dass es Ihnen bei diesem Gesetz überhaupt nicht um soziale Verträglichkeit ging.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wie in Hessen gab es am 24. Februar in dieser Stadt keine Mehrheit mehr für Studiengebühren. Und es ist Ihre Schuld, meine Damen und Herren von den Grünen, dass wir ein solches Gesetz vorgelegt bekommen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Glauben Sie mir eines: Wir Sozialdemokraten werden schon dafür sorgen, dass Hamburg dieses nicht vergessen wird. Der Campus jedenfalls wird es nicht vergessen.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Ich bin sehr gespannt auf die Argumentation einer ehemaligen AStA-Vorsitzenden von den Grünen, wie sie dieses Gesetz legitimiert. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Langhein.

Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kühn, es war schon etwas missverständlich, was Sie gestern im Ausschuss gesagt haben. Deswegen ist das hier auch von Herrn Kleibauer erwähnt worden.

Ich möchte noch einen Aspekt mit aufnehmen, den Frau Senatorin Gundelach vorhin angesprochen hat. Zum Wintersemester 2007/2008 haben sich mehr Studienanfänger eingeschrieben als in den vorherigen Semestern. Die Studiengebühren haben also keineswegs die abschreckende Wirkung, die die Opposition glauben machen will. In Zeiten ohne Studiengebühren haben auch nur wenige studiert, die wir hierzu ermuntern wollten. Es hat sich gezeigt, dass junge Menschen aus Beamtenhaushalten oder Kinder aus Elternhäusern mit freiberuflichem Hintergrund, also meist Menschen aus sogenannten Haushalten mit Bildungshintergrund, das Studium ergriffen haben, nicht aber diejenigen, die wir erreichen wollten. Wer das Privileg hat zu studieren, hat häufig auch später das Privileg gutes Geld zu verdienen. Genau das ist in dem neuen Gesetz angelegt. Wenn jemand 30 000 Euro brutto verdient hat, kann er auch nachträglich seine Studiengebühren entrichten. Es ist also ein Gebot der Gerechtigkeit, diejenigen, die erfolgreich ein Studium abgeschlossen haben, nachträglich an den Kosten ihrer Ausbildung zu beteiligen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ein völlig kostenfreies Studium ist eine Finanzierung von unten nach oben. Es ist nämlich nicht einsichtig, weshalb Menschen aus dem Handwerksstand oder den Pflegeberufen die Kosten für ein Studium der Kinder aus anderen Haushalten mitfinanzieren müssen, die Kosten für die eigene Berufsqualifikation aber selbst aufzubringen haben. Der Vizepräsident der Universität, Herr Fischer, hat gestern bei der öffentlichen Anhörung im Ausschuss deutlich gemacht, dass die Studienbedingungen gerade durch die Studiengebühren besonders verbessert werden konnten. Genau das gilt es weiter aufrecht zu erhalten.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Erst einmal zu beweisen durch den Bericht!)

Die vereinigte Linksopposition, Frau Stapelfeldt,

(Michael Neumann SPD: Volksfront!)

(Dr. A. W. Heinrich Langhein)

fordert nun ein gebührenfreies Studium zum Nachteil aller Studierenden und Werktätigen. Nebenbei gefährden sie damit auch viele universitäre Arbeitsplätze, die zur besseren Ausbildung aller Studierenden dienen. Mit Ihren Anträgen sollen tatsächlich die Studienbedingungen verschlechtert werden, denn die vereinigte Linksoption – das muss ich hier noch einmal so betonen –

(Michael Neumann SPD: Volksfront!)

sagt an keiner Stelle, woher die Finanzmittel für ein Studium kommen sollen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Doch, das hat sie gesagt, das haben Sie nur nicht gehört!)

Die SPD hat in ihrem Antrag utopisch einen Ausgleich für wegzufallende Studiengebühren aus nebulösen Haushaltsmitteln gefordert. Aber woher diese Mittel kommen sollen, steht in diesem Antrag nicht. Genau hierin zeigt sich ein völlig regierungsunfähiges Handeln und vor allen Dingen eine unkonstruktive Oppositionsarbeit.

(Beifall bei der CDU und bei Linda Heitmann GAL)

Gerade ein Handeln ohne Perspektive und ohne Grundlage führt zu einer Politikverdrossenheit und genau dies ist der Nährboden für extremistische Parteien, zu denen ich leider auch die Partei DIE LINKE zählen muss.

(Beifall bei der CDU – Norbert Hackbusch DIE LINKE: Was war das denn?)

Ich fordere die Opposition auf, sich konstruktiv daran zu beteiligen, die Studienbedingungen zu verbessern. Insbesondere die SPD-Opposition fordere ich auf, zu einem diskursfreudigen Stil zu finden, wie er im Wissenschaftsausschuss der letzten Wahlperiode gepflegt wurde. Nur dies führt zu einer stetigen Verbesserung der Studienbedingungen, die wir alle im Ergebnis herbeiführen wollen, und zwar zum Wohle der Gemeinschaft und der Hamburger Hochschullandschaft.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Weggen.

Jenny Weggen GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben in der Debatte schon viele Argumente für und gegen Studiengebühren und für und gegen unser Modell gehört.

(Michael Neumann SPD: "Für" habe ich keine gehört!)

Wir machen aus unserer grundsätzlichen Position als GAL auch gar kein Geheimnis. Darauf hat Frau Gümbel auch schon hingewiesen. Aber, liebe Abgeordnete der SPD und LINKE, die Argumente, die

Sie gegen unser Modell liefern, greifen einfach nicht. Das zeigt, wie gut unser Kompromiss ist.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das mache ich auch gerne an ein paar Punkten deutlich.

(Dirk Kienscherf SPD: Sind Sie von Ihrer Ursprungsmeinung abgerückt?)

Wir stellen alle Studierenden vor gleiche Voraussetzungen, unabhängig davon, aus was für einem Elternhaus sie kommen und welcher finanzielle Hintergrund dort vorhanden ist. Somit vermeiden wir eine soziale Schieflage. Das ist unser erklärtes Ziel.

(Michael Neumann SPD: Warum lesen Sie jetzt die Rede der CDU vor?)

Dazu gehört auch, dass diejenigen, deren Studium sich verlängert, da sie gesundheitliche Einschränkungen haben oder Kinder erziehen, ihre zusätzlich benötigten Semester nicht bezahlen müssen. Auch so schaffen wir gleiche Voraussetzungen für alle und eine Gleichbehandlung.

Liebe SPD und LINKE, Sie fordern, Studierende mit Kind weiterhin per se zu befreien. Sie können doch nicht wollen, dass dadurch eine Ungleichbehandlung entsteht zwischen Studierenden, die während ihres Studiums Kinder bekommen, und denjenigen, die sich entscheiden, das erst nach ihrem Studium zu tun. Wo bleibt denn da der Gerechtigkeitsanspruch, frage ich Sie?

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wie vertreten Sie das gegenüber den Studierenden, die erst nach dem Studium Kinder planen? Wollen Sie sie etwa dazu drängen, schon während des Studiums Kinder zu bekommen?

Was ich auch betonen möchte, ist: Wir verbessern auf einen Schlag die tatsächliche Situation für die Studierenden in dieser Stadt. Wir führen Studiengebühren nicht ein, sondern wir verbessern die bestehende Rechtslage. Das tun wir so schnell wie möglich, nämlich schon zum nächsten Semester. Das ist uns sehr wichtig.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das macht sich bei Studierenden mit generell knappem Budget auch schnell bemerkbar. 500 Euro in der Tasche bedeuten 83 Euro mehr im Monat. Das bedeutet zum Beispiel zehn Stunden weniger arbeiten, zwei Fachbücher oder 2 000 Kopien mehr oder jeden Tag ein Menü in der Mensa.

Gestern wurde im Wissenschaftsausschuss darüber hinaus noch beschlossen, Studierenden zusätzlich zwei Semester zu gewähren, die sich in der studentischen Selbstverwaltung engagieren. Wir fördern damit das Engagement der Studierenden in den Hochschulen und für die Hochschulen.

(Jenny Weggen)

Es entsteht den Studierenden daraus auch kein finanzieller Nachteil.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Darüber hinaus beziehen wir die Studierenden zukünftig auch verstärkt mit ein, indem sie zukünftig mitentscheiden können, wie die Hochschulen die zusätzlichen Mittel einsetzen. Die Studierenden kennen die Probleme an den Hochschulen und wissen, wo das Geld gebraucht wird. Also sollen sie auch mitentscheiden, wie diese Gelder eingesetzt werden.

Wir schaffen Finanzierungssicherheit für die Hochschulen und nehmen unsere staatliche Aufgabe wahr, indem wir zwischenfinanzieren und die Zinsen übernehmen. Das von uns entwickelte Modell ist ein guter Kompromiss, der die Studierenden einbezieht und ihre finanzielle und somit auch soziale Lage konkret spürbar sofort und auch langfristig verbessert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Sodann erhält das Wort die Abgeordnete Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist einiges gesagt worden, warum Studiengebühren ungerecht sind. Ich will nun über den Gipfel der Ungerechtigkeit sprechen, nämlich über die Aufhebung von Befreiungstatbeständen, die bisher noch vorhanden waren.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Übrigens sind schon mit der jetzigen Regelung einige Befreiungstatbestände aufgehoben worden. Es sind nur noch zwei übrig, nämlich – es ist mehrfach gesagt worden – für Studierende mit Kindern und für Studierende mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten. Ich habe nachgeschaut: Im Sommersemester 2007 waren das 3 058 beziehungsweise 849 Studierende, zusammen 3 907. Nach Aufhebung der Befreiungstatbestände müssen diese insgesamt 3 907 Studierenden im Semester 1 465 125 Euro an Studiengebühren zahlen. Für die Studierenden ist es enorm viel Geld. Ich befürchte, Frau Senatorin, dass Sie von der Lebenswirklichkeit dieser Studierenden buchstäblich keine Ahnung haben.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Praktisch jeder dieser 3 907 Studierenden hat, um studieren zu können, hohe Hürden überwinden müssen. Studierende mit Kindern sind in erheblichem Ausmaß – man kann es in den Statistiken nachlesen – auf Sozialleistungen angewiesen – ungefähr bis zu 30 Prozent – und häufen wahrscheinlich alle einen ziemlich hohen Schuldenberg während ihres Studiums an. Studierende mit Be-

hinderungen oder chronischen Krankheiten haben durch Zuzahlungen bei Kfz-Anpassung, Medikamenten, Hilfsmitteln, Pflege und Ambulanz einen erheblichen Mehraufwand im Alltag. Diesen Mehraufwand haben sie übrigens auch nach dem Studium und 30 000 brutto treffen das überhaupt nicht. Studierende mit Kind und Studierende mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten müssten in ihrem Studium besonders gefördert werden. Stattdessen werden sie besonders bestraft. Für wie viele – haben Sie sich das eigentlich einmal überlegt – bedeutet die Aufhebung der Befreiung das Aus?

Sind die knapp 3 Millionen Euro Studiengebühren, die diesen beiden Gruppen im Jahr abgeknöpft werden, für diese viel Geld, so stellt sich das auf der Einnahmenseite anders dar. Ich will natürlich nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, möchte aber zur Veranschaulichung folgendes Beispiel anführen: Für eine Summe von – sagen wir – 30 Millionen, wie die Bürgerschaft sie für die Tamm-Stiftung – wie Sie auch in der überregionalen Presse nachlesen konnten –, für ein ziemlich unsägliches Museum, zum Fenster hinausgeschmissen hat,

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Ich bin entsetzt!)

könnten diese beiden Gruppen über zehn Jahre lang von Studiengebühren befreit werden. Das wäre in der Tat ein ungeheurer Kulturgewinn.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei einer weiteren hart getroffenen Gruppe – die ist nur kurz genannt worden – möchte ich noch etwas ausführlicher werden: Der Senat hat sich bisher gerühmt, dass Hamburg ein internationaler Studienstandort sei. Die besten Köpfe – ich habe es nachgelesen – wollte man nach Hamburg holen. Wäre die Situation der Betroffenen nicht so ernst, dann könnte man jetzt spotten: In Hamburg regiert nun tiefster Provinzialismus.

Bisher studieren über 5 000 ausländische Studierende an den Hamburger Universitäten – bisher, ich betone das. Für sie gilt nicht, dass die Studiengebühren nachgelagert sind. Sie sind sofort zahlungspflichtig. Sie können zwar einen Antrag auf Stundung stellen, aber das macht ihre Situation nicht besser. Gerade ausländische Studierende sind während ihres Studiums auf Erwerbstätigkeit angewiesen, aber gleichzeitig gilt auch für sie, dass die Bedingungen für Erwerbstätigkeit äußerst restriktiv sind. Die Mittel, die ausländische Studierende in der Regel zur Verfügung haben, sind also äußerst knapp. Wenn die Stundung nun abläuft, das heißt nach der Regelstudienzeit plus zwei Semester, müssen sie zahlen. Aller Erfahrung nach sind sie dann meistens gerade in der Endphase ihres Studiums, wenn sie zahlen müssen. Das ist eine unerträgliche Situation, umso mehr, da diese Studierenden in der Regel nicht erwarten können, dass sie nach dem Studium in ihren Herkunftslän-

(Christiane Schneider)

dern 30 000 Euro oder mehr brutto verdienen können. Die Folgen sind absehbar. Viele dieser Studierenden werden einen großen Bogen um Hamburg machen.

Ich ziehe folgendes Fazit: Der neue Gesetzentwurf – tritt er in Kraft – ebnet die Vielfalt der Lebenslagen ein, grenzt wichtige soziale und kulturelle Erfahrungen aus und führt zu einer Verarmung der Studienlandschaft. In Hessen sind die Studiengebühren gerade mit Hilfe der Grünen abgeschafft worden. Was spricht dagegen, es in Hamburg nachzumachen?

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen zum ersten Thema liegen mir nicht vor.

Dann rufe ich das zweite Thema auf:

Arbeitsplätze sichern – kein Ausverkauf bei Hapag-Lloyd.

Wird das Wort gewünscht? – Der Abgeordnete Kerstan hat es.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man heute in die Runde schaut, sieht man ein paar Plaketten mit einem Spruch darauf: Hapag-Lloyd gehört zu Hamburg. Das ist ein Bekenntnis, bei dem es verwundern müsste, warum es in heutigen Tagen notwendig ist, das so zu betonen, weil es schon seit 160 Jahren eine Selbstverständlichkeit in dieser Stadt ist, dass dieses Unternehmen, diese Reederei, in Hamburg sehr erfolgreich arbeitet, die Menschen, die dort ihren Unterhalt bestreiten, gute Arbeit machen und das Unternehmen immer weiter gewachsen ist. Dennoch sind die Arbeitsplätze und die Konzernzentrale in Hamburg heutzutage in Gefahr – nicht weil es falsche Unternehmensentscheidungen gegeben hat oder weil das Unternehmen im globalen Wettbewerb mithalten können muss, sondern einzig und allein aus einem Grund: Einem Minderheitsaktionär der Mutter von Hapag-Lloyd reicht die Rendite, die er mit seinem Investment erzielt, nicht aus. Deshalb drängt er darauf, dass der Konzern meistbietend – wahrscheinlich ins Ausland – zu einem wahrscheinlich überhöhten Preis verkauft wird, der zum Teil dadurch erbracht werden muss, dass der ausländische Konzern dann einen Teil seines Kaufpreises durch den Abbau von Arbeitsplätzen und die Zerschlagung der Firmenzentrale in Hamburg wieder versuchen bekommen. Das ist eine Logik, die wir in Hamburg nicht akzeptieren wollen und auch nicht können.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Der Vorstand von TUI muss sich schon die Frage stellen, ob diese Strategie, die er dort verfolgt, eine richtige Strategie für einen Konzern ist, der jeden

Tag Tausende von Reisen an die Bürgerinnen und Bürger praktisch an jeder Ecke in jedem Reisebüro verkauft und diesen Kunden signalisiert: Arbeitsplätze in Deutschland sind uns egal. Wir schauen nur auf die Zahlen, wir schauen nur auf die Rendite. Diese Fragen muss der Vorstand beantworten und auf die Beantwortung dieser Fragen haben auch die Bürgerinnen und Bürger ein Recht, bevor sie beim nächsten Mal ins Reisebüro gehen, um ihre Reise zu buchen.

Aber diese Appelle an den Eigentümer werden wahrscheinlich nicht sehr fruchten. Deshalb ist es gut, dass sich in Hamburg ein Konsortium von Reedereien und Hamburger Kaufleuten gefunden hat, die die Reederei Hapag-Lloyd, das Traditionsunternehmen, in Hamburg halten wollen. Denn es ist auch richtig, dass dort im privaten Sektor die Verantwortung liegt. Denn wenn man sich ansieht, dass 40 Prozent der weltweiten Containerflotte mit deutschem Geld finanziert und gebaut wird, dann liegt das nicht nur daran, dass deutsche Investoren so effizient sind. Sondern letztendlich liegt das daran, dass diese Strategie durch Steuergelder, durch ein Steuerprivileg namens Tonnagesteuer, befördert wird. Wenn es dann darum geht, ein solches Unternehmen in Deutschland oder in Hamburg zu halten, dann ist es auch richtig, dass in der Federführung nicht wiederum der Staat in der Pflicht ist, sondern die Kaufleute und Reeder, die davon profitieren. Es ist gut, dass so viele Menschen in dieser Stadt bereit sind, dieser Verantwortung auch gerecht zu werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Aber dennoch ist es auch sinnvoll, dass die Politik nicht tatenlos zusieht. Wenn es denn so ist, dass wir diese Branche und auch den Hafen mit dem Einsatz vieler Steuergelder zu einem zentralen Bereich der Hamburger Wirtschaft machen, dann wäre es unsinnig, wenn die Politik nur mit warmen Worten dabei wäre, wenn letztendlich in einem internationalen Bietergefecht die Zukunft dieser Konzernzentrale in dieser Stadt in Gefahr ist. Letztendlich wird dieser Senat dieser Verantwortung gerecht. Wir sind bereit, mit einem dreistelligen Millionenbetrag einen Beitrag zu leisten und auch ein Signal auszusenden, ein Signal an bisherige Geschäftspartner in aller Welt, dass sie als Kunden im Hamburger Hafen sehr willkommen sind, aber nicht als Übernehmer bei einer feindlichen Übernahme, die in dieser Stadt Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei Ingo Egloff SPD)

Denn es ist auch für eine Stadt wie Hamburg, die von der Globalisierung profitiert, wichtig, eigene Interessen zu definieren und dann auch durchzusetzen. Das ist eine wichtige Frage, die in vielen Bereichen der Globalisierung eine wichtige Rolle spielt. Vielleicht ist es auch wichtig, dass es nicht

(Jens Kerstan)

nur eine Debatte zwischen zwei Stadtstaaten auf dieser Welt ist, sondern dass Hamburg als Teil einer föderalen Ordnung auch eine Bundesregierung hinter sich hat, die sich genau die gleichen Fragen stellt und deshalb auch überlegt, ihren Teil durch die Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes beizutragen. Das ist auch gut so. So, glaube ich am Schluss,

(Glocke)

kann man nur erfolgreich sein – ich komme zum Schluss –, wenn Beschäftigte, Unternehmensleitung und Politik, aber auch die öffentliche Meinung, zu diesem Unternehmen stehen und sich klar dazu bekennen, das Hapag-Lloyd zu Hamburg gehört. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Schira.

Frank Schira CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Hapag-Lloydler! Ich empfinde große Freude darüber, dass wir alle – Senat, Regierungsfractionen, Oppositionsfractionen, Parteien, Verbände, Arbeitnehmer, Unternehmer – für ein Ziel kämpfen: Hapag-Lloyd gehört zu Hamburg. Hamburg steht zu Hapag-Lloyd, Hapag-Lloyd muss in Hamburg bleiben.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Man ist bei dieser Einheit hier im Parlament und auch generell in Hamburg schon fast versucht "Liebe Freunde" zu sagen. Es geht nicht um Gorch Fock'sche "Seefahrt tut Not", es geht um 2 000 Beschäftigte und ihre Familien. Es geht nicht um Seefahrtromantik, es geht um die Zukunft Hamburgs als Hafen- und Logistikstandort. Es geht auch um Standortpolitik für ganz Deutschland. Wir wollen keinen Ausverkauf von Hapag-Lloyd.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wir wollen die Interessen unserer Stadt und unserer nationalen Interessen wahren. Hapag-Lloyd ist ein Eckpfeiler für den Hafen- und Logistikstandort Hamburg. Das Unternehmen bindet die deutsche Export- und Importwirtschaft an die internationalen Märkte an. Deutschland ist mehr als nahezu alle anderen Volkswirtschaften auf den Export von Waren angewiesen. Darauf beruht ganz wesentlich unser Wohlstand. Ein erheblicher Teil dieser Ausfuhren verlässt Deutschland über unseren Hafen. Das Wissen, die Fähigkeit und die Kundenkontakte der internationalen Seeschifffahrt haben deshalb eine enorme Bedeutung für die Position Deutschlands im internationalen Standortwettbewerb. Hapag-Lloyd hat all dies mit 2 000 hochqualifizierten

Mitarbeitern am Standort Hamburg konzentriert und erbracht. Deswegen muss dieses Unternehmen auch in Hamburg bleiben.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Staatliche Beteiligungen sind in einer marktwirtschaftlich verfassten Wirtschaftsordnung meistens problematisch.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Aber sie müssen gerade in einer sozialen – und ich betone sozialen – Marktwirtschaft im Interesse der Menschen, für die wir Politik machen, möglich sein. In diesem Fall sind sie sogar gefordert.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Deshalb hat der Senat die volle Unterstützung, wenn sich Hamburg am Bieterkonsortium für Hapag-Lloyd beteiligt. Es geht bei dieser Beteiligung nicht um spekulative Engagements, wir treten auch keinem Bieterkonsortium bei, hinter dem sich anonymes Kapital befindet. Nein, die Freie und Hansestadt Hamburg wird über Beteiligungsholding HGV zusammen mit namhaften Kaufleuten dieser Stadt versuchen, die Eigenständigkeit von Hapag-Lloyd zu erhalten. Wir wollen damit nicht unbedingt Geld verdienen, wir wollen aber auch kein Geld verlieren. Wie immer im Leben gibt es natürlich bei allen finanziellen Engagements ein Restrisiko. Dieses Restrisiko müssen wir alle gemeinsam so klein wie möglich halten. Durch ein Angebot, das die wirtschaftlichen Bedingungen voll im Blick hat, wollen wir Hapag-Lloyd mit seiner Unternehmenszentrale und die Arbeits- und die Ausbildungsplätze am Standort halten.

Hamburg gibt gemeinsam mit seriösen wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmern und Persönlichkeiten ein gutes Angebot ab. In dieser Frage halten unsere Stadt Hamburg, unser Gemeinwesen, Senat, Regierungsfraction und Opposition zusammen. Ich glaube, wir fühlen, spüren und wissen, dass es genau dies ist, was die Hamburgerinnen und Hamburger von uns erwarten. Das ist ganz einfach ausgedrückt unsere Pflicht und die erfüllen wir mit Herz und Verstand. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Badde.

Elke Badde SPD:* Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Hamburg zeigt Flagge für Hapag-Lloyd. Das war die Aussage des Senats am 20. Mai dieses Jahres. Dieses betonen auch die den Senat tragenden Fraktionen in der Bürgerschaft.

(Elke Badde)

Doch wie groß ist die Flagge, die für Hamburg wehen soll und wie viele Arbeitnehmer werden sich auch künftig hinter dieser Flagge versammeln können. Worum geht es hier? Zunächst geht es um fast 2000 Arbeitsplätze, die verloren zu gehen drohen, aber auch um ein gesundes, gut funktionierendes Unternehmen, das selbst am Markt global agiert und auf diese Weise schon andere internationale Unternehmen geschluckt hat.

Nun ist es zum Spielball eines Großaktionärs geworden, der keine Lust mehr auf Schifffahrt in seinem Portfolio hat, jedenfalls nicht auf deutsche Containerschiffe und nun soll es den Hamburgern an den Kragen gehen. Da spielt eben eine 160-jährige Geschichte und vor allem Tausende von Arbeitsplätzen keine Rolle mehr.

Dieses ist die hässliche Fratze der Globalisierung und sie zeigt sich noch mehr, wenn es um die Folgen geht. Auch hier gilt das Prinzip der Gewinnmaximierung und so soll es denn ein schwergewichtiger asiatischer Konzern, hier darf es auch gerne ein Staatskonzern sein, der seine Milliarden auf den Markt wirft.

Doch dieses ist dann selbst der CDU und dem von ihr geführten Senat ein bisschen Kapitalismus zu viel. Hier ist dann doch der berühmte Punkt erreicht, der das Fass zum Überlaufen bringt. Nein, Hamburgs Tafelsilber darf gerne verkauft werden, aber Hamburgs Flotte darf nicht asiatisch beflaggt werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Aus diesem Anlass sucht der Senat sogar den Schulterchluss mit der Belegschaft. Herr Senator, auch wenn dem Senat vorher die Belegschaft des LBK relativ egal war – von Phoenix wollen wir gar nicht sprechen –,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

wir als SPD beglückwünschen den Senat zu seiner späten Einsicht, auch Arbeitsplätze in Hamburg halten zu wollen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir unterstützen ausdrücklich die Beteiligung des Landes Hamburg an einer Bietergemeinschaft für Hapag-Lloyd. Als Arbeitnehmerpartei müssen wir nicht das Bild eines Krisenfalles an die Wand malen, indem 140 Containerschiffe der Hapag-Lloyd beschlagnahmt werden, um deutsche Sicherheitsinteressen zu verteidigen. Dieses hat die "Bild"-Zeitung anschaulich beschrieben. Uns reichen die 2000 betroffenen Arbeitsplätze aus sowie das massive Hamburger Interesse am Bestehenbleiben eines traditionsreichen Hamburger Schifffahrtskonzerns, wie auch an der Entwicklung des Hamburger Hafens, an dem Hapag-Lloyd durch den Containerterminal Altenwerder beteiligt ist.

Wir fragen aber auch, ob tatsächlich genügend getan wird, um den Betrieb hier zu halten. Reicht es aus, dass Herr Senator Gedaschko den Verkauf an ausländische Investoren als unfreundlichen Akt deklariert? Reicht es aus, dass sich die Bundesregierung solidarisiert, aber jede Beteiligung ausschließt? Reicht es aus, dass der Unternehmer Michael Kühne, einer der Hamburger Investoren, die sich finanziell engagieren wollen, seine Beziehung zur Deutschen Bank überdenken will, weil diese ausländische Bieter für Hapag-Lloyd sucht?

Wir glauben, dass hier mehr gefragt ist. Michael Neumann hat bereits betont, dass die Hamburger Lösung nicht daran scheitern dürfe, dass Hamburg kein Geld in die Hand nehmen will und kann. Hier ist ein großer Stapel Geld in die Hand zu nehmen, viel größer als die bisher genannten Zahlen hergeben.

(Frank Schira CDU: Ein bisschen mehr Hamburger Patriotismus!)

Hier kann sich tatsächlich der Patriotismus Hamburger Kaufleute bewähren, aber auch der Schulterchluss des Hamburger Senats. Es sind keine Milliönchen gefragt, sondern harte Milliarden, von 3 bis 5 Milliarden Euro ist die Rede.

(Antje Möller GAL: Und das soll Hamburg bezahlen, oder wie?)

Wie die "Hamburger Morgenpost" heute betonte: In Hamburg ziehen noch nicht alle Pfeffersäcke mit.

Gerhard Schröder hat im Fall Salzgitter AG bewiesen, dass auch eine staatliche Intervention Arbeitsplätze retten kann, ohne dass es zu wirtschaftlichen Verlusten für den Senat kommen muss. Ein gesundes Unternehmen wie Hapag-Lloyd steht nicht im Verdacht, sich zur staatlichen Geldfalle zu entwickeln. Wir appellieren daher an den Senat: Handeln Sie in wirtschaftlicher Vernunft zur Rettung der Arbeitsplätze. Herr Senator Gedaschko, verhandeln Sie gut, damit es nicht zu einem unfreundlichen Akt der Übernahme kommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Baum.

(Jens Kerstan GAL: Der Senator hat sich gemeldet!)

Üblich ist es so, dass wir die erste Runde mit den Abgeordneten der Fraktionen bestreiten. Wenn der Senator es aber gerne möchte, dann kann er natürlich sofort reden.

Das ist nicht der Fall, dann hören wir zunächst Frau Baum und dann den Senator. Frau Baum, Sie haben das Wort.

Elisabeth Baum DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist bitter, dass solch ein Traditionsunternehmen wie Hapag-Lloyd von Großaktionären allein aus wirtschaftlichen Interessen zum Verkauf getrieben wird, obwohl sich die Umsatzentwicklung für diese Sparte positiv entwickelt hat.

Die Schifffahrtssparte hat dem TUI-Konzern sogar Gewinne eingebracht. Der Gesamtkonzern hat im Vergleich zum Vorjahr ein geringes Minus eingefahren. Um leichte 2,4 Prozent stieg der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr. Die TUI-Leitung strebt dennoch eine Verkaufslösung ohne Immobilien an. Was bezweckt sie wohl mit diesem Gedanken? Will man diese extra verkaufen? Es gab Gerüchte um einen Hotelneubau am Ballindamm. Diese Verkaufsgeschichte ist doch wieder ein Ergebnis der Hedgefonds-Politik, die von Rot-Grün forciert und seitdem angesagt ist in dieser Republik.

(Jens Kerstan GAL: Wir sind wohl echt an allem Schuld!)

Es ist zu begrüßen, dass sich der Hamburger Senat Gedanken um Arbeits- und Ausbildungsplätze macht. Aber machen wir uns doch nichts vor: Wo die Unternehmensberater Ernst & Young schon Bestandsaufnahmen machen, Informationen zusammenstellen, die dann potenziellen Interessenten überreicht werden, da steht doch schon das Wasser im Keller.

Auch Finanzsenator Freytag hat im Zusammenhang mit der angedeuteten Hamburger Investition gesagt, sie geschehe nur aus wirtschaftlichen Gründen und hätte nichts mit Mildtätigkeit und romantischer Verklärung zu tun. Es gebe auch keine Erfolgsgarantie für die Hamburger Lösung.

Gerade vor diesem Hintergrund, dass niemand mit Sicherheit garantieren kann oder will, warne ich davor, grundsätzlich ausländisches Investorengeld als schlechtes Geld und nur deutsches Geld als gutes Geld zu betiteln. Nur, weil vielleicht ein ausländischer Investor in Hamburg investieren möchte, werden noch nicht die Bürgersteige hochgeklappt.

Wichtig für uns in Hamburg ist die Sicherung der Arbeitsplätze und da sind Betriebsräte und die Politik gefragt. Wichtig ist, eine Unternehmenspolitik zu fördern, die auch Zukunftsplanungen zulässt unter einer weitgehenden Mitbestimmung der Beschäftigten. Es kann nicht sein, dass Großaktionäre einmal mehr ihre Taschen auf Kosten der Beschäftigten füllen wollen und wir schauen zu.

(Beifall bei der LINKEN – Frank Schira CDU: Wir wollen ja nicht zuschauen!)

Es ändert auch nichts, dass die Bundesregierung jetzt das Außenwirtschaftsgesetz ändern möchte. Das würde hier nicht mehr greifen. Ich habe volles Verständnis für die Sorgen der Belegschaft und

fordere den Senat auf, jegliche Hilfe zu leisten, die möglich und nötig ist, um die Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze hier in Hamburg zu halten.

(Beifall bei der LINKEN – Frank Schira CDU: Was machen wir wohl gerade?)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Gedaschko.

(Michael Neumann SPD: Ich dachte, Senator Freytag spricht!)

Senator Axel Gedaschko: Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Die drei Kernbotschaften dieser Tage sind klar.

Erstens: Hapag-Lloyd muss in Hamburg bleiben.

Zweitens: Wenn Unternehmensfunktionen der Hapag-Lloyd durch einen Verkauf aus Hamburg verlagert und damit Hunderte von Arbeitsplätzen aus Hamburg zurückgezogen werden würden, wäre dieses ein unfreundlicher Akt nicht nur gegenüber den Menschen, die bei Hapag-Lloyd arbeiten, sondern gegenüber der Hansestadt insgesamt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Drittens: Wir unterstützen daher die Mitarbeiter bei ihrem Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze in Deutschland. Diese Stadt hat ein Ziel. Wir wollen die Arbeitsplätze in einem wichtigen Schlüsselbetrieb für die Hamburger Hafenwirtschaft erhalten. Wir wollen Schifffahrts-Know-how am Standort Hamburg sichern. Das ist ordnungspolitisch sehr gut vertretbar, denn wir können nicht einfach die Hände in den Schoß legen, wenn die Gefahr besteht, dass ein solides und strategisch wichtiges Unternehmen für diesen Standort verloren geht.

Meine Damen und Herren! Ich warne davor, dass wir uns in kleinkarierten Diskussionen verlieren, Beispiele von Schröder herbeiführen. Ich erinnere an die Philipp Holzmann AG. Das war vielleicht nicht die ganz gelungene Aktion. Man hat gutes Geld schlechtem hinterhergeworfen. Aber ich glaube, das Verfahren in Hamburg zeigt, dass wir anders agieren, erfolgreich agieren. Genauso wollen wir es an diesem Beispiel machen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Es geht um mehr als emotionale Bindungen. Es geht nicht allein um 160 Jahre Tradition. All das ist auch gut. Aber es geht um eine Top-Reederei, eine Reederei, die unter den fünf Besten dieser Welt im Containerverkehr agiert, die mit ihrer Grand Alliance dafür sorgt, dass der Hamburger Hafen ein Zielhafen ist, dass dieser Hafen lebt. Hapag-Lloyd trägt maßgeblich zur Logistikkette bei, die dafür sorgt, dass wir hier in dieser Region wirtschaftlich erfolgreich arbeiten können.

(Senator Axel Gedaschko)

Der Senat engagiert sich auf verschiedenen Ebenen für Hapag-Lloyd, die Mitarbeiter und Familien. Es geht nicht alleine, aber auch um die finanzielle Beteiligung der Stadt an der Hamburger Lösung, immerhin mit einem dreistelligen Millionenbetrag. Es geht auch um ein klares politisches Signal zur Unterstützung für das Unternehmen durch andere engagierte Hamburger Kaufleute. Es geht aber auch um ein Signal an die Menschen und Unternehmen dieser Stadt. Wir nehmen unsere Verantwortung um das Wohl der Stadt ernst. Und es geht um ein Signal an alle am Bieterverfahren Beteiligten. Alle Planungen, die geeignet sind, diesen Standort entscheidend zu schwächen, sind unerwünscht. Wir werden solche Planungen daher sehr aktiv begleiten.

Meine Damen und Herren! Es gibt Zeichen, dass bei den Beteiligten das eine oder andere Nachdenken angefangen hat, auch unter Einbeziehung Hamburgs. Gestern konnten wir von einem Angebot Frederiksens lesen, der den Vorschlag machte, Hapag-Lloyd als eigenständiges Unternehmen in Hamburg zu erhalten. Ich weiß nicht, was ich davon halten soll. Auf jeden Fall finde ich es interessant, dass sich hier etwas dreht.

Zudem kam vor kurzem die unerwartete Nachricht, dass Thomas Held, einer der aussichtsreichsten Kaufinteressenten als Präsident der NOL abgelöst wurde. Auch diese Nachricht hat zwischen den Zeilen einen hohen Informationsgehalt.

Unabhängig von allen Hintergründen und Zusammenhängen sollte allen Beteiligten klar sein, dass dies für Hamburg auch eine Frage der Selbstachtung, des Selbstvertrauens und des Kampfeswillens ist und diesen Kampfeswillen haben wir.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Ahrons.

Barbara Ahrons CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Badde, ich habe das Gefühl, dass Sie kleine Teile Ihrer Rede schon am Montag geschrieben haben.

(*Michael Neumann SPD:* Frau Ahrons, man spricht frei am Rednerpult!)

Zum Teil haben Sie Forderungen gestellt, die wir schon erfüllt haben.

Hamburg schaut eben nicht tatenlos zu, sondern wird aktiv und sendet ein deutliches Signal für den Wirtschaftsstandort Hamburg aus. Das ist die wichtigste Botschaft, die gestern bei der Entscheidung des Senats zur finanziellen Beteiligung rübergekommen ist.

Diese Entscheidung – da sind wir uns alle einig – war perfekt und genau richtig und sie ist, glaube ich, genau zum richtigen Zeitpunkt gekommen.

Eine finanzielle Beteiligung der Stadt am Hamburger Konsortium ist das, was im Rahmen unserer Möglichkeiten machbar ist, um zu versuchen, die Arbeitsplätze am Standort zu sichern und natürlich Hapag-Lloyd mit seinem Sitz in Hamburg zu halten.

Meine Vorredner haben bereits ausgeführt, warum das für Hamburg so wichtig ist. Dem kann ich mich in jeder Beziehung nur anschließen. Hamburg ist eben ein zentraler Logistik-, Schifffahrts- und Reederei-Standort und Hapag-Lloyd ist eines der weltweit größten Reedereiunternehmen und hat deshalb eine immense Bedeutung für unseren Hafen, den hiesigen und für den gesamten deutschen Wirtschaftsstandort.

Natürlich bereitet einem ein staatlicher Einfluss am Markt aus ordnungspolitischer Sicht grundsätzlich Magenschmerzen, jedenfalls mir.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Vor allem Ihnen, Frau Ahrons!)

Es ist normalerweise nicht die Aufgabe der Stadt, sich hier am Standort in das wirtschaftliche Geschehen einzumischen und lenkend einzugreifen. Aber bei Hapag-Lloyd sehen die Dinge zurzeit etwas anders aus. Deshalb ist die Entscheidung in diesem Fall nicht nur wichtig, sondern auch aus drei Gründen richtig, weil der Senat nicht nur eine politische, sondern auch eine wirtschaftliche und strategische Entscheidung für den Standort Hamburg getroffen hat.

Erstens: Das Engagement ist keine Sanierungsmaßnahme in ein strauchelndes Unternehmen, sondern ein mögliches Investment in ein einflussreiches und erfolgversprechendes Unternehmen.

Zweitens: Weil die Stadt, wie es sich bereits bei Beiersdorf erfolgreich gezeigt hat, kein dauerhaftes, sondern nur ein Engagement auf Zeit eingeht. Es soll auf Dauer eine private Lösung bleiben und darum wird sich Hamburg auch zum richtigen Zeitpunkt wieder daraus zurückziehen müssen.

Gleiches gilt auch für die Beteiligung an der Norddeutschen Affinerie, wie es Hamburg Anfang des Jahres mit 59 Millionen Euro getan hat. Auch damit sollten Arbeitsplätze und das Unternehmen an der Elbe gehalten werden. Wir werden sehen, wann Hamburg sich von diesem Investment wieder trennen wird. Die Firmenentwicklung und der Kupferpreis entwickeln sich in diesem Sinne positiv.

Drittens: Die Entscheidung ist auch richtig, meine Damen und Herren, weil Hamburg damit keine Blockadepolitik betreibt. Es gibt Unternehmensbeteiligungen in anderen Bundesländern, in denen der staatliche Einfluss bedeutend größer ist und

(Barbara Ahrons)

wichtige ökonomische Entscheidungen behindern kann. Hamburg dagegen überlässt das Ruder im Hamburger Konsortium überwiegend den privaten Investoren. So soll es auch sein.

Zudem hat das Engagement zum jetzigen Zeitpunkt keine Auswirkungen auf die Beteiligungen und Interessenbekundungen anderer Interessenten am Bieterverfahren. Damit bleibt auch ein faires Verfahren gewährleistet.

Hapag-Lloyd ist ein Stück Hamburg und ein zentraler Bestandteil unseres Reederei- und Schifffahrtsstandortes. Durch seine Beteiligung von 25 Prozent am Container-Terminal Altenwerder wird die Anfahrt des Hamburger Hafens durch viele Reedereien maßgeblich positiv beeinflusst und diese Bedeutung darf für unsere Stadt auf keinen Fall verloren gehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Meine Damen und Herren! Wir alle, Senat, Abgeordnete und die Bürger unserer Stadt werden gemeinsam lautstark, engagiert und mit viel Herzblut um Hapag-Lloyd kämpfen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Rose.

Wolfgang Rose SPD:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade haben die Beschäftigten von Hapag-Lloyd uns allen am Rande der Bannmeile noch einmal eindrucksvoll gezeigt, dass sie entschlossen sind, für den Bestand des Unternehmens in Hamburg und für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen. Ich denke, dabei haben sie unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Auch Senat, Bundesregierung und sogar die neoliberal ausgerichtete Handelskammer haben sich entschieden, regulierend in den Markt einzugreifen und dem freien Spiel der Kräfte Grenzen zu setzen und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass sich der Hamburger Senat gestern entschlossen hat, sich am Hamburger Bieterkonsortium zu beteiligen. Damit ist ein wichtiger Baustein für die Standortsicherung dieses Hamburger Traditionsunternehmens gelegt. Damit hat sich der Kampf der Kolleginnen und Kollegen schon jetzt gelohnt, denn natürlich ist es auch ihr Erfolg, dass sich ganz Hamburg innerhalb weniger Tage hinter der Losung "Hapag-Lloyd gehört zu Hamburg" gestellt hat.

Natürlich ist es bemerkenswert, dass sich der Senat nun entgegen der ordnungspolitischen Leitideologie vor allem der CDU

(Frank Schira CDU: Wir haben überhaupt keine Ideologie!)

– Frau Ahrons hat das eben noch einmal betont –, aber auch der GAL zu einem aktiven Engagement gezwungen sieht. Wie stark das dem Senat widerstrebt, zeigte Finanzsenator Freytag gestern in der Pressekonferenz. Er legte Wert auf die Feststellung, dass sein Engagement – ich zitiere –:

"... nichts mit Mildtätigkeit und romantischer Verklärung zu tun habe, sondern aus rein wirtschaftlichen Gründen geschehe."

Was könnte da mildtätig, was könnte da romantisch sein? Ich denke, es sind sicherlich nicht die Sicherung der Arbeitsplätze oder ähnliche Standortsicherungsgesichtspunkte gemeint, aber das wäre klärungsbedürftig. Jedenfalls für uns als Sozialdemokraten ist klar, dass es eine politische Notwendigkeit ist, die Arbeitsplätze derjenigen zu sichern, die dieses Unternehmen in Hamburg mit ihrem Know-how, mit ihrem Engagement, mit dem Hintergrund ihrer Familien aufgebaut haben und die ihre Existenz damit gesichert haben und von daher nicht der geringste Grund besteht, diese Sicherung infrage zu stellen. Diese Arbeitsplätze sind mindestens genauso wichtig wie die wirtschaftliche Entscheidung, die insgesamt vorhanden ist.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU und der GAL)

Das Beispiel der Kolleginnen und Kollegen von Hapag-Lloyd zeigt also eines, nämlich dass es sich lohnt, sich nicht einfach den angeblich so übermächtigen und segensreichen Zwängen der sogenannten Globalisierung zu unterwerfen, sondern immer wieder darauf zu bestehen, dass es um die Menschen und ihre Lebenschancen gehen muss und nicht nur um Kapitalrendite oder ideologische Prinzipien.

Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt hinweisen. Die frühere Bundesregierung unter Kanzler Schröder hat mit den Reedereien und auch mit der Gewerkschaft ver.di das maritime Bündnis ins Leben gerufen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Seeschifffahrt auch ohne Ausflaggen zu stärken. Davon hat insbesondere Hapag-Lloyd enorm profitiert. Die neue Tonnagesteuer für Schiffe ist in Wirklichkeit eine große Steuervergünstigung und darüber hinaus wurden die Sozialversicherungsbeiträge der deutschen Seeleute auf den Schiffen subventioniert, also die Lohnkosten gesenkt. Dadurch konnten deutsche Seeleute auf den Schiffen beschäftigt und auch Ausbildungsplätze erhalten bleiben. Insbesondere die Sicherung der Ausbildung ist wichtig, um überhaupt maritimes Know-how in Deutschland zu halten. Auch aufgrund dieser Steuervergünstigungen und Subventionen steht Hapag-Lloyd heute so enorm profitabel da.

(Wolfgang Rose)

Wenn jetzt aber die Eigner, also die TUI beziehungsweise einige dortige Großaktionäre die Reederei verschachern wollen, gerade weil sie so gut dasteht und weil es solch einen hohen Preis verspricht, dann ist das aus unserer Sicht im Grunde moralischer Subventionsbetrug. Es ist der Bruch des maritimen Bündnisses für die deutsche Seeschifffahrt, das die Subventionen gerade eingeführt hatte, um die Reedereien am deutschen Standort und unter deutscher Flagge zu halten. Das zeigt, wohin es führt, wenn ganze Unternehmen nur noch als beliebige Spekulationsobjekte betrachtet werden. Lassen wir das gemeinsam nicht zu. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: * Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte meinem Vorredner, Herrn Rose, erst einmal ausdrücklich zustimmen zu der Feststellung, dass sich die Aktivitäten der Belegschaft und ihrer Gewerkschaft in diesem Fall konkret gelohnt haben. Wir haben mit der Zusage vom Senat, dass er sich für einen dreistelligen Millionenbetrag einsetzen wird, wirklich eine neue Qualität in dieser Auseinandersetzung erreicht. Wir wissen alle, dass wir seit längerem über den Fall Hapag-Lloyd diskutieren. Bislang war das Engagement des Senats eher unterkühlt und hatte mehr den Charakter von Symbolpolitik. Insofern ist es wichtig, dass jetzt, sicherlich auch zurückgehend auf die Aktion der Belegschaften eine neue Qualität eingetreten ist.

Ich möchte noch einmal ausdrücklich, Herr Schira, begrüßen, dass Sie sich als schwarz-grüne Koalition für aktive Wirtschaftspolitik mit Blick auf die Unternehmenslandschaft in Hamburg einsetzen. Frau Ahrons hat es gesagt, aber das kommt für unseren Geschmack nur zu wenig vor. Sie machen das bei Beiersdorf, Sie machen das bei der Affi und Sie machen das jetzt bei Hapag-Lloyd. Ich sage nur, dass wir wünschten, dass Sie weitere Schritte in der Hinsicht gehen. Sie sind an anderer Stelle sehr zurückhaltend und Ihre Politik ist ansonsten auf Privatisierung und Immobilienverkauf orientiert. Das ist unseres Erachtens zu wenig.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Aber wir sind hier wie an anderer Stelle immer optimistisch und nehmen das einmal so wie es ist, trotz der Skrupel, Frau Ahrons, dass das vielleicht der Einstieg in ein neues Kapitel Hamburger Politik für Unternehmen und Arbeitsmarkt ist.

(Dirk Kienscherf SPD: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Insofern ist das ein richtiger Schritt nach vorne.

Als ich jetzt aber die Beiträge gehört habe, Herr Schira, da muss ich sagen, dass da doch ein bisschen viel Showeffekt dabei ist. Am dollsten war das natürlich wieder bei Herrn Kerstan, der wirklich alles übertrifft. Wir müssen doch in der Hinsicht wirklich fair bleiben. Klar ist, dass hier ein Unternehmen zerlegt wird. Herr Gedaschko sagt, das wird sich vielleicht ein bisschen ändern, aber zunächst einmal geht es um die Zerlegung eines Unternehmens. Das ist keineswegs eine spezifische Attacke auf Hamburg, das ist in dieser Republik und in Europa der Normalfall. Wenn man das nicht will – ich will es nicht, meine Fraktion will es nicht, weil damit ganz horrende soziale Konsequenzen verbunden sind –, dann müssen Sie sich, wenn Sie diesen Schritt gehen, auf Bundesebene, im Bundesrat für eine Veränderung einsetzen. Das, was jetzt die "Bild"-Zeitung gefordert hat, also die Veränderung des Außenwirtschaftsgesetzes, ist ein erster Schritt. Machen Sie das doch mit uns mit und treten Sie für die Regulierung bei Hedgefonds und Finanzinvestoren ein.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – Barbara Ahrons CDU: Nun kippen Sie das Kind nicht gleich mit dem Bade aus!)

Machen Sie doch das, was auch von attac gefordert wird. Wir müssen eine neue Struktur für die Architektur der Finanzmärkte hinbekommen. Das ist der Punkt. Sie hauen hier aufs Blech mit dem Hamburger Patriotismus. Wenn ich mir das angucke, wo Sie woanders aktiv sind, dann muss ich feststellen, dass da wenig zu sehen ist. Sie haben das Gewicht im Bund.

(Frank Schira CDU: Aber hier machen wir doch was!)

Ich glaube, Sie sollten sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass wir generell einen anderen Umgang mit dem Shareholder-Value-Kapitalismus zustande bringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweite Bemerkung, weil Sie uns, wenigstens in dieser Debatte, vereinnahmen wollten. Frau Badde hat es schon gesagt, Dank der Belegschaft hat es einen Schritt hin zum dreistelligen Millionenbetrag gegeben. Reicht das? Ich teile Ihre Bedenken, denn wir reden hier über Milliarden. Ich hoffe jedenfalls, dass durch den Druck der Belegschaften noch etwas nachgelegt wird. Ich glaube, hier ist eine ganz andere Dimension angesagt. Wenn ich mir die HGV angucke, wäre das zum Teil auch möglich.

Wenn Sie uns dann noch die sogenannte Hamburger Lösung präsentieren, dann möchte ich Ihnen bei aller grundsätzlichen Sympathie für Ihre Aktivitäten doch noch zwei Argumente mitgeben.

(Dr. Joachim Bischoff)

Der erste Punkt: Uns den Unternehmer Kühne, der in der Schweiz zusammen mit dem Milchzar steuerbegünstigt existiert, als Hamburger Vorzeigunternehmer zu präsentieren, das glaubt Ihnen nicht einmal die Gemeinde in der überregionalen Finanzpresse.

Der zweite Punkt ...

(Glocke – Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Ich hätte Ihnen noch einen Schlusssatz spendiert.

Nach Paragraf 22 Absatz 3 der Geschäftsordnung bekommt jetzt Herr Kerstan für die GAL das Wort, weil Sie sich in der zweiten Runde noch nicht gemeldet haben. Herr Kerstan, Sie haben das Wort.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die gute Nachricht ist, dass wir uns alle einig sind. Aber ich muss Ihnen ehrlich sagen, wenn der Senat entschieden hat, sich an diesem Bieterkonsortium zu beteiligen, dann haben wir die Schlacht noch nicht gewonnen.

(Ingo Egloff SPD: Das ist richtig!)

Wir stehen erst am Anfang. Heute wäre es doch sinnvoll gewesen, dass wir gemeinsam als Parlamentarier, als unterschiedliche Fraktionen mit teilweise unterschiedlichen Vorstellungen in der Wirtschaftspolitik ein einheitliches Signal nach außen gesandt hätten und diese Gelegenheit nicht dazu genutzt hätten,

(Beifall bei der GAL und der CDU)

dann doch parteipolitisch in einer Frage einzubrechen.

Es geht doch darum, heute der Belegschaft von Hapag-Lloyd in diesem Punkt, wo wir uns einig sind, die Solidarität zu versichern und gemeinsam auch ein Signal nach Übersee zu senden, dass wir bereit sind, gemeinsam zu kämpfen. Darum finde ich es wirklich bedauerlich, dass Sie teilweise dann doch Seitenhiebe, grundsätzliche politische Ideologien in den Mittelpunkt Ihrer Debatten gestellt hatten.

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Sie zerreden das gerade!)

Das war nicht hilfreich, meine Damen und Herren, das hätte ich mir wirklich anders gewünscht.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Arno Münster SPD: Sie sind dabei, es zu zerreden!)

Es ist schon so, dass ein dreistelliger Millionenbetrag nicht nur Symbolik ist, sondern das ist sehr viel Geld, gerade auch, wenn wir wissen, wie die Haushaltslage dieser Stadt ist.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das wissen nur Sie!)

Wenn Sie fragen, reicht das und dann darauf verweisen, welche steuerlichen Privilegien die Reedereien, die Schiffsfinanzierer und ähnliche haben, und wenn es dann darum geht zu sagen, Eigentum verpflichtet, dann kann doch nicht die Botschaft sein, um das Unternehmen in dieser Stadt zu halten, dass der Staat wieder entscheiden muss und er auch der Alleinige sein soll zu handeln. Der Vorteil dieser Lösung ist es doch, dass Stadt, Politik

(Karin Timmermann SPD: Das hat doch keiner gesagt!)

und die Eigentümer von anderen Reedereien, die von staatlichen Subventionen profitieren, gemeinsam vorangehen. Darum würde ich mir wünschen, dass wir in Zukunft diese notwendigen Debatten, die heute angeklungen sind, an den Stellen führen, wo sie notwendig sind, aber erst einmal in dieser Frage gemeinsam Schulter an Schulter für den Erhalt der Arbeitsplätze in dieser Stadt kämpfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wir kommen zu zwei Wahlen, nämlich den Punkten 3 und 4 der heutigen Tagesordnung: Wahl von acht ehrenamtlichen Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern der Kommission für Bodenordnung und Wahl eines Mitglieds und dessen Vertreterin oder Vertreter für die Kommission für Stadtentwicklung.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von acht ehrenamtlichen Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern der Kommission für Bodenordnung

– Drs 19/546 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds und dessen Vertreterin oder Vertreter für die Kommission für Stadtentwicklung

– Drs 19/625 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, die Wahlen in einem Wahlgang durchzuführen. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel bei jedem Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

Bitte nehmen Sie nun die Wahlentscheidungen vor. Wir werden mit dem Einsammeln noch ein bisschen warten.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Dann darf ich die Schriftführerin und den Schriftführer bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung.

Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt und vereinbarungsgemäß zu Protokoll nachgereicht.*

Wir kommen zu Punkt 16 der Tagesordnung, dem Bericht des Schulausschusses: Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes - Nichteinrichtung von Hauptschulklassen.

[Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 19/436:

Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes - Nichteinrichtung von Hauptschulklassen

– Drs 19/582 –]

Wer wünscht das Wort? Herr Gwosdz bitte.

Bevor der Kollege das Wort ergreift, wäre es vielleicht ganz nett, wenn diejenigen, die an der Debatte interessiert sind, hier bleiben und diejenigen, die nicht daran interessiert sind und jetzt am Rande stehen und laut reden, das draußen weiterführen. Dann machen wir eben vor einem etwas leeren Haus eine Spezialistendebatte.

Herr Gwosdz, Sie haben das Wort.

Michael Gwosdz GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Heute wird aus einem halb leeren Glas ein halb volles Glas. Die Abschaffung der isolierten Hauptschulklassen ist ein Perspektivwechsel, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die Schüler bleiben erst einmal dieselben, doch sie bleiben mit der Chance, dem Stigma der Restschule entronnen zu sein und sie lernen länger gemeinsam in einem anregenden Umfeld, das bislang fehlte.

Ich darf daran erinnern, was die Enquete-Kommission im vergangenen Jahr festgestellt hat – ich zitiere:

"Der Besuch einer Hauptschule wirkt daher ab der siebten Klasse häufig motivationshemmend. Das Leistungspotenzial der Kin-

der und Jugendlichen wird nicht adäquat ausgeschöpft."

– Zitatende. –

Auch der vor einigen Tagen erschienene nationale Bildungsbericht stellte zur Situation an den Hauptschulen wenig Positives fest. Sie wird überall in Deutschland wie auch in Hamburg immer seltener gewählt. Das hat eine Konzentration von Schülerinnen und Schülern aus schwierigen Lernverhältnissen in den Hauptschulen zur Folge. Jugendliche mit Migrationshintergrund in Verbindung mit niedrigem sozialem Status der Schüler, Lernschwierigkeiten und Verhaltensprobleme treffen aufeinander. Während deutschlandweit nur jede fünfte Hauptschule in derartigen problematischen Lernkontexten arbeitet, sind es in Hamburg 70 Prozent der Hauptschulklassen. Die Folgen derartiger problematischer Lernkontexte sind, so der nationale Bildungsbericht, eine erhebliche Beeinträchtigung der Leistungs- und Persönlichkeitsentwicklung.

Hinzu kommt, dass das Bewusstsein, zu den Ausortierten zu gehören, bei Hauptschülerinnen und Hauptschülern häufig zum Verlust der Lust auf Schule führt. Erschwerend hinzu kommt die vermeintliche Perspektivlosigkeit. Mit jedem älteren Mitschüler, jeder älteren Mitschülerin, die trotz Abschluss in einer Warteschleife landen, erleben die Jüngeren, wie sinnlos vermeintlich ein Abschluss ist.

In diesem Wissen hat der Schulausschuss einstimmig beschlossen, keine Hauptschulklassen mehr einzurichten. Mit der Abschaffung der isolierten Hauptschulklassen verändern wir das problematische Lernumfeld in einem ersten Schritt. Statt Selektion in Haupt- und Realschülerinnen und -schüler gibt es gemeinsamen Unterricht an den integrierten Haupt- und Realschulen. Das bedeutet heterogenere, aber auch anregungsreichere Lernumwelten. Die Zahl der Mitschülerinnen und Mitschüler, die nicht nur einen erfolgreichen Abschluss schaffen, sondern am Ende auch eine erfolgreiche Ausbildung finden, wächst und damit die Zahl der positiven Vorbilder und positive Vorbilder sind wichtig. In einem positiven Lernumfeld erscheint das Glas für die Schüler eben nicht mehr halbleer, sondern halbvoll.

Was beschließen wir heute konkret? Wir haben in Hamburg schon 13 integrierte Haupt- und Realschulen, zwölf weitere Hauptschulen haben diesen Schritt selbst in Schulkonferenzen beantragt und sind auf dem Weg dorthin gewesen. Wir vollziehen diesen Schritt nun für die weiteren noch verbliebenen 22 Schulen nach. Differenzierung wird Unterrichtsprinzip, differenzierter Unterricht ermöglicht,

*Siehe Anlage 1, Seite 363 bis 364

(Michael Gwosdz)

die Schülerinnen und Schüler mit ihren unterschiedlichen Lernvoraussetzungen wahrzunehmen, in ihren Stärken zu verstärken und in ihren Schwächen weiter voranzubringen, damit diese nicht hinderlich werden.

Wir beschließen natürlich auch Unterstützungs- und Begleitangebote für die beteiligten Schulen. Die müssen wir nicht aus dem Ärmel schütteln, auch wenn es ein relativ kurzfristiger Schritt zum 1. August ist, das auf den Weg zu bringen, denn für die sich bereits auf dem Weg befindlichen zwölf Schulen sind schon Unterstützungskonzepte und Fortbildungsangebote vorhanden. Sie laufen und sie werden auf die weiteren 22 Schulen ausgeweitet.

Wir beschließen auch, die Basisfrequenz in den integrierten Haupt- und Realschulen auf 21 Schüler anzupassen. Das ist der Mittelwert aus 19,5 an den Hauptschulen und 22,5 an den bisherigen Realschulen. Dadurch wird dieser Schritt kostenneutral vollzogen und macht keinen Nachtragshaushalt erforderlich.

Wir wissen natürlich, dass wir mit den Hauptschulen nicht die Jugendlichen mit Hauptschulabschluss abschaffen. Daher bleiben bewährte Elemente aus der guten Arbeit der Hauptschulen wie der Praxistag natürlich erhalten. Auch die besonderen Angebote für Jugendliche mit Hauptschulabschluss in der Berufsvermittlung bleiben bestehen.

Um das Glas – wir machen heute nur einen Perspektivwechsel – voller zu bekommen, sind natürlich noch weitere Tropfen notwendig. So ist die Abschaffung der isolierten Hauptschulklassen nur ein erster Schritt von vielen, die noch folgen werden. Wir werden morgen noch die Reduzierung der Klassengrößen in der dritten und vierten Klasse beschließen; das gehört ebenfalls dazu. Dieser Schritt führt zu besser auf den Übergang auf die nächste Schulform vorbereiteten Kindern.

Wesentliche weitere Schritte im Rahmen der Hamburger Schulreform folgen noch, insbesondere das Ende der Vielgliedrigkeit des Hamburger Schulsystems. Mit dem Ende der isolierten Hauptschulklassen ist ein Anfang gemacht auf dem Weg zu guten und erfolgreichen Stadtteilschulen ab 2010. Ich freue mich, dass dieser Beschluss einstimmig im Schulausschuss getroffen wurde. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Freistedt.

Marino Freistedt CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die heutige Debatte zur Schulpolitik berührt ein Thema, das allen Fraktionen am Herzen liegt. Es geht in erster Linie, Herr Buss, um unsere Hauptschülerinnen und -schüler

in Hamburg. Es geht um ihre Schulform, es geht um die Bildungseinrichtung für diese Schüler, die früher einmal den Hauptteil unserer Schülerschaft umfasste und heute in Hamburg nur noch jeden zehnten Schüler betrifft.

Die Gestaltungsmehrheit von GAL und CDU lässt die Hauptschülerinnen und -schüler nicht links liegen. Der schwarz-grüne Senat beschreitet konsequent den Weg, an dessen Ende die Einführung der Stadtteilschule und längeres gemeinsames Lernen steht; das ist richtig und zukunftsfähig. Hauptschüler, so haben parteiübergreifend alle Teilnehmer der letzten Enquete-Kommission festgestellt, dürfen nicht länger das Gefühl haben, nur noch zu einem Rest zu gehören. Es gilt, das Selbstwertgefühl unserer Hauptschülerinnen und -schüler zu steigern, die Motivation für erfolgreiches Lernen zu fördern und die Chancen zum Einstieg in den Ausbildungsmarkt zu erhöhen. Dafür stehen der Erste Bürgermeister und der Senat, denn gerade in Hamburg hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass die Isolierung von Hauptschülern schon längst durch innovative Konzepte einzelner Schulen aufgehoben werden konnte. Die Leistungsergebnisse aus den gemeinsam gebildeten Haupt- und Realschulklassen beweisen die Richtigkeit dieses Konzepts, nämlich das gemeinsame, aber auch das leistungsdifferenzierte Lernen zu fordern und zu fördern.

Der heutige Beschluss ist für Hamburg, aber auch über Hamburgs Landesgrenzen hinaus eine kleine Revolution. Wir schaffen die nicht mehr zukunftssicheren reinen Hauptschulen ab und vermeiden, dass die Kinder dort, frühzeitig stigmatisiert als Restschüler, ihre Schulzeit absitzen. Mit der hier zu beschließenden Nichteinführung von Hauptschulklassen beweisen der Hamburger Senat und alle Fraktionen der Bürgerschaft Mut zur Veränderung. Wir treten auch in der Öffentlichkeit für diese neue Schulstruktur ein und möchten Eltern, Lehrerschaft, Schülerinnen und Schüler sowie die interessierte Öffentlichkeit davon überzeugen, dass in den neuen Haupt- und Realschulklassen der Weg der inneren Differenzierung als Unterrichtsprinzip gute Chancen hat, auf die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler einzugehen. Die Lehrerinnen und Lehrer sind darauf eingestellt und haben sich schon vielfach diesen Anforderungen gestellt, in ihren Lerngruppen individualisierten Unterricht durchzuführen. Äußere Fachleistungsdifferenzierungen sollen für die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch gelten. Damit können die Kernkompetenzen auch im Klassenverband durch das Lernen in unterschiedlichen Kursen optimal gefördert werden. Es bleibt dabei: Es gibt natürlich Hauptschulabschlüsse und Realschulabschlüsse.

An dieser Stelle ist auch ein Dank an all die Schulen angebracht, die in den letzten Jahren das Prinzip der integrierten Haupt- und Realschulen

(Marino Freistedt)

vorgelebt und innovativ unterstützt haben. Innovative Kräfte werden von diesem Senat wahrgenommen und in diesem Fall haben die Ergebnisse uns auch überzeugt. Möglich wird diese neue Schulstruktur ab dem kommenden Schuljahr auch durch eine zum Teil recht deutliche Absenkung – mein Kollege hat eben darauf hingewiesen – der Klassenfrequenzen in den KESS-1- und KESS-2-Ge bieten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Bürgerschaft! Vielleicht trauert der eine oder andere Mitbürger seiner Hauptschule noch nach

(Dora Heyenn DIE LINKE: Wie bitte? – Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Vor allem Sie der CDU!)

und verfolgt unsere politischen Schritte mit Skepsis. Ich denke aber, dass schon der Gedanke, dass sich kein Kind mehr durch die Einstufung in eine reine Hauptschulklassse zurückgesetzt fühlt, während seine Freunde auf andere Schulzweige gehen, Anlass zur Hoffnung auf eine positiv verlaufende Schullaufbahn bietet.

Mit dieser Gesetzesänderung machen wir den ersten Schritt hin zur Stadtteilschule. Daher brauchen die Eltern nicht zu befürchten, dass wir unvorbereitet in diese neue erfolversprechende Schulstruktur starten. Auf dem Weg zu einer noch besseren Chancengerechtigkeit werden wir mit der Einführung der Stadtteilschule schließlich denselben Kindern, die durch den heutigen Beschluss gemeinsam in Haupt- und Realschulklassen unterrichtet werden, die Möglichkeit geben, an den Stadtteilschulen das Abitur abzulegen und die Hochschulreife zu erwerben. Das ist eine richtige Entscheidung der Koalition, die dieses auch gestalten wird.

All dies ist für die Regierungsfraktion – ich hoffe, auch für alle hier in diesem Raum – Ansporn, die Nichteinrichtung von Hauptschulklassen nicht als unwichtiges Detail, sondern als großen und sorgfältig zu unterstützenden Schritt zu sehen. Lassen Sie uns gemeinsam handeln und unsere Lehrerinnen und Lehrer nach Kräften bei dieser Aufgabe unterstützen und diesem Antrag zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Buss.

Wilfried Buss SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich ist es nichts Besonderes für die SPD, denn die SPD fordert seit vielen Jahren die Abschaffung der eigenständigen Hauptschulklassen. Deswegen haben wir auch kein Problem damit, diesem Senatsantrag heute zuzustimmen.

Schließlich ist es – das hat gerade selbst der Kollege Freistedt deutlich gemacht – offenkundig, dass die Schulform Hauptschule den Jugendlichen keine ausreichenden Chancen auf gutes Lernen und eine gute Ausbildung bietet und damit auf Arbeit und ein erfolversprechendes Leben. Für die SPD ist schon lange klar, dass es so lange, Herr Freistedt, keine Chancengleichheit geben kann, wie wir Kinder und Jugendliche weiter in verschiedene höhere und niedere Schulformen sortieren.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist für die SPD die Abschaffung der Hauptschule, wie sie heute beschlossen wird, nur der erste Schritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder, der Einstieg in einen Reformprozess, der jetzt begonnen wird und zügig weiter vorangebracht werden muss.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Uns unterscheidet nach wie vor von der neuen Senatskoalition aus CDU und GAL, dass die Abschaffung der Hauptschulen in ein schlüssiges und aufeinander abgestimmtes Gesamtkonzept zur Reform des Schulwesens in Hamburg eingebettet sein muss.

Immerhin ist es erfreulich zu hören, dass auch die CDU endlich so weit ist, die Abschaffung der Hauptschulklassen mitzutragen. Das ist, wie viele von Ihnen wissen, noch nicht lange so. Bis vor wenigen Jahren hat die CDU die Hauptschule gegen alle pädagogischen Erkenntnisse und Erfahrungen wie eine Monstranz hochgehalten, Herr Freistedt. Die integrierten Haupt- und Realschulen, die Sie jetzt feiern, haben Sie bekämpft und dann quasi über Nacht einen Kurswechsel um 180 Grad vollzogen. Solche radikalen Schwenks weisen meistens darauf hin, dass die gewendeten Positionen weniger sachlich als vielmehr ideologisch begründet waren. Wir erinnern noch alle, wie gerade Herr Freistedt und auch Frau Dinges-Dierig immer die Stärkung der Hauptschule gefordert und dabei die saubere Absonderung vom Gymnasium gemeint haben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die SPD-Fraktion bleibt aber trotz der Zustimmung bei ihrer Skepsis bezüglich der Ernsthaftigkeit, mit der hier mehr Bildungschancen erreicht werden sollen, denn mit der richtigen und notwendigen Abschaffung von eigenständigen Hauptschulklassen allein ist es nicht getan; das haben meine Vorredner schon gesagt. Eine wirkliche Verbesserung der Lernchancen der Jugendlichen in den neuen integrierten Klassen wird es nämlich nur geben, wenn sie auch angemessen gefördert werden und das bedeutet, weit besser als bisher gefördert werden. Wohl gemerkt: Damit soll nicht die engagierte Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer herabgewürdigt werden, die bisher schon in den Hauptschulen mit großem Einsatz alles versucht haben, um den Ju-

(Wilfried Buss)

gendlichen Gutes mit auf den Weg zu geben, deren Erfolg aber aufgrund der schlechten strukturellen Rahmenbedingungen begrenzt bleiben musste. Im Gegenteil, den engagierten Lehrerinnen und Lehrern gelten ausdrücklich Dank und Anerkennung, zumindest aus den Reihen der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es geht in Wirklichkeit, und dies ist unsere Skepsis, um die ausreichenden Ressourcen, um genügend und gut ausgebildete Lehrkräfte, vor allem aber, Herr Freistedt, um kleine Klassen. Es geht darum, dass die Reformen für die Jugendlichen auch wirklich von Nutzen sind und deshalb ist es fahrlässig, diese Reform aufkommensneutral, also ohne zusätzliche Ressourcen, machen zu wollen, wie Sie es in Ihrer Gestaltungsmehrheit planen. Es geht doch nicht nur darum, die Schülerinnen und Schüler in gemeinsame Klassen zu stecken, sondern in diesen Klassen muss guter, fördernder, herausfordernder, möglichst sogar individualisierter Unterricht stattfinden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deshalb haben wir schon im Schulausschuss gesagt, dass es eine Milchmädchenrechnung ist zu sagen, wir nehmen einfach die Mitte zwischen den bisherigen Regelgrößen von Haupt- und Realschulklassen als neue Klassenfrequenz für die Integration. Diese Milchmädchenrechnung ist deshalb unangemessen, weil sie völlig außer Acht lässt, welche gewaltige Herausforderung darin liegt, für diese Risikoschüler den möglichen Schulerfolg auch tatsächlich nachhaltig zu verbessern. Da waren Sie übrigens, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und GAL, auch schon einmal weiter als heute, denn wir haben vor noch nicht einmal zwei Jahren gemeinsam in der Enquete-Kommission beschlossen, dass für diese Risikoschülerinnen und Risikoschüler ein Mehrbedarf an Ressourcen eingesetzt werden muss. Wie kommen Sie angesichts dieser gemeinsamen Übereinkunft der Enquete-Kommission jetzt dazu, dieses kostenneutral machen zu wollen? Haben Sie schon Angst, dass Ihnen das Geld ausgeht für die vielen großen Versprechen aus Ihrem Koalitionsvertrag? Das gibt uns doch zu denken.

Die Hauptschüler dürfen nicht die Leidtragenden sein, das waren sie nämlich lange genug, insbesondere in den abgelaufenen Jahren Ihrer Regierungszeit. Noch immer ist die Zahl der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss erschreckend hoch.

(Olaf Ohlsen CDU: Das habt Ihr doch bestritten!)

Noch immer sind die Bildungsausgaben in Deutschland,

(Jörn Frommann CDU: Aber deutlich niedriger als zu sozialdemokratischen Zeiten!)

gemessen am Bruttoinlandsprodukt, im internationalen Vergleich erschreckend niedrig.

Deshalb zum Schluss noch einmal in aller Klarheit: Strukturreformen im Schulwesen sind richtig und notwendig. Die Abschaffung der reinen Hauptschulklassen ist ein richtiger und notwendiger erster Schritt, doch er wird verpuffen, wenn nicht gleichzeitig die Unterrichtsbedingungen in den Schulen verbessert werden und das verlangt nun einmal zwangsläufig höhere Ressourcen. Wer also A sagt, der muss auch B sagen, sonst bleibt das A wirkungslos und unglaubwürdig.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch die LINKE stimmt diesem Antrag des Senats zu. Das war der einzige Satz im Koalitionsvertrag, dem wir uneingeschränkt zustimmen konnten. Dass die isolierten Hauptschulklassen in Hamburg abgeschafft werden, ist längst überfällig. Wir haben uns jahrzehntelang an jungen Menschen wirklich versündigt. Sie sind ausgegrenzt worden und hatten keine Chance auf dem Ausbildungsmarkt.

Herr Buss hat eben ganz deutlich gesagt, dass das Ganze nur hilft, wenn es besser ist als bisher. Ich gehe davon aus, dass die Unterstützungsangebote, die von der Behörde an die Schulen gegangen sind, was die Fortbildung der Lehrer anbetrifft, erfolgreich sind und auch auf den Weg kommen. Wir von der LINKEN teilen die Skepsis, dass man diese Aufgabe kostenneutral regeln kann. Gute Bildung erfordert auch meistens mehr Geld.

Nun heißt das aber nicht – der Eindruck wird erweckt –, dass es ab dem Schuljahr 2008/2009 in Hamburg keine Hauptschulen mehr gibt; das ist nicht der Fall.

(Olaf Ohlsen CDU: Das hat auch keiner behauptet!)

Die jetzige H 7 wird zur H 8 und die jetzige H 8 wird zur H 9. Das heißt – ich habe es schon im Schulausschuss angesprochen –, dass diese Schülerinnen und Schüler eine besonders prekäre Situation haben. Wir von der LINKEN fordern von der Behörde und vom Senat, diesen verbleibenden zwei Jahrgängen in Hamburg eine besondere Förderung zukommen zu lassen, weil sie sonst von vornherein auf dem Ausbildungsmarkt ausgegrenzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

(Dora Heyenn)

Herr Freistedt hat angesprochen, dass man die Chancen auf dem Ausbildungsmarkt erhöhen muss. Wir haben seit Jahrzehnten einen Verdrängungsmarkt bei den Ausbildungsplätzen. Es ist nicht mehr ungewöhnlich, in Anzeigen zu lesen, dass eine Friseurin oder eine Bäckereifachverkäuferin als Voraussetzung Abitur haben muss; das kommt immer häufiger vor. Es gibt eine Verdrängung hin zu Abiturienten, zu guten Realschülern und die mittleren und schlechten Realschüler und vor allen Dingen die Hauptschüler haben gar keine Chance.

Die besondere Dramatik in dieser Sache ist, dass die Schüler, die jetzt in der H 7 sind, 2010 entlassen werden und 2010 haben wir den doppelten Abiturientenjahrgang. 2008 haben wir in Mecklenburg den doppelten Abiturientenjahrgang, dann kommt auch noch Niedersachsen. Das heißt, diesen Schülern, die jetzt noch in Hamburg in der Hauptschule sind und bleiben, muss man einfach mehr Förderung geben, die Klassenfrequenzen müssen heruntergesetzt werden. Es muss ganz viel getan werden, damit diese jungen Leute nicht alleine gelassen werden und wirklich eine Chance haben, einen Start in den Beruf und ins Leben zu bekommen.

Ich appelliere noch einmal an die Senatorin, das Versprechen, das sie mir im Schulausschuss gegeben hat, ernst zu nehmen und da wirklich etwas zu tun. Da muss Hilfe her, das ist total wichtig, es sind dringend flankierende Maßnahmen gefordert.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senatorin Goetsch.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der "Süddeutschen Zeitung" habe ich am Montag gelesen, dass wir uns in Hamburg in einer – Zitat –

"... hanseatischen Unaufgeregtheit..."

darin machten, die Hauptschule auslaufen zu lassen. Diese Beschreibung trifft und hier setzt sich etwas fort, was bereits am Ende der bürgerschaftlichen Enquete-Kommission begonnen hat. Es gibt einen fachlichen und einen parteiübergreifenden Konsens, keine weiteren Hauptschulklassen in Hamburg mehr einzurichten. Ich freue mich sehr, meine Damen und Herren von der Bürgerschaft, dass Sie heute den Beschluss zur Nichteinrichtung von getrennten Hauptschulklassen fassen. Ich freue mich natürlich besonders für die Schülerinnen und Schüler. Ihre Kolleginnen im Schulausschuss haben dies alle schon einstimmig empfohlen und auch die Lehrer-, Eltern- und Schülerkam-

mern haben einstimmig zugestimmt und dieses empfohlen.

Eine Bemerkung zur Unaufgeregtheit – vielleicht mit einer kleinen Ausnahme, lieber Wilfried Buss –, denn wenn man im Glashaus sitzt, muss man ein bisschen aufpassen. Vor zehn und auch noch vor acht Jahren war es nicht möglich, mit der SPD die IHR-Klassen flächendeckend einzuführen. Es braucht alles seine Zeit und insofern muss man da ein bisschen vorsichtig sein. Aber ich finde es gut, dass wir eine so große Übereinstimmung in dieser schulpolitischen Frage haben, denn das war nicht immer eine Selbstverständlichkeit. Vielleicht fällt es auch nicht jedem hier im Hause leicht zuzustimmen, weil sich vielleicht noch Sorgen gemacht werden, ob sich die Schulen so schnell darauf einstellen können, schon im Sommer ab den siebten Klassen alle Schülerinnen und Schüler der Haupt- und Realschulen in gemeinsamen Klassen zu unterrichten. Diese Sorgen nehmen wir sehr ernst und niemand soll bei der Umsetzung allein gelassen werden. Wir bieten den Schulen und natürlich den Lehrerinnen und Lehrern ein breites Unterstützungsangebot. Es hat die ersten Fortbildungsseminare und Workshops gegeben und die Lehrerinnen und Lehrer werden auch gleich zu Schuljahresbeginn noch weiter begleitet und bekommen begleitende Fortbildung vom Landesinstitut.

Ich will aber an dieser Stelle Ihren Einwand, Frau Heyenn, noch einmal aufgreifen. Sie haben vollkommen recht, dass wir den Doppeljahrgang im Auge haben müssen, damit nicht die Schülerinnen und Schüler, die mit einem Hauptschulabschluss von der Schule gehen, durch den Verdrängungseffekt des Doppeljahrgangs noch weniger Chancen haben. Darauf müssen wir gerade im Rahmen von Ausbildungsgesprächen mit allen Beteiligten achten.

Auch sehr hilfreich ist in Hamburg, dass es eine lange Tradition in der Arbeit von integrierten Haupt- und Realschulen seit Anfang der Neunzigerjahre gibt. Es wurde schon gesagt, dass diese Schulen erfolgreich waren. Das ist durch die Untersuchungsergebnisse der Abteilung für Qualitätssicherung am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung im Jahr 2001 noch einmal vorgelegt worden. Dann gab es eine kleine Hängepartie, weil man insgesamt diesen Versuch nicht weiter wollte. Aber zwischenzeitlich sind wir so weit, dass nur noch 22 Schulen getrennt organisieren.

Die zentrale Frage der Untersuchung war, ob es gelingt, leistungsschwächere und leistungstärkere Schüler in einer Klasse gemeinsam zu unterrichten, ohne dass die einen Schüler in ihrem Lerntempo gebremst werden und sich eventuell langweilen und nicht genug lernen und die anderen nicht hinterherkommen, ob also wirklich dieser Heterogenität entsprechend begegnet werden kann. Der Befund ist eindeutig: Es funktioniert. Die Hauptschü-

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

ler, die gemeinsam mit Realschülern unterrichtet wurden, haben deutlich besser gelernt. Es gab deutlich weniger Schulabbrüche als bei den Schülern in reinen Hauptschulklassen und – das ist das Wichtigste, weil da immer Nachfragen sind – die Realschüler hatten keinen Nachteil. Auch sie haben gleich gute Lernerfolge wie in reinen Realschulklassen gehabt.

Inzwischen gibt es noch eine ganze Reihe mehr Hamburger Schulen außer den integrierten Haupt- und Realschulen, die zeigen, wie es gelingen kann, den Starken genug Stoff zum Lernen zu geben und gleichzeitig die Schwächeren erfolgreich zu fördern.

Unterschiede regen an. Es profitieren beide voneinander. Das geht aber nicht nur mit Zusammen-sitzen und längerem gemeinsamen Lernen, sondern der Unterricht muss sich ändern. Genau das wollen wir weiterentwickeln und weiter vorantreiben. Es reicht nicht Strukturen zu verändern. Es geht um den Unterricht. Das ist auch ein zentrales Reformvorhaben. Aber das Auslaufen der Hauptschule ist ein erster Schritt dazu, weil die Sorge, die immer wieder vorgetragen wird, berechtigt ist. Mit der Abschaffung der Hauptschule würden wir die Hauptschüler nicht abschaffen.

Schüler, so meine ich, will sowieso niemand abschaffen. Denn ich frage an dieser Stelle: Wer ist denn eigentlich gemeint? Wer ist denn ein Hauptschüler? Werden Kinder als Hauptschüler geboren oder vielleicht als Realschüler oder Gymnasiasten? So einfach ist es eben nicht. Darüber gibt es auch einen breiten Konsens, dass die Bildungskarrieren von Kindern höchst unterschiedlich verlaufen. Es ist selten zu Beginn der Schule gut vorher-sagbar, wer Abitur macht, wer seinen Weg in die duale Ausbildung findet. Aber wenn Bildungswege nicht sicher vorhergesagt werden können, müssen auch die unterschiedlichen Möglichkeiten der Abschlüsse lange offengehalten werden. Jedes Kind, das auf die falsche Bahn geschickt wird, erlebt Ent-täuschung und Misserfolg. Jedes dieser Kinder geht uns mit seinen Talenten und Fähigkeiten verloren. Wenn in einem Schulsystem nicht gegenge-steuert werden kann oder wird, dann muss das ge-ändert werden. Die Nachbarn in Europa haben uns das zahlreich vorgemacht. Wenn die Bürgerschaft beschließt, dass die Hauptschule auslaufen soll, dann steht nicht die Abschaffung einer Schulform im Mittelpunkt und es geht auch nicht darum, so zu tun, als hätten wir plötzlich keine leistungsstärkeren oder leistungsschwächeren Schülerinnen mehr. Mit dem Auslaufen der Hauptschule machen wir einen ersten Schritt in ein Schulsystem, das sich an unterschiedlichen Entwicklungswegen der Kinder orientiert.

Das Ziel ist es, so lange wie möglich die Bildungs-abschlüsse offenzuhalten. Sechs beziehungsweise mit dem vorschulischen Jahr sieben Jahre gemein-

sames Lernen in der Primarschule, danach gibt es zwei Wege: Der eine Weg zum Abitur über das Gymnasium in zwölf Jahren, der andere Weg über die Stadtteilschule nach 13 Jahren. Das wird ein echter Fortschritt sein. Wir werden Stadtteilschulen aufbauen, die den Kindern den Weg zu allen möglichen Bildungsabschlüssen offenhalten. Natürlich werden nicht alle Schülerinnen und Schüler der Stadtteilschule Abitur machen, aber der Weg bleibt offen – offen für alle Kinder, egal, in welches El-ternhaus sie hineingeboren wurden. Denn wir kön-nen es uns nicht leisten, dass der Schulerfolg der Hamburger Kinder weiter so stark an die soziale Herkunft gebunden ist.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Das ist nicht gerecht und ein großer Verlust für Hamburg. Wir haben die sogenannten Risikoschü-ler, wobei der Begriff ein ganz scheußlicher ist. Es ist nämlich eher ein Risiko für die Schülerinnen und Schüler, dass sie keine Möglichkeiten in Arbeit und Ausbildung finden, weil sie die Grundvoraus-setzungen der Lesekompetenz nicht haben. Was für ein Schicksal für Tausende von Jugendlichen, die sich schon in jungen Jahren am gesellschaftli-chen Rand wiederfinden, und was für ein Verlust für unsere Stadt, die heute schon händeringend nach jungen Auszubildenden sucht.

Schließlich noch ein drittes Problem: Hamburgs Schülerinnen und Schüler sind nicht weniger klug als Schüler in Finnland, in der Schweiz oder wo auch immer in anderen Ländern. Trotzdem liegen die Schüler aus Kanada, Finnland und der Schweiz immer noch weit vor den Hamburgerinnen und Hamburgern. Ich denke, wir sagen gemein-sam: Eine kluge Stadt braucht alle Talente und diesen Talenten müssen wir den Weg mit einem Schulsystem offenhalten, das gerecht und lei-stungsstark ist und alle Kinder am besten fördert und fordert und keine Talente verschenkt.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal den ehe-maligen Geschäftsführer der Handwerkskammer, Herrn Dr. Hogeforster, zitieren. Er hat vor einigen Tagen gesagt – Zitat:

"Die Zeit ist zu weit fortgeschritten, dass wir uns mit ängstlichen Diskussionen und klei-nem Denken aufhalten könnten."

Ich denke, das Zitat spricht Bände. Der Unterneh-mensverband Nord unterstützt dies ebenfalls, so-wohl das längere gemeinsame Lernen als auch die Abschaffung der Hauptschule. Wir haben heute keine ängstliche Diskussion geführt, sondern ha-ben gemeinsam den Schritt vollzogen, die Haupt-schule auslaufen zu lassen. Die Diskussion war überwiegend sachlich, unaufgeregt und nach vor-ne gewandt. Deshalb wünsche ich mir schon heute Unaufgeregtheit und Fachlichkeit, wenn wir die

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

weiteren Schritte hin zu einem neuen Hamburger Schulsystem gehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren, liegen weitere Wortmeldungen vor? – Die sehe ich nicht. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer der Empfehlung des Ausschusses folgen und das Elfte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes aus der Drucksache 19/436 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Wer möchte darüber hinaus der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Auch das ist einstimmig geschehen.

Dann rufe ich auf den Punkt 8 der Tagesordnung, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Auswirkungen der Privatisierung der Deutsche Bahn AG auf Hamburg.

**[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:
Auswirkungen der Privatisierung der Deutsche
Bahn AG auf Hamburg
– Drs 19/249 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Bischoff, Sie haben es.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Goetsch, ich hoffe, es geht jetzt sachlich und unaufgeregt weiter.

(Zuruf von der CDU: Das hängt von Ihnen ab!)

Jedenfalls haben wir ein weiteres interessantes Thema auf der Tagesordnung, denn dieser Senat und vor allen Dingen Frau Hajduk, will bekanntlich die Bahn zum attraktivsten Verkehrsmittel der Zukunft machen. Ihre These: Eine – wir haben es hier

wiederum mit klug und intelligent zu tun – intelligente Privatisierung kann Freiräume schaffen, von denen die Kunden und der Wettbewerb gleichermaßen profitieren. Von dieser Konzeption einer intelligenten Privatisierung – so jedenfalls die Auffassung der Fraktion DIE LINKE – ist leider in Hamburg nichts zu sehen. Im Gegenteil: Uns stören ein paar Punkte, die sich alle darauf beziehen, dass wir in Hamburg Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr haben, die auf einem Vertrag bis Ende 2009 basieren, der – das geht aus unseren Unterlagen hervor – mittlerweile bis 2017 verlängert wurde.

Drei Punkte stören uns an diesem Vertrag. Erstens: Wir haben Zweifel daran, ob in diesem Vertrag die Interessen der Hansestadt gewahrt worden sind. Unser Eindruck: Im Vergleich zu anderen Regionalverkehren zahlt Hamburg zu hohe Entgelte.

Zweitens: Die Bahn hat schon jetzt eine Monopolposition und Hamburg hat – freundlich ausgedrückt – wenig getan, um aus dieser Abhängigkeit herauszukommen.

Und drittens: Bekanntlich wird die Bahnprivatisierung jetzt als Teilprivatisierung auf den Weg gebracht und wiederum – so jedenfalls unsere Wahrnehmung – unternimmt der Senat keinerlei Schritte, um für Hamburg zu einer befriedigenden Zukunftslösung für den Schienenpersonennahverkehr zu kommen.

Diese drei Kritikpunkte will ich noch mit Argumenten untermauern. Die Regierungsfractionen wollen uns weismachen, dass die Teilprivatisierung der Bahn positiv zu bewerten sei. Fakt ist – und darin besteht die Übereinstimmung: Von der geplanten Teilprivatisierung ist Hamburgs Schienenpersonennahverkehr zentral betroffen. Im Unterschied zu der Senatshaltung kündigt beispielsweise Hessens Verkehrsminister Rhiel Widerstand gegen die Pläne der Teilprivatisierung an, weil er befürchtet, dass die Deutsche Bahn die regionale Infrastruktur und die Netze weiter vernachlässigen wird. Als Besteller des Nahverkehrs müssten die Länder in die Entscheidung einbezogen werden. Meines oder unseres Erachtens müsste Hamburg diese Position unterstützen. Aber, soweit wir das jedenfalls wissen und Ihre Antworten auf unsere Fragen gehen immer in die Richtung, dass wir in keiner Weise erkennen können, dass Sie dieses zentrale Thema angehen.

Sachsen-Anhalt hat im Bundesrat bei dieser teilweisen Kapitalprivatisierung sogar einen Gesetzesantrag zur Sicherung der Länderinteressen eingebracht. Bei einer Teilprivatisierung, so die Regierung von Sachsen-Anhalt – auch etwas, was eigentlich unserem rechten Flügel nahestehen müsste –, sei zu beachten, dass es wegen des Renditedrucks – das kommt nicht von uns, das steht im Antrag – der Investoren bei einer gegenwärtigen

(Dr. Joachim Bischoff)

wirtschaftlichen Lage zu einer Lastenverschiebung auf die Länder kommen kann. Durch eine von der CDU-Regierung eingebrachte Regelung soll gewährleistet werden, dass ein gleich hoher Anteil des festgelegten jährlichen Mindestinstandhaltungsbeitrags der Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes auch für die regionale Infrastruktur eingesetzt wird. Dadurch wollen jedenfalls die CDU-regierten Bundesländer verhindern, dass die Tendenz, dass die Mittel, die momentan überwiegend in die Instandhaltung ertragsreicher Strecken fließen und die Qualität der überwiegend nur vom Nahverkehr genutzten regionalen Infrastruktur herabsetzen, nicht weiter gefördert wird.

Vor diesem Hintergrund finden wir das Handeln oder besser Nichthandeln der schwarz-grünen Regierung gleichermaßen unverständlich. Der Senat hätte allen Grund, sich energischer für die Interessen der Freien und Hansestadt Hamburg einzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Also erklären Sie uns bitte einmal und nicht in dieser lapidaren Weise, wie Sie jetzt Große und Kleine Anfragen beantworten – erklären Sie bitte einmal in der Diskussion: Welche Schritte, Frau Hajduk, gedenken Sie zu unternehmen, wenigstens in dem Sinne der CDU-Regierung, dass Sie den Nachteilen für den Hamburger Schienenpersonennahverkehr, die sich überall aufürmen, entgegenwirken wollen? Das darf man doch – wie war das vorhin so schön – von einer gestaltenden Mehrheit erwarten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich gestehe Ihnen zu, dass Sie die Teilprivatisierung nicht bekämpfen. Das wäre auch eine Alternative. Aber dass Sie sich wenigstens diesen Herausforderungen stellen, das, denke ich, können wir Ihnen hier schon abverlangen.

Unser Eindruck ist, dass Hamburg sich schon in der Vergangenheit von der Bahn AG – denn das Unternehmen ist noch nicht an der Börse, aber es ist schon eine Kapitalgesellschaft – über den Tisch hat ziehen lassen. Wir befürchten, dass es in der nächsten Zeit zu einer Steigerung kommt. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt hat in den Jahren 2004/2005 eine Markterkundung durchgeführt, um zu prüfen, ob noch weitere Anbieter neben der S-Bahn Hamburg in der Lage wären, den Verkehr ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2009 zu leisten. Dabei stellte sich heraus, dass wesentliche Hindernisse für andere Anbieter Kosten und Verfügbarkeit von entsprechenden Fahrzeugen waren. Die S-Bahn-Fahrzeuge sind aufgrund ihrer technischen Besonderheit – Gleichstrom mit einer Spannung von 1 200 Volt – nur in Hamburg verwendbar. Die S-Bahn Hamburg GmbH war nicht bereit, nach Vertragsende den noch verwendbaren Teil ihres Fahrzeugparks an-

deren Anbietern zu definierten Konditionen zur Verfügung zu stellen, damit diese mit diesen Fahrzeugen die Verkehrsleistung übernehmen können.

Es bestehe, konstatiert die BSU, auch keine Pflicht der S-Bahn, ihre Fahrzeuge Dritten zur Verfügung zu stellen, da diese grundsätzlich die Möglichkeit hätten, sich einen eigenen Fuhrpark zuzulegen. Da der Wagenpark der S-Bahn nach Vertragsende 2009 zu weiten Teilen noch von der S-Bahn genutzt werden könnte, müssten die anderen einen aufbauen, ist klar, dass sich andere Verkehrsunternehmen an dieser Ausschreibung der Verkehrsleistungen nicht beteiligt haben. Das ist übrigens der Hintergrund, warum Hamburg im Vergleich mit München rund 30 Millionen mehr bezahlt. Ich finde das – da Sie mir das neulich im Ausschuss entgegengehalten haben – eine ziemliche Dreistigkeit, dass Sie sagen, 30 Millionen interessierten Sie nicht und Sie gingen ansonsten immer sehr sparsam mit den Steuermitteln um. Schon hier drängt sich, wenn man diesen Vorgang bis 2009 sieht, jedenfalls für uns die Schlussfolgerung auf, dass die Bahn AG wenig, um nicht zu sagen überhaupt nicht, kooperationsbereit ist, zumal wenn Sie in Rechnung stellen, dass dieser S-Bahn-Fuhrpark einmal zum großen Teil mit öffentlichen Mitteln, nämlich mit 35 Millionen, angeschafft worden ist. Wenn man das diesem Unternehmen durchgehen lässt, ist das schon ein ziemlicher Skandal.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Farid Müller GAL*)

Hamburg hat sich nicht nur bei der Gestaltung des Fuhrparks in eine trostlose Position manövriert, wir sind auch einigermaßen erstaunt, dass der Senat auf unsere Vorhaltung, es würden im Vergleich zu anderen Regionalverkehren – ich habe schon München genannt – weit überhöhte Trassenpreise und anderes Entgelt gezahlt, mit dem Hinweis argumentiert, dass das doch Sache der Bundesnetzagentur sei. Es geht in der Tat, wie es in der Vorlage der BSU heißt, um faire und verlässliche Konditionen. Wir sagen, Sie machen überhaupt nichts, um für Hamburg eine verträgliche Lösung zu finden. Und Sie setzen sich auch nicht in der Hinsicht ein, zu fairen und verlässlichen Konditionen zu kommen. Es ist zwar ein trockenes Thema, das wissen wir alle, aber es geht um viel Geld. Deswegen zitiere ich einmal Ihre Antwort auf unsere Vorhaltung:

"Die Infrastrukturentgelte werden von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst, die nur bedingt auf lokalen spezifischen Kosten basieren."

– Mischkalkulation und so weiter.

"Die Prüfung der Angemessenheit der Eisenbahninfrastrukturentgelte ist die gesetzlich festgelegte Aufgabe der Bundesnetz-

(Dr. Joachim Bischoff)

agentur, der alle notwendigen Informationen zur Verfügung stehen."

Dann natürlich wieder Ihre berühmte Antwort:

"Der Senat hat sich hiermit nicht befasset."

– Es geht ja auch nur um ungefähr 30 Millionen Euro.

Auf diese großzügige Antwort von Ihrer Seite – ich hoffe, da oben ist jemand und hört zu, sonst werden wir das auch an den Rechnungshof weiterleiten, die sollen sich das nämlich einmal anschauen – fragen wir: Wie sieht die Situation bei der Bundesnetzagentur zurzeit aus? – Das Argument wollen wir noch hören. – Ich zitiere einmal einen anderen Regionalverkehr, nämlich Berlin-Brandenburg:

"Die erneute Anhebung der Trassenpreise um den Rekordwert von 3,8 Prozent im kommenden Jahr wird den Schienenpersonennahverkehr ... erneut [massiv] verteuern, ohne dass der Kunde davon einen Vorteil hat."

Im Regionalverkehr wird die Infrastruktur heruntergefahren und trotzdem kassiert die Bahn dafür mehr.

Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg appelliert an die Verantwortlichen in der Bundespolitik – jetzt kommt es, Frau Hajduk –,

(Egbert von Frankenberg CDU: Was sagt denn der Verkehrsverbund Frankfurt (Oder)?)

der Bundesnetzagentur endlich die Möglichkeit für eine effektive Regulierung zu geben. Sie antworten, das sei Geschäft der Bundesnetzagentur. Alle Welt auf dem Verkehrsterrain weiß, dass die Bundesnetzagentur nicht in der Lage ist, solche Vorgänge zu prüfen. Sie müssen sich auf die Kontrolle der anderen Netze konzentrieren.

Insofern können wir nur feststellen, dass Sie sich mit dem Effekt, dem Gespenst der Teilprivatisierung – so deuten wir Ihre Antwort – und mit diesen Vorgängen noch nicht befasset haben. Diese Debatte kann jetzt nur dazu führen, Frau Hajduk und die anderen Senatsvertreter, dass Sie sich bitte einmal mit diesen Vorgängen befassen und bei Gelegenheit – wir werden dahingehend wieder nachfragen – uns einmal aufrechnen, ob Sie in der Lage sind, Hamburg in eine andere Position zu bringen.

Ich habe eingangs gesagt, dass der Vertrag bis 2009 ausläuft. Wir haben jetzt einen Vertrag bis 2017 geschlossen.

(Zuruf: Ja!)

Wiederum ist das Problem, wiederum haben sie das gemacht, wiederum sagt die Bahn, sie wird auch 2017 den Fuhrpark nicht anderen zur Verfügung stellen. Wiederum haben Sie sich in diesem Vertrag überhaupt keine Gedanken gemacht, wie

Sie aus der Knebelung bei den Trassenpreisen herauskommen. Insofern können wir jetzt sagen: Es mag sein, dass die Behörde 2017 beim nächsten Kündigungstermin besser aufgestellt ist. Es sind sicherlich keine berauschenden Aussichten. Insofern sage ich Ihnen, Frau Hajduk, noch einmal, was wir von Ihnen erwarten: Bundesratsinitiativen zur Rückdrängung der Gefahren der Bahnprivatisierung für die Länder einzubringen, sich für die Ausweitung und Stärkung der Bundesnetzagentur einzusetzen, weil Sie zumindest nicht verhandlungswillig sind, um angemessene Preise zu erzielen und drittens, sich wie andere Regionen – das wäre unsere Alternative –, beispielsweise Kiel, für eine Rekommunalisierung des regionalen Verkehrssystems einzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Frommann.

Jörn Frommann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bischoff, das war eine Aneinanderreihung von Anekdoten und Anekdötchen. Mittlerweile muss man fast bereuen, dass wir das Thema doch im Ausschuss behandeln wollen. Mir graut schon Böses. Im Übrigen nur einmal der Hinweis, wenn man sich die Große Anfrage anschaut: Sie bemängeln immer die Antworten, die dann Ihrer Meinung nach kommen oder auch nicht kommen. Manchmal hängt dies aber auch mit der Qualität der Fragen zusammen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Viele Dinge, die Sie jetzt nämlich ansprechen und kritisieren, konnte der Senat nicht beantworten, weil Sie auch gar nicht danach gefragt haben.

Ich möchte trotzdem noch einmal auf einige Dinge hinweisen. Ein Punkt, auf den ich natürlich eingehen werde, ist der, dass der Senat bereits gehandelt hat aber auch handelt – auch in der Vergangenheit. Wie Sie selbst wissen, hat der Bundestag mit Beschluss vom 30. Mai 2008 eine Teilprivatisierung beschlossen. 24,9 Prozent des Güter- und Personennahverkehrs sollen verkauft werden.

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Das wissen wir doch alle!)

– Genau.

Ein wesentlicher Bestandteil des Beschlusses war darüber hinaus, dass die Infrastruktur der Bahn gänzlich in den Händen des Bundes verbleibt. Hiermit wurde insbesondere jenen Kritikern Rechnung getragen, die die Sorge hatten, dass mögliche Investoren bei der Bahn nur hoch profitable Strecken betreiben würden und Teile des Landes durch Stilllegung – das geistert immer wieder herum – der unprofitablen Strecken abhängen könnte.

(Jörn Frommann)

Aufgabe des Bundes und im Übrigen auch der Bundesländer ist es nicht, Unternehmen zu führen. Das kann die Privatwirtschaft vielfach besser, auch wenn Sie das nicht gerne hören. Das haben Sie spätestens mit Ihrem letzten Satz deutlich gemacht. Dennoch verpflichtet sich der Bund nach dem Grundgesetz in Artikel 87 e, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes und bei den Verkehrsangeboten das Gemeinwohl zu beachten. Darüber hinaus legt das Grundgesetz fest, dass der Bund zwar Anteile an der Bahn verkaufen darf, aber die Mehrheiten behalten muss. Nicht zuletzt deshalb wird der potenzielle Einfluss von renditehungrigen Großinvestoren häufig überschätzt.

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Das sagen Sie doch einmal denen in Sachsen-Anhalt!)

In der Quintessenz ist das Ihre große Sorge. 1993 stellte der Deutsche Bundestag mit dem Beschluss des Eisenbahnneuordnungsgesetzes die Weichen für eine positive Entwicklung des Schienenverkehrs in Deutschland. Als Konsequenz daraus wurde die Deutsche Bahn AG gegründet – eines der modernsten und erfolgreichsten Bahnunternehmen weltweit, das ist unstrittig. Durch die gleichzeitige Öffnung des Eisenbahnmarktes im Güter- und Regionalverkehr – hiervon ist natürlich insbesondere Hamburg betroffen – wird es ab 2010 auch in diesem Bereich zu einem verstärkten Wettbewerb kommen.

Dank der Bahnreform ist es in den vergangenen Jahren gelungen, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen, die unternehmerische Eigenständigkeit zu sichern, die Wettbewerbsbedingungen für die Bahn zu verbessern und schlussendlich die Belastung für die öffentlichen Kassen zu verringern. Darauf haben Sie auch abgezielt. Die Bewältigung der weiter steigenden Verkehre setzt aber auch eine gleichermaßen wirtschaftsorientierte wie umweltfreundliche Entwicklung voraus. Hierfür sind die außerordentlich hohen Investitionskosten in das Netz, den Lärmschutz, die Bahnhöfe und die Technologien notwendig. Mit seinem Beschluss hat der Deutsche Bundestag nunmehr eine Grundlage dafür geschaffen. Insbesondere die ausgebliebenen Investitionen in der Vergangenheit seitens der Deutschen Bahn in die Regionalnetze sowie die fehlenden Lärmschutzmaßnahmen waren in der Vergangenheit immer wieder Streitpunkt zwischen den Bundesländern und der Bahn. Darüber hinaus gibt es in Deutschland zum Beispiel rund 2 000 sogenannte Langsamfahrstellen, wo aufgrund der ausgebliebenen Investitionen die Netze in einem maroden Zustand sind. Auch ist das Schienennetz seit 1993 um rund 5 000 Kilometer geschrumpft und 1 000 Bahnhöfe – das ist auch bekannt – sind aufgehoben worden.

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Und 200 000 Arbeitsplätze!)

Auch wenn dies im Wesentlichen in der Fläche geschehen ist, so kann es dennoch Auswirkungen – da gebe ich Ihnen recht – auf die Metropolregion Hamburg haben. Ein Schwerpunkt der zukünftigen Ausrichtung der Bahn muss deshalb unter anderem eine verbesserte Infrastruktur, mehr Mobilität und eine Verbesserung der Beförderungsqualität im Bereich des Regionalnetzes sein. Einstimmig haben hierzu die Bundesländer beschlossen, dass die Erlöse des Verkaufs ausschließlich in die Netzinfrastruktur gehen sollen. Dies findet sich leider so nicht im Beschluss des Bundestags wieder, Sie haben darauf hingewiesen. Die Drittelung, die uns dort sicherlich auch Probleme bereiten kann, ist zumindest nicht das, was wir gerne gewollt hätten. Dennoch war auch hier der Senat bereits im Vorwege aktiv.

Von der Aufteilung haben Sie gesprochen. Von der Ausschüttung insgesamt muss auch Hamburg profitieren können, zumal wir auch in der Vergangenheit investiert haben, nicht zuletzt die 36 Millionen D-Mark, die damals 1996 – noch zu roten Zeiten – in die verschiedenen Züge gesteckt wurden. In einer Pressemitteilung vom 13. Juni 2008 heißt es zwar aus dem Bundesverkehrsministerium hierzu, dass die Erlöse aus dem Verkauf, die für den Ausbau von Infrastruktur und Lärmschutz gedacht sind, bereits im Jahr 2009 zur Verfügung stehen werden, wir müssen aber sehen, dass diese Haushaltsmittel auch entsprechend Berücksichtigung finden. Entsprechend haben im Übrigen alle Bundesländer auf der Länderverkehrsministerkonferenz bereits Mitte April – auch dort war der Senat aktiv – einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung der Bundesländer bei der Verteilung gesetzlich zu erfolgen hat. Dem ist nicht zuletzt durch das notwendige Herstellen eines Benehmens bezüglich der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit den Bundesländern Rechnung getragen worden. Dies ist aber aus meiner Sicht auch nicht ausreichend.

Hamburg hat sich also positioniert und hat auch deutlich seine Stellung bezogen. Festzuhalten bleibt für mich, dass die Bahn für viele Menschen inzwischen ein unverzichtbarer Teil des Lebens geworden ist. Dies gilt in besonderem Maße auch für die Menschen in der Metropolregion Hamburg. Ziel muss es deshalb sein, dass die Menschen ein verlässliches, bezahlbares und attraktives Verkehrsangebot vorfinden. Hierzu gehören einerseits eine kundenfreundliche und effiziente Deutsche Bahn AG sowie andererseits ein zuverlässiger und vor allen Dingen auch leiser Schienenverkehr und einladende Infrastruktureinrichtungen. All diese Dinge und die Folgen daraus wollen wir natürlich gerne noch einmal debattieren. Insofern werden wir dem Überweisungsbegehren an den Stadtentwicklungsausschuss zustimmen. Ich möchte aber auch deutlich sagen: Wir werden als CDU tatkräftig daran mitarbeiten, dass Hamburg sich positiv dar-

(Jörn Frommann)

stellt. Ich erwarte aber genauso, dass in der Debatte in den Ausschüssen auch konkretere Dinge behandelt werden und nicht sozusagen ein 0815-Rundumschlag erfolgt, sondern Maßnahmen. Eine wirkliche Konsequenz aus Ihrer Rede wäre gewesen, dass Sie statt einer Großen Anfrage bereits Anträge hätten einbringen können. Das haben Sie unterlassen. Daran sehe ich, dass Sie eigentlich nichts verändern wollten. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Buschhüter.

Ole Thorben Buschhüter SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ende Mai – wir haben es schon gehört – hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Großen Koalition der Teilprivatisierung der Bahn zugestimmt. Wir Sozialdemokraten haben lange um den richtigen Weg gerungen und viele haben uns nicht zugetraut, in dieser schwierigen Frage zu einer Lösung zu kommen. Wir haben es doch geschafft und ein echtes Zukunftskonzept für die Bahn auf den Tisch gelegt. Dabei haben wir uns immer von folgenden Zielen leiten lassen. Erstens: Wir wollen mehr Verkehr auf die Schiene bringen. Zweitens: Wir wollen ein in Europa auch zukünftig wettbewerbsfähiges Unternehmen Deutsche Bahn AG. Und drittens: Wir wollen, dass die 230 000 Beschäftigten – über die wurde heute nämlich noch gar nicht gesprochen – der Deutschen Bahn AG einen sicheren Arbeitsplatz bei anständiger Bezahlung haben.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE*)

Wie soll die Bahnprivatisierung nun erfolgen? Die meisten Details sind bekannt. Ich glaube ein Punkt ist angesichts der vielen Modelle, die im Vorfeld diskutiert wurden, gar nicht häufig genug zu betonen: Das Wichtigste ist: Der Bereich der Infrastruktur, das heißt die Schienen, die Bahnhöfe und die Energieversorgung, bleibt in der Hand des Bundes, und zwar zu 100 Prozent. Private bleiben außen vor. Sie werden nur an der Verkehrs- und Logistiksparte beteiligt und auch dort nur zu maximal 24,9 Prozent. Diese Grenze ist für uns Sozialdemokraten nicht verhandelbar. Auf diese Weise stellen wir sicher, dass der Einfluss auf die Unternehmenspolitik der Bahn AG auf jeden Fall allein beim Bund bleibt. Wir sind überzeugt davon, dass die Bahn, die in den letzten 15 Jahren auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken kann, für private Investoren deshalb nicht weniger interessant ist. Die Deutsche Bahn AG ist eines der größten, wichtigsten und bedeutendsten Eisenbahnlogistikunternehmen europaweit, wenn nicht sogar weltweit.

Entscheidend ist für uns aber auch: Mit diesem Teilprivatisierungsmodell wird der integrierte Kon-

zern erhalten und damit auch der konzerninterne Arbeitsmarkt.

Ein Beschäftigungssicherungsvertrag schließt betriebsbedingte Kündigungen für 15 Jahre, das heißt bis 2023 aus. Für die Sozialdemokraten ist dies ein entscheidender Aspekt.

DIE LINKE wirft nun die Frage auf, welche Auswirkungen die Teilprivatisierung der Bahn auf Hamburg hat. Da wird zuerst das aus meiner Sicht scheinbare Problem angesprochen, dass Hamburg 1996 Zuschüsse zur Anschaffung der neuen S-Bahnzüge geleistet hat. Diese gehören der S-Bahn GmbH und die ist Teil der Teilprivatisierung. Ich frage mich aber, wo das Problem ist. Sie haben selbst angesprochen, dass die Fahrzeuge wegen der technischen Eigenart des Systems nirgendwo anders eingesetzt werden können als in Hamburg. Insofern ist es gar nicht denkbar, dass die Bahn auf die Idee kommt, die Fahrzeuge abzugeben und woanders einzusetzen. Die Hamburger kommen also auch weiterhin voll und ganz in den Genuss der Züge, die Hamburg mit Steuergeldern mitfinanziert hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in Ihrer Rede den Verkehrsvertrag sehr kritisiert. Trotzdem müssen wir festhalten, dass der nun einmal geschlossen ist, und zwar bis 2017. Erst dann oder – den Einschub müssen Sie mir erlauben – wenn zwischenzeitlich möglicherweise neue Strecken eröffnet werden sollten – vielleicht die S-Bahn nach Ahrensburg – und die Anschaffung zusätzlicher Fahrzeuge nötig würde, wird sich die Frage stellen, ob Hamburg vielleicht besser beraten ist – auch angesichts der Weigerungshaltung der S-Bahn, Fahrzeuge im Falle des Verlusts der Vergabe Wettbewerbern zur Verfügung zu stellen –, selbst die Fahrzeuge zu kaufen und dem jeweiligen Eisenbahnverkehrsunternehmen zur Verfügung zu stellen, so wie auch Niedersachsen das macht. Da wird man dann beizeiten gucken müssen, wie das sinnvoll zu machen ist.

Dann sprechen Sie die befürchtete Vernachlässigung der regionalen Netze an. Auch da frage ich mich ein wenig, was das unmittelbar mit der Teilprivatisierung der Bahn zu tun hat, denn das Netz wird ja nicht privatisiert. Wenn sich herausstellt, dass die bis zu 2,5 Milliarden Euro Investitionsmittel, die der Bund neben den Eigenmitteln der DB Netz AG jedes Jahr für die Erhaltung des Bestandsnetzes bereitstellen will, nicht ausreichen, dann muss politisch entschieden werden, ob weiteres Geld zur Verfügung gestellt wird oder nicht. Auf jeden Fall hat das mit der Teilprivatisierung unmittelbar nichts zu tun.

Über die vorgesehene Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung, in der die Verwendung der 2,5 Milliarden Euro geregelt werden soll, ist, soweit ich weiß, noch nicht das letzte Wort gesprochen

(Ole Thorben Buschhüter)

worden. Die Länder werden mittlerweile, nachdem der Bund zunächst etwas zögerte, an den Verhandlungen beteiligt. Das ist gut. Der Bund wäre sicherlich gut beraten, die Forderungen der Länder, denen konkrete, aber nicht immer positive Erfahrungen in der Vergangenheit zugrunde liegen, ernst zu nehmen. Der Bundestag wird auch noch über den Gesetzentwurf des Bundesrates, der einstimmig beschlossen wurde, zu beraten haben.

Was Ihnen, liebe Kollegen der LINKEN, nur schwer über die Lippen kommt, ist, dass Hamburg von der Teilprivatisierung der Bahn auch profitieren wird. Der Bund wird mindestens ein Drittel des Verkaufserlöses für ein Innovations- und Investitionsprogramm für den Schienenverkehr ausgeben. Mit dem Programm werden insbesondere lärmmindernde, energieeffizienzsteigernde und netzverbessernde Maßnahmen sowie Investitionen in Bahnhöfe finanziert. Nicht zuletzt wird Hamburg davon profitieren.

Zwei Beispiele: Mehr Verkehr, längere Züge, schnellere Züge verursachen mehr Lärm. Die Anwohner, beispielsweise an der Güterumgebungsbahn oder auch an der Strecke Hamburg-Lübeck wissen das nur zu genau. Die Lärmsanierung wird mit den Erlösen aus der Teilprivatisierung weiterentwickelt und die Umsetzung von aktivem und passivem Lärmschutz forciert. Davon wird Hamburg profitieren.

Doch der Bau von Lärmschutzwänden ist nur eine Sache. In Zukunft wird es auch darum gehen, den Lärm bereits an der Quelle zu bekämpfen, etwa durch leisere Bremsen, leisere Loks, leisere Wagengestelle, aber auch durch die Entdröhnung von Brücken und lärmminderndem Oberbau. Auch hierfür soll Geld bereitgestellt werden. Da ist noch sehr viel Forschungsarbeit zu leisten und vom Ergebnis wird Hamburg am Ende ebenfalls profitieren.

(Beifall bei der SPD)

Das Wichtigste ist aber, dass gerade Hamburg mit seinem Hafen auf leistungsfähige Hinterlandanbindung angewiesen ist. Doch das Schienennetz stößt erkennbar an Kapazitätsgrenzen. Der Teilprivatisierungserlös soll deshalb nicht zuletzt in die Beseitigung von Engpässen und langsamen Fahrstrecken im Netz investiert werden. Hiervon wird der Hamburger Hafen und damit die gesamte Stadt unmittelbar profitieren. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Frau Gregersen.

Martina Gregersen GAL:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es sind vielleicht schon ein paar Fehler in der Historie bei der Bahn und der S-Bahn gelaufen. Irgendwann hätte die Stadt für den obligatorischen Euro, aber da-

mals war es noch die D-Mark, die S-Bahn erwerben können. Man hat es nicht getan und hat sich damit auch den Einfluss oder große Gestaltungsmöglichkeiten verbaut.

Als weiteren Fehler empfinde ich auch den Verkauf von 24,9 Prozent der Bahn. Ich habe auch zu Beginn der Legislatur ausgeführt, warum und das will ich gar nicht weiter in Worte kleiden.

Worauf wir aber achten müssen, wenn schon verkauft wird, ist, dass die Gelder dann auch wirklich in die Regionalisierungsmaßnahmen fließen und die Regionen davon profitieren. Ich habe das heute noch einmal im Internet nachgeguckt, Herr Tiefensee kündigt es an, und wir müssen alle darauf achten, dass es auch so bleibt und das ist wichtig.

Aber wir müssen auch sagen, dass man Verträge besser gestalten kann. Gucken wir einmal ins Nachbarland Niedersachsen. Da sehen wir zum Beispiel, dass man das dort anders macht. Niedersachsen kauft die Züge selber und leiht sie dann der Firma Metronom GmbH aus, aber sie bleiben im niedersächsischen Besitz, es findet nur eine Vermietung statt. Die Züge bleiben also im Eigentum und die Kritik, die Herr Bischoff eben ausführte, könnte man dann vielleicht auch vergessen, wenn man so arbeiten würde. Das heißt, man kann bei der Gestaltung doch einiges anders machen.

Die Bahnreform wollte mehr Wettbewerb und mehr Verkehr auf die Schiene. Das ist die Messlatte, an der wir arbeiten müssen. Mehr Verkehr streben wir an, mehr Wettbewerb – das ist ausgeführt worden – ist bei der S-Bahn sehr schwierig. Da die S-Bahn nicht mit der Überleitung elektrifiziert wird, sondern mit dem schienengebundenen Strom, ist es natürlich schwierig, dort Wettbewerb zu haben, wenn es nur ein Produkt für Hamburg ist. Aber wir sollten in Zukunft darauf achten, wie wir es besser hinkommen können.

Wir nehmen die Kritik auf. Die Privatisierung hat auch Auswirkungen für Hamburg und die Region um Hamburg herum. Von daher wollen wir auch nicht so tun, als interessiere uns das nicht. Deshalb waren wir auch der Meinung, dass das wenigstens im Stadtentwicklungsausschuss diskutiert werden sollte. Man kann auch rückwirkend diskutieren und vielleicht aus Fehlern oder Positionen anderer Bundesländer lernen. Wenn wir die Debatte dort weiterführen, dann möchte ich damit jetzt enden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Frau Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bischoff, ich möchte zu Beginn meiner Rede

(Senatorin Anja Hajduk)

sagen, dass ich auf den bundespolitischen Teil der Debatte und auf die Privatisierung eingehe, aber viele Dinge, die Sie als Antwort auf Ihre Anfrage vermisst haben, waren der Tatsache geschuldet, dass Ihre Fragen anders gestellt waren. Insofern bin ich dem Kollegen Frommann sehr dankbar, dass das noch einmal erwähnt wurde. Aber ich will dazu Position beziehen, weil ich glaube, dass wir nicht nur über die Situation der S-Bahn in Hamburg reden müssen, sondern über die Auswirkungen der Bahnprivatisierung. Deswegen seien Sie versichert, dass ich dazu Stellung nehmen will, dazu habe ich eine Haltung und dazu tun wir auch etwas.

Ich möchte mit Blick auf den bundespolitischen Teil der Debatte noch einmal daran erinnern, dass sich dieses Haus zum letzten Mal am 1. März des letzten Jahres damit beschäftigt hat, und zwar mit der Abstimmung über einen gemeinsamen Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion. In der Begründung dieses Antrags wurde auch der direkte Zusammenhang der bundespolitischen Entscheidung auf Hamburg über die S-Bahn deutlich benannt. Mit diesem Antrag wurde das Ziel verfolgt, mehr Verkehr auf die Schiene zu verlagern, wofür allerdings der Wettbewerb auf der Schiene auch gefördert werden muss.

Die Bürgerschaft hatte daher beschlossen, ein modifiziertes Eigentumsmodell zu befördern und eine Möglichkeit zur Schaffung von Regionalnetzen zu sichern. Dieser Beschluss ist meiner Meinung nach richtig und ist im Interesse Hamburgs erfolgt.

Seitdem ist die bundespolitische Debatte mit einer großen Anzahl unterschiedlicher Privatisierungsmodelle weitergegangen. Der Bundestag hat am 30. Mai jüngst nach intensiver Diskussion in der großen Koalition die Bildung eines Holdingmodells und den Verkauf von 24,9 Prozent beschlossen. Ich will nicht verhehlen, dass es auch Zweifel gibt – auch aus der Bundestagsfraktion meiner Partei –, ob genau mit diesem Modell die zentrale Forderung der Bahnreform von 1994 optimal erreicht werden kann, wirklich mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen. Wir müssen aber entschlossen an diesem Ziel der Verkehrsverlagerung festhalten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass dies auch ein wesentlicher Baustein ist, unser Klimaschutzziel zu erreichen, nämlich den durch Verkehr verursachten hohen Anteil des CO₂-Ausstoßes zu senken.

Bleiben wir aber einmal bei der Entscheidung der großen Koalition, der Teilprivatisierung. Was ist dann die Aufgabe? Dafür müssen – das finde ich richtig und ist auch schon benannt worden – die erwarteten Privatisierungserlöse, die man noch nicht exakt voraussehen kann – die Spanne reicht von 3 bis 6 Milliarden Euro, was vielleicht sehr hoch gegriffen ist –, auf jeden Fall zu einem großen Teil für den Ausbau der Schieneninfra-

struktur verwendet werden. Da sind wir uns einig und das kann ich deswegen auch ganz deutlich sagen. Aus Hamburger Sicht weise ich darauf hin, dass wir Maßnahmen zur Verbesserung brauchen, um die Hafenhinterlandverkehre auf die Schiene zu bekommen.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der SPD)

Andererseits muss man zur Relevanz für Hamburg auch sagen, dass wir von dem Thema Stilllegung von Bahnhöfen und zentralen anderen Themen, wie Rücknahme von Fernverkehr, vergleichsweise nicht so betroffen sind wie Flächenländer. Ich sehe, Herr Bischoff, Sie nicken. Also interpretieren Sie nicht falsch, als hätten wir keine Meinung. Wir gehen mit unseren Flächenländerkollegen Hand in Hand. Wir werden sie dort unterstützen. Wir wollen die Privatisierungserlöse in die Infrastrukturinvestition lenken, auch wenn Hamburg jenseits der Hafenhinterlandverkehrssituation nicht ganz so hart betroffen ist, aber es gibt natürlich im engeren Sinne noch verkehrspolitische Gründe aus Hamburger Sicht. Denn wenn wir uns vorstellen, dass Strecken stillgelegt werden könnten im Hamburger Umland, muss man auch sehen, dass die Verkehrssituation im Metropolregionraum gestört wäre. Deswegen haben wir uns im Rahmen der Verkehrsministerkonferenz stets solidarisch gezeigt. Wir werden das weiterhin machen. Deswegen werde ich mich auch für die Interessen einsetzen, die vielleicht noch viel stärker von den Kollegen aus den Flächenländern formuliert werden. Ich werde darüber auch Gespräche mit den Ministerkollegen aus den Nachbarländern führen. Wir stehen dahingehend längst in Korrespondenz.

Wir unterstützen die Forderung, dass ein spürbarer Anteil der Privatisierungserlöse in den Nahverkehr muss. Insofern stellen wir uns hinter den Bundesratsbeschluss vom 23. Mai, der die Bildung regionaler Schienennetze fördern will.

Jetzt komme ich aber noch einmal auf die Zukunft der S-Bahn in Hamburg. Die Stadt Hamburg hat mit der S-Bahn Hamburg GmbH einen Vertrag ab 2009 mit einer Laufzeit bis Ende 2017 geschlossen. Man muss aber zur Ehrlichkeit dazu sagen, dass in einem Markterkundungsverfahren unter den gegenwärtig bestehenden Bedingungen – darüber ist schon gesprochen worden – kein anderes Verkehrsunternehmen gefunden werden konnte, das bereit war, sich an einer Ausschreibung zu beteiligen.

Wir müssen also erkennen, dass aufgrund der besonderen technischen Gegebenheiten Fahrzeuge und Infrastruktur bei der S-Bahn in Hamburg eine wirtschaftliche Einheit darstellen, die den Wettbewerb auf der Schiene deutlich erschwert. Das gebe ich auch zu, aber das ist die Ausgangssituation. Im Übrigen ist das komplett unabhängig von der Frage einer Teilprivatisierung von 24,9 Prozent der

(Senatorin Anja Hajduk)

Bahn an private Investoren, damit hier keine Irritationen auftreten.

Insofern stellt sich für uns wieder die Frage, was wir mit Blick auf 2017 machen. Man muss sehr frühzeitig in gar nicht mehr so langer Zeit entscheiden, wie wir uns zum Ausschreibungsfaktum 2017 verhalten. Da haben wir die Möglichkeit, den Einstieg von Wettbewerbern in Bezug auf den Fahrzeugpool vielleicht entspannter angehen zu können, weil wir 2017 zwei neue Fakten hätten: 36 Prozent der Fahrzeuge werden das Ende ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer erreicht haben, das heißt ein gehöriger Anteil von Fahrzeugen müsste 2017 ohnehin neu beschafft werden und weitere rund 24 Prozent des Fahrzeugparks, nämlich diese Zweisystemfahrzeuge werden auf der Strecke nach Stade eingesetzt und Ende 2017 von den Gutachtern bewertet und könnten dann zu fairen Konditionen zur Verfügung stehen. In der Summe ist ein gehöriger Teil des Fahrzeugparks dann in einer anderen Situation im Rahmen der Wettbewerbssituation. Das heißt, dass wir Ende 2017 das heute faktisch bestehende Monopol der S-Bahn Hamburg beim Fahrzeugpool verringert haben werden beziehungsweise verringert sein wird. Dann haben wir eine Chance auf ein echtes Wettbewerbsverfahren mit Blick auf die dann anstehende Situation.

Machen wir uns also nichts vor. Die Besonderheiten der S-Bahn in Hamburg erschweren den Wettbewerb auf der Schiene. Ich hatte schon gesagt, dass es völlig unabhängig davon ist, ob sich demnächst auch private Investoren an der S-Bahn beteiligen. Insofern entzündet sich auch an dieser Frage keine kartellrechtliche Problematik, wie Sie in Ihren Fragen nahelegen. Eindeutig entzündet die sich jedenfalls überhaupt nicht an einer möglichen Beteiligung privater Investoren.

Der hohe Anteil der S-Bahn an den Leistungen im HVV und die finanzielle Größenordnung – das sind derzeit 90 Millionen Euro im Jahr an die S-Bahn – machen deutlich, dass die S-Bahn – das dürfen wir bei der Diskussion nicht vergessen – eine erhebliche Bedeutung für einen dauerhaft funktionierenden ÖPNV zu vertretbaren Preisen in Hamburg hat. Deswegen müssen Wege gefunden werden, einen diskriminierungsfreien Zugang zu Fahrzeugen und Werkstätten zu schaffen. Ich habe ein bisschen über die Zukunft gesprochen, dass sich da die Situation ändert. Ich verweise auf Erfahrungen aus Stuttgart, wo das Wettbewerbsverfahren allerdings ganz wesentlich an dieser Frage, nämlich mit Blick auf die Werkstätten gescheitert ist.

Wir wollen also eine Situation schaffen, in der über größeren Wettbewerb mehr Qualität des Nahverkehrsangebots zu günstigen finanziellen Konditionen erreicht werden kann. Ich habe das so verstanden, dass wir wahrscheinlich im Ausschuss noch Gelegenheit haben werden, darüber intensi-

ver zu diskutieren. Deswegen danke ich Ihnen vorerst für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Herr Hackbusch hat das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will jetzt nicht noch einmal die große Debatte über die allgemeine Frage der Privatisierung aufgreifen. Sie kennen unsere Meinung dazu und deswegen brauchen wir das nicht noch einmal zu diskutieren. Ich sehe, dass Sie die Hoffnung haben, dass die Privatisierung das alles besser macht. Ich glaube es nicht, aber das muss nicht das Thema heute sein.

Ich habe mit Erstaunen festgestellt, dass die Ordnung, wie normalerweise hier debattiert worden ist, auch ein bisschen anders ist. Ich habe mich über den Beitrag von Frau Gregersen gefreut. Ich habe mich gewundert über den Beitrag der SPD. So ist heute eben alles ein bisschen anders.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist so in Berlin! Da ist eine große Koalition!)

Ich habe mich über die Aussage von Herrn Frommann geärgert, wir hätten so schlecht gefragt. Dazu will ich Folgendes sagen: Mit unserer Großen Anfrage und der Antwort des Senats im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Privatisierung gab es die tolle Antwort, mit der wir bei Großen und Kleinen Anfragen unsere Erfahrung haben und die wir schon häufig gesehen haben:

"Die zur Beantwortung benötigten Daten werden nicht gesondert statistisch erfasst. Eine Einzelfallauszählung ist in der für die Beantwortung einer Schriftlichen Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit [...] nicht möglich."

Das Ärgerliche an dieser Antwort ist, dass es in einer Großen Anfrage steht, wir extra eine Große Anfrage gestellt haben, damit der Senat genug Zeit hat und trotzdem antwortet er mit einer Floskel, die er anscheinend aus allen Anfragen herausnimmt und an anderer Stelle wieder hineinkopiert. Das geht nicht und ich möchte, dass sich der Senat dafür noch einmal entschuldigt und das verändert.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Ich habe mit Freude festgestellt, dass die Senatorin sagt, dass die Stadt Hamburg mit der S-Bahn Hamburg GmbH einen Vertrag ab 2009 bis 2017 geschlossen hat, aber die neue Ausschreibung durchaus komplizierter ist als Sie von der SPD und der CDU uns das dargestellt haben. Das ist ein kritischer Punkt, den wir uns kritisch ansehen müssen und die Frage der Monopolsituation der S-Bahn natürlich ein größeres Problem darstellt. Es

(Norbert Hackbusch)

geht um nicht geringe Summen. Der Hamburger Senat hat schon vor zehn Jahren 35 Millionen Euro für die S-Bahn aufgewendet, wodurch die S-Bahn gegenwärtig eine Monopolsituation hat. Da muss man sich doch zumindest überlegen, warum wir erstens von dem Geld nicht irgendetwas zurückbekommen und zweitens wie die Konstruktion ist, dass das eine Monopolsituation für diese privatisierte Bahn schafft, die doch ein Problem für uns darstellt. Ich glaube, dass das im Ausschuss genauer behandelt werden muss. Das scheint mir kein ordentliches Umgehen mit Hamburger Steuermitteln zu sein und wir sind da sehr pingelig an diesem Punkt.

Genauso pingelig sind wir bei dem Punkt, dass die Trassenpreise verglichen werden müssen. Normalerweise ist man bei allen Punkten, bei denen es um etwas Geld geht, kritisch. Bei diesem Punkt haben wir den Eindruck, dass die Trassenpreise im Zusammenhang mit der S-Bahn zu hoch sind. Sie haben noch nicht einmal das Interesse, das genauer nachzufragen, weil Sie behaupten, das wird schon alles in Ordnung sein und Hamburg profitiert auch davon. Das ist eine laxe Art und Weise mit Hamburger Steuergeldern umzugehen. Ich denke, der Rechnungshof wird sich auch darum kümmern und der Ausschuss ebenfalls. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Frau Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Hackbusch, liebe Linksfraktion! Ich muss einräumen, dass in meinem Haus ein Fehler gemacht worden ist. Ich habe das vorhin im Rahmen der knappen Zeit weggelassen. Wir haben Fehler gemacht. Wir haben wirklich diese Floskel geschrieben – ich muss gestehen, dass ich das gestern bei der Vorbereitung noch einmal gelesen und das heute noch einmal recherchieren lassen habe –, dass die für die Beantwortung der Schriftlichen Kleinen Anfrage zur Verfügung stehende Zeit nicht ausreiche. Es ist ein formaler Fehler gemacht worden. Aber es ist so, dass die Zeit, die auch für Große Anfragen befristet ist, uns nicht gereicht hätte, um die gewünschten Informationen, die wir dann von der DB AG hätten haben müssen, in vertretbarem Verwaltungsaufwand ermitteln zu können. Aber ich möchte diese Irritation einräumen. Es war ein formaler Fehler, der im Ergebnis nicht zu einer anderen Antwort geführt hätte, aber – das kann ich einräumen – manchmal macht auch der Senat zumindest kleine Fehler.

(Beifall bei der GAL, der CDU, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/249 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Punkt 39 der Tagesordnung, Antrag der CDU- und GAL-Fraktion: Überarbeitung des Wegegesetzes.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL:
Überarbeitung des Wegegesetzes
– Drs 19/628 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Herr Hesse, bitte.

Klaus-Peter Hesse CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir das wichtige Thema der Bahnprivatisierung und deren Auswirkungen auf Hamburg besprochen haben, kommen wir jetzt zu einem Thema, das sicherlich viele von uns schon vor Ort bewegt hat beziehungsweise womit Sie sich beschäftigt haben, nämlich mit dem Wegegesetz und der Erschließung von Straßen.

Fakt ist, dass viele Menschen vor Ort Probleme haben, weil sie an nicht erschlossenen oder nur teilerschlossenen Straßen wohnen und nicht wissen, wie es weitergeht. Nach Paragraph 123 Absatz 2 unseres Baugesetzbuches sollen Erschließungsanlagen entsprechend den Erfordernissen der Bebauung und des Verkehrs kostengünstig hergestellt werden und spätestens bis zur Fertigstellung der anzuschließenden baulichen Anlagen benutzbar sein. Dies bedeutet zum einen, dass mindestens das bereitzustellen ist, was zu einer funktionsgerechten Nutzung der baulichen Anlagen auf den Grundstücken im Bebauungsgebiet erforderlich ist.

Die Realität, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor Ort sieht sehr, sehr unterschiedlich aus, wenn man sich einzelne Straßen anguckt. Ich denke, das ist Grund genug, dass sich das Parlament und auch der Stadtentwicklungsausschuss mit diesem Thema beschäftigen sollten.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü übernimmt den Vorsitz.)

Ich habe in den letzten Tagen, natürlich auch durch die öffentliche Berichterstattung – das "Hamburger Abendblatt" hat sehr viel darüber berichtet, auch die "Bild"-Zeitung und andere –, mit vielen Menschen vor Ort gesprochen, die Probleme hatten und ihre Erschließung nicht ganz verstanden haben. Ich kann mal ein Bild zeigen. So sah eine

(Klaus-Peter Hesse)

Straße in Eimsbüttel – in diesem Fall ist es die Torstraße – aus, bevor sie erschlossen wurde, und so sieht sie jetzt aus.

(Zuruf: Schrecklich!)

– Ja, ob das gut oder schlecht ist, will ich vom Podium aus gar nicht beurteilen. Ich stelle nur fest, dass es eine kleine Straße ist und dass sie vorher auch nicht sehr ansehnlich war und bestimmt verkehrlich optimierbar war. Ich stelle aber auch fest, dass mir das, was ich dort jetzt vorgefunden habe, nicht optimal erscheint, dass ich eine große, versiegelte Straße vorfinde, einen schönen großen Fußweg, den allerdings kaum einer benutzt und dass wir diese Kosten alle auf die Anlieger umlegen. Da frage ich mich, ob das noch zeitgemäß ist und ob das noch sein muss.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei Viviane Spethmann CDU – Ingo Egloff SPD: Das ist richtig!)

Ein Kollege von uns hat durch Schriftliche Kleine Anfragen unter anderem herausgefunden und festgestellt, dass es allein in Hamburg 540 noch nicht endgültig hergestellte und abgerechnete Straßen gibt. Ich habe eben ein Beispiel gezeigt. Wir stellen fest, dass diese Straßen alle recht unterschiedlich vom Profil, von der Ausprägung sind und dass es bestimmt falsch wäre zu sagen, wir könnten alle mit dem gleichen Muster und dem gleichen Schema herstellen. Deswegen, denke ich, gibt es auch sehr viele Rechtsstreitigkeiten. Wenn wir uns über die Erschließung von Straßen unterhalten – und das werden die Anwälte unter uns wissen –, gibt es häufig Streitigkeiten darüber und beschäftigen sich auch Gerichte damit, dass man die Straßen nicht unbedingt alle über einen Kamm scheren kann und oftmals auch die Voraussetzungen sehr, sehr unterschiedlich sind.

Bereits 1998, damals noch unter der SPD und den Grünen, hat der Rechnungshof kritisiert, dass es nicht sein kann, dass hier eine Ungerechtigkeit besteht. Einige Straßen sind abgerechnet, andere sind noch nicht abgerechnet, einige sind teilerhalten, andere stehen an. Keiner weiß, wo es längs geht und der Staat, der Geld investiert hat, hat noch nichts zurückbekommen oder zu wenig abgerechnet. Allein von 2001 bis 2006 sind 123 Straßen endgültig hergestellt worden. Das ist nicht viel, wenn man den gesamten Straßenbestand betrachtet, der hier zur Diskussion steht. Aber ich möchte auch ganz klar sagen, dass die CDU nicht eine sofortige Fertigstellung nur aus Gründen der Abrechnung und der Rechnungshofkritik will. Das kann nicht unser Ziel sein. Da müssen wir wirklich mit Augenmaß vor Ort die Situation betrachten und gucken, wo es Sinn macht und wo nicht.

Die CDU will auch eine Prüfung des Wegegesetzes hinsichtlich ökologischer, verkehrstechnischer und stadtplanerischer Gründe. Wir diskutie-

ren nicht ohne Grund über Shared Space im Bereich der Verkehrssicherheit. Wir diskutieren nicht ohne Grund über die Versiegelung von Flächen und müssen uns deswegen überlegen, ob das Wegegesetz auch noch zeitgemäß ist. Ich glaube aber auch, dass wir die vielen in der Kommunalpolitik tätigen Kolleginnen und Kollegen vor Ort in den Bezirksversammlungen in dieser Frage auf gar keinen Fall vergessen dürfen. Wir müssen gemeinsam den Bezirksversammlungen die Möglichkeit geben mit zu entscheiden, ob und gegebenenfalls aus welchen Gründen es zur endgültigen Herstellung von Straßen kommt.

Was noch viel wichtiger ist – und ich denke, das ist unsere Aufgabe, die wir jetzt auch im Stadtentwicklungsausschuss zu erledigen haben –, ist, dass wir den vielen Anwohnerinnen und Anwohnern solcher Straßen Klarheit geben müssen, wie es weitergeht. Wir müssen sie informieren, was beabsichtigt ist, sodass jeder weiß, wie es weitergeht und es nicht die Ungerechtigkeiten gibt, die wir momentan noch zwischen abgerechneten und nicht abgerechneten Straßen haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei Dr. Mathias Petersen SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Herr Grote.

Andy Grote SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Hesse, Sie haben Vieles richtig gesagt. Das Thema ist nicht ganz neu. Wir haben die Fragen, um die es geht, seit vielen Jahren auf dem Tisch. Es geht um den zeitlichen Ablauf der endgültigen Herstellung dieser Straßen und der anschließenden Abrechnung der Erschließungsbeiträge. Es geht um die Frage, wie der erforderliche Ausbauzustand ist und es geht vor allem darum, Berechenbarkeit, Transparenz und rechtzeitige Informationen für die betroffenen Bürger herzustellen. Das Thema ist aktuell noch einmal durch den Bericht des Rechnungshofs und der Medienberichte ein bisschen heißer geworden. Deswegen haben wir jetzt diesen Antrag vorliegen. Dieser Antrag enthält nichts unmittelbar Falsches. Das ist auch kaum möglich bei dem bisschen, was da drinsteht.

(Beifall bei der SPD – Klaus-Peter Hesse CDU: Was hätten Sie denn da hineingeschrieben? Erzählen Sie mal!)

Im Wesentlichen heißt das, der Senat solle einmal darstellen, was er macht und soll einmal prüfen, ob er etwas besser machen kann. Da waren wir in der Bürgerschaft auch schon einmal weiter. Es ist angesprochen worden, dass der Rechnungshof 1998 erstmals das Verfahren kritisiert und viele Dinge einer Überprüfung empfohlen hat. 2004 hat es einen Antrag der SPD-Fraktion gegeben, in dem relativ detailliert viele der Punkte, über die heute wieder

(Andy Grote)

diskutiert wird, aufgeführt worden sind. 2005 haben wir dann in einem gemeinsamen Antrag von SPD und CDU ein Ersuchen an den Senat gerichtet, das entsprechende behördliche Verfahren neu zu organisieren. 2006 gab es noch einmal eine Große Anfrage und 2007 dann den Rechnungshofbericht, der viele der Punkte, die er 1998 schon angesprochen hat, noch einmal benennt.

Und wenn man sich insofern fragt, was nach acht Jahren Ergebnis der Bürgerschaftlichen Aktivitäten auf Senatsseite gewesen ist, dann ist das im Ergebnis nicht wirklich spürbar. Das ist an dieser Stelle das eigentlich Ärgerliche.

(Beifall bei der SPD)

Wir sprechen im Grunde genommen seit mehr als acht Jahren über die gleichen Punkte. Insofern ist das umso trauriger und an dieser Stelle ist das Vertrauen in den Senat ein bisschen begrenzt. Es ist richtig, dass wir uns jetzt im Stadtentwicklungsausschuss mit dem Thema befassen und dort hoffentlich ein bisschen mehr Substanz in diese parlamentarische Initiative bringen, in der Hoffnung, dass am Ende dann auf Senatsseite für den Bürger tatsächlich auch einmal etwas Vorzeigbares herauskommt und wir nicht in ein paar Jahren wieder hier stehen und die gleichen Themen behandeln. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Becker.

Horst Becker GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema Wegegesetz ist etwas trocken. Aber es betrifft Zehntausende Menschen in dieser Stadt. Bei den Maßnahmen, die in dieser Stadt durchgeführt werden, erfahren wir in den letzten Monaten durch die öffentlichen Diskussionen und auch durch die zahlreichen Bürger, die zu vielen von uns gekommen sind, dass die Meinung vorherrscht, dass über die Bürger hinwegstolziert wird, ohne auf ihre Belange und ihre Meinung Rücksicht zu nehmen. Von daher ist es sehr richtig, dass der Kollege Hesse diesen Impuls aufgegriffen hat, dass wir im Stadtentwicklungsausschuss beraten wollen und hoffentlich auch beraten werden, welche Handlungsmöglichkeiten wir haben, um beim Thema Erschließung etwas flexibler zu werden, als das bis jetzt der Fall ist.

Welche Handlungsmöglichkeiten haben wir? Ich sehe zwei Themenbereiche. Einmal ist es die Vermeidung eines übermäßigen Ausbaus, das heißt, dass wir versuchen, die Themen Verkehrssicherheit und Abwasserproblematik sicherzustellen, aber ohne dass mehr gebaut wird, als in puncto Versiegelung und Oberflächenentwässerung notwendig ist. Da gibt es auch noch Handlungsmöglichkeiten, wenn wir uns dieses Gesetz etwas ge-

nauer anschauen. Der zweite große Themenbereich ist das Zusammenwirken mit den Bürgern vor Ort. Dort sieht es so aus, dass wir versuchen müssen, transparente Verfahren zu schaffen, bei denen die Bezirksversammlungen mehr Einflussmöglichkeiten auf die Entwürfe der Verwaltung bekommen sowie Anhörungen in den örtlichen Ausschüssen zu einzelnen Straßen durchzuführen, wo die Belange der Bürger zu hören sind. Einige von uns und von Ihnen haben die Erfahrung gemacht, dass viele Bürger mit vernünftigen und nachvollziehbaren Vorschlägen gekommen sind und zum Beispiel gesagt haben, bei 200 Autos am Tag bräuchte man keine zwei Bürgersteige und man solle das alles auf einer Ebene machen. Es kamen schlicht und einfach nachvollziehbare Vorschläge. Von daher ist es ein guter und richtiger Ansatz und ich hoffe, dass wir zu einer intensiven und auch Nutzen bringenden Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss kommen werden und dieser Antrag der Koalition eine breite Zustimmung finden wird.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Herr Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist bemerkenswert, dass wir gemeinsam feststellen, dass wir dort eine Baustelle haben.

(Michael Neumann SPD: Im wahrsten Sinne des Wortes!)

Das ist einigermaßen verschleppt worden und der Rechnungshof führt zu Recht Kritik an diesem Verfahren. Herr Hesse, ich habe den Antrag der Regierungskoalition so verstanden, dass wir – wir haben das bislang ein-, zweimal hinbekommen – uns im Stadtentwicklungsausschuss gemeinsam, alle Fraktionen, bemühen wollen, diese verschleppten Geschichten in dieser Legislaturperiode zu Ende zu bringen. Das ist insofern nicht ganz einfach, weil wir auf jeden Fall sehr viele Bürgerinnen und Bürger mit einbeziehen wollen. Und zweitens haben wir das Problem, dass auch die Bezirksversammlungen beteiligt werden müssen. Ich sage das noch einmal: Wir stimmen der Überweisung an den Ausschuss zu und ich nehme das von Ihnen, von den Fraktionen, als ein Angebot auf – bei allen Differenzen, die wir sonst haben –, dass wir hier versuchen, die Kuh vom Eis zu bringen. Das heißt im Wesentlichen aber auch: Der Senat muss ein bisschen zuarbeiten, sodass wir am Ende eine beschlussreife Vorstellung haben, vielleicht mit allen Fraktionen gemeinsam. Was auf keinen Fall passieren darf, ist, dass wir das weiterhin in Zeitschleifen parken. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und bei Michael Neumann SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/628 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung einstimmig angenommen worden.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 22, Drucksache 19/623.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/380:

Beteiligung der HGV an der Komplementär-GmbH eines Erwerbsvehikels (GmbH & Co. KG) zum möglichen Ankauf von Hapag-Lloyd (Senatsmitteilung)
– Drs 19/623 –]

Mir wurde mitgeteilt, dass einvernehmlich auf eine Debatte verzichtet wird. Somit hat die Bürgerschaft von der Drucksache 19/380 Kenntnis genommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 11, Drucksache 19/449, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Zukunft der Hamburger Lehrschwimmbecken wieder gefährdet – was tut der Senat?

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Zukunft der Hamburger Lehrschwimmbecken wieder gefährdet – was tut der Senat?
– Drs 19/449 –]

Wer wünscht das Wort? – Frau Timmermann, bitte.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Juliane Timmermann!)

Juliane Timmermann SPD: – Da haben einige aufgepasst, dass das Juliane Timmermann ist und nicht Karin Timmermann.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Denken wir an Schwimmbäder beziehungsweise Lehrschwimmbecken, haben viele von uns wahrscheinlich ähnliche Assoziationen. Beim Betreten des Schwimmbads nimmt der Geruch von Chlor zu und in den Umkleiden drängen die Gespräche der Kabinennachbarn unweigerlich an die eigenen Ohren, das feuchte Schlüsselband am Handgelenk, der Bademeister sitzt in einem kleinen Kabuff – gedämpfte Schwimmbadakustik.

(Antje Möller GAL: Das ist ja gruselig!)

– Wenn das für Sie gruselig ist. Ich finde das ein sehr schönes Bild, weil es nämlich deutlich macht, wie viele verschiedene Interessengruppen an solch einem Schwimmbad und auch an einem Lehrschwimmbecken beteiligt sind. Es sind nicht nur

Kinder, sondern es geht auch um Senioren und andere.

(Beifall bei der SPD)

Da ich die Senioren gerade erwähnt habe, möchte ich dieses Bild weiter bedienen: Senioren, die ihre Bahnen ziehen, die abgetrennte Bahn einer Schwimmgruppe, eine Kindergruppe, die auf der Bank sitzt und kaum abwarten kann, endlich ins Wasser zu dürfen. Zwischen ihnen meistens ein Kind, das die Badehose vergessen hat, traurig und zum Zuschauen verdonnert ist – ich denke, dieses ist ein Bild, das Sie vielleicht mit mir teilen können. Ich möchte an diesem Bild weiter festhalten: Ein guter Bademeister versucht die Interessen der verschiedenen Beteiligten zu berücksichtigen, zeigt Lösungen auf, ist zugewandt, klar und vorausschauend und kommt seiner vornehmlichen Aufgabe, nämlich Notsituationen zu verhindern, nach.

(Zuruf von Frank Schira CDU)

2005 hat der CDU-Senat – und vielleicht hören Sie zu, Herr Schira – in einem Alleingang beschlossen, die Lehrschwimmbecken dichtzumachen, sie auszutrocknen. Die Schließung bedrohte das sportliche Angebot von Kitas, Schulen und Vereinen. Aus dieser Notsituation heraus hat sich eine Vielzahl von Vereinen und Initiativen aktiv darum bemüht, die Lehrschwimmbecken auch ohne die gestrichenen Behördengelder weiter zu betreiben, um Kindern und Jugendlichen früh die Möglichkeit zu eröffnen, das Schwimmen zu erlernen. Wie wichtig diese frühe Schwimmerziehung ist, demonstrieren jedes Jahr die traurigen Zahlen von Ertrunkenen in Deutschland. Experten und vor allem die DLRG gehen davon aus, dass mangelnde Schwimmerfahrung und Überschätzung Hauptgründe für diese tragischen Todesfälle sind. 2005 kam es zu 477 Todesfällen, 2006 waren es 606 und 2007 484. Es muss also von einem Sockelwert von 500 Todesfällen pro Jahr ausgegangen werden und je nach Sommer können bei Hitzewellen 100 bis 150 weitere hinzukommen. Dabei werden die Fakten von Seiten des Senats wissentlich ignoriert, denn die Auslastung der Lehrschwimmbecken war und ist konstant gut.

Nun sind drei Jahre vergangen und die Lehrschwimmbecken stehen wieder vor dem Aus. Ihre Versäumnisse bei der Überlassung der Lehrschwimmbecken sind haarsträubend. In den Überlassungsverträgen wurde festgelegt, dass die jeweiligen Betreiber die Bewirtschaftungs- und Bauunterhaltskosten zu tragen haben. Aus der Kleinen Anfrage 19/491 geht hervor, dass ein erheblicher Sanierungsstau je Lehrschwimmbecken zwischen 400 000 und 900 000 Euro besteht. Sie sind dafür verantwortlich, dass den Trägern Investitionsruinen übergeben wurden – ein Unding und ein Höchstmaß an politischem Dilettantismus, der derart verantwortungslos und ohne Voraussicht die Vereine mit ihrem jetzigen Problem alleine lässt.

(Juliane Timmermann)

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Aber dieses Vorgehen scheint bei Ihnen Methode zu sein. Denn Sie versuchen dasselbe mit den Sportstätten. Marode und hoch sanierungsbedürftige Sportstätten werden den Sportvereinen zur Übernahme angeboten – kein Wunder, dass sie nicht übernommen werden. Dies ist unverantwortlich gegenüber den Vereinen und ist keine tragende Lösung, wie sich bei den Lehrschwimmbecken herausgestellt hat.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Hinzu kommt, dass die Träger in den letzten Wochen Nachzahlungsforderungen für steigende Energiekosten bekommen haben. Die Kalkulation der Träger erfolgte auf Grundlage der Zahlen der Behörde. Die Nachforderungen von circa 20 000 Euro pro Lehrschwimmbecken sind ein Armutszeugnis für die behördeninternen Zahlendreher. Selbst finanziell gut dastehende Vereine tun sich schwer, eine solche Nachzahlung zu stemmen. Die hohen Sanierungserfordernisse und Energiekosten ermöglichen es kaum einem Verein, die Lehrschwimmbecken kostenneutral zu bewirtschaften. Daher müssen den Bekenntnissen zu den Lehrschwimmbecken endlich auch Taten folgen.

(Beifall bei der SPD)

Auf einen weiteren Punkt möchte ich eingehen. Am Rande der letzten Bürgerschaftssitzung bemühte ich mich darum, mit allen Fraktionen die Tagesordnung für den Sportausschuss abzustimmen. Die SPD-Fraktion wollte eine Selbstbefassung zu dem wichtigen Thema der Universiade. Von der GAL wurde das Thema Lehrschwimmbecken benannt. Nach Rückfrage, ob der Schul- oder Sportausschuss zuständig sei, wurde mir mitgeteilt, dass Frau Senatorin Goetsch im Schulausschuss dazu nichts sagen würde, da sie nicht zuständig sei. Einvernehmlich wurde somit die Befassung für den Sportausschuss beschlossen. Vor einer Woche wurde das Abstimmungschaos offensichtlich. Das Thema Lehrschwimmbecken sollte nicht auf die Tagesordnung genommen werden, da die Regierungskoalition einer Selbstbefassung nicht zustimmen würde. Was wollen Sie denn nun? Bekennen Sie endlich Farbe.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Die Lehrschwimmbecken geraten zwischen die Mühlen der Behörden und der ungeklärten Zuständigkeiten. Es bleibt das Gefühl, dass dieser Tatbestand der Koalition ganz recht ist und man auf Zeit spielt – ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Ich möchte noch einmal das Bild vom Bademeister bemühen: Es reicht nicht zu wissen, wo der Ret-

tungsring angebracht ist und wie ich einen Ertrinkenden rette.

(Zuruf von *Frank Schira* CDU)

Herr Schira, ich glaube, Ihren Rettungsring behalten Sie einmal für sich.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

– Sie brauchen auch nicht rot zu werden, Herr Schira.

Wenn das Wasser aus dem Becken gelassen ist, ist es auch zu spät für einen Bademeister und Ihre Rettungsringe, Herr Schira, helfen beim besten Willen nicht. Handeln Sie, bevor es so weit kommt, dass das Wasser tatsächlich abgelassen wird. Die Zukunft der Lehrschwimmbecken ist ab dem 16. Juli ungewiss. Genau an diesem Tag tagt der Sportausschuss und es wäre ein richtiges Signal, dort aufzuzeigen, wie es weitergeht. Die Kinder unserer Stadt haben es nicht verdient, dass der schwarz-grüne Senat aus Lehrschwimmbecken Leerschwimmbecken macht. Es reicht nicht, sich für den Sport und den Erhalt der Lehrschwimmbecken auszusprechen. Legen Sie ein zukunftsfähiges und tragendes Konzept für den Erhalt der Lehrschwimmbecken vor, schaffen Sie Planungssicherheit für die betroffenen Vereine, auf dass aus den Lehrschwimmbecken keine Leerschwimmbecken werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Herr Kreuzmann hat das Wort.

(*Michael Neumann* SPD: Der braucht das nicht! – *Klaus-Peter Hesse* CDU: Der hat keinen Rettungsring dabei!)

Thomas Kreuzmann CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Timmermann, in einer Sache muss ich Ihnen allerdings widersprechen. Wenn es marode Hinterlassenschaften sind, sind die das Ergebnis jahrzehntelanger SPD-Arbeit.

(Beifall bei der CDU)

Bei allem, was Sie gesagt haben, vermisste ich einen entscheidenden Ansatz. Was wollen Sie eigentlich?

(Beifall bei der CDU – *Wilfried Buss* SPD: Wer hilft den Kindern?)

2006 wurde das Schulschwimmen neu organisiert. Den Schwimmunterricht für alle Schulen übernahm die Bäderland GmbH in ihren Schwimmbädern.

(*Michael Neumann* SPD: Das war auch schon ein Fehler!)

(Thomas Kreuzmann)

Die Schulbehörde brauchte die Lehrschwimmbecken für Schulzwecke nicht mehr und wollte die ...

(Wilfried Buss SPD: Das stimmt gar nicht. Die wollte die Lehrbecken stilllegen!)

... wollte die Becken stilllegen. Die außerschulischen Nutzer, die Kitas, die Sportvereine und die Senioren, die diese Lehrschwimmbecken nutzten, kämpften für den Erhalt der Lehrschwimmbecken. Auf Initiative der CDU-Fraktion wurden für die meisten Lehrschwimmbecken Betreiber gefunden, denen sie zur Nutzung überlassen wurden. Die Betriebskosten der Anlagen übernahmen die Betreiber. Bis auf einen Betreiber, der HTB 62, kommen alle bis heute mit dieser Regelung gut zurecht. Besser noch: Sie kommen ihren Zahlungsverpflichtungen nach. Um die Betriebskosten zu senken, bekamen die Betreiber zusätzliche finanzielle Unterstützung vom Senat oder aus Sondermitteln der Bezirke. Mit der Großen Anfrage möchten die Damen und Herren der SPD suggerieren, dass der Senat für die drohende Schließung der Lehrschwimmbecken die Verantwortung trägt.

(Ingo Egloff SPD: Die regieren doch!)

Dies ist Ihnen nicht gelungen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Aus den Antworten des Senats wird eindeutig klar, dass die Stadt Hamburg ihre vertraglichen Verpflichtungen eingehalten hat. Als die Zahlungsschwierigkeiten des HTB 62 bekannt wurden, haben das Sportamt und der damalige Sportstaatsrat den HTB 62 aufgefordert, Konzepte zu entwickeln und zu erstellen, mit denen sich die Betriebskosten senken lassen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Herr Kreuzmann, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kühn zu?

Thomas Kreuzmann (fortfahrend): – Nein, danke!

Für die notwendigen Investitionen wurden dem HTB 62 Unterstützungen in Aussicht gestellt. Diese Hilfsangebote wurden von den Verantwortlichen des HTB 62 leider nicht angenommen. Als den Zahlungsverpflichtungen weiter nicht nachgekommen wurde, blieb der Behörde wiederum kein anderer Weg, als die Verträge zu kündigen. Für die Situation ist also nicht der Senat, sondern das falsche Management im Betreiberverein verantwortlich.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ich will mich nicht länger mit Rechenschaften beschäftigen, denn die zentrale Frage ist in diesem Moment, wie es weitergeht. Ich glaube, wir können

vermutlich eine Lösung anbieten, die für alle Beteiligten tragfähig ist.

(Dr. Monika Schaal SPD: Darauf warten wir die ganze Zeit!)

Vier der fünf Lehrschwimmbecken sind durch die Nutzer gut ausgelastet, um mit den Kursgebühren die Betriebskosten zu erwirtschaften. Das Lehrschwimmbecken in der Paul-Sorge-Straße wurde schon vom HTB 62 gekündigt, weil sich nicht genügend Nutzer fanden. Das Becken war nämlich nur zur Hälfte ausgelastet. Die Nutzer der anderen vier Becken müssen nun prüfen, ob sie sich zusammenschließen und ein Betreiberkonzept, vielleicht ein gemeinschaftliches Betreiberkonzept, entwickeln, um sie weiter benutzen zu können.

(Wilfried Buss SPD: Unterstützt Ihr sie dabei?)

Dass so etwas funktionieren kann, haben die Betreiber aller anderen Becken gezeigt. Für diese Prüfung – und das ist für diesen Bereich mein Credo und das unserer Fraktion – benötigen wir Zeit, ein wenig mehr Zeit für die Benutzer, um die drohende Schließung abzuwenden.

Leider hatte der HTB 62 seine Mieter nicht von der drohenden Kündigung unterrichtet. Der Senat sollte ihnen die notwendige Zeit zur Prüfung geben. Das Wasser aus den Lehrschwimmbecken darf erst dann abgelassen werden, wenn alle und wirklich alle Bemühungen um neue Betreiber erfolglos geblieben sind. Wir brauchen den Schwimmunterricht – auch in den Sportvereinen – und können das nicht komplett der Bäderland GmbH überlassen. Nur der Schwimmunterricht der Sportvereine sichert auch den Nachwuchs im Schwimmsport. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Herr Becker hat das Wort.

Horst Becker GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Lehrschwimmbecken sind ein Thema, das uns zwischen den Legislaturen quasi ein wenig auf die Füße gefallen ist. Wir hatten einen Träger, der das nicht konnte, und wir hatten auch – das müssen wir zugeben – die Träger, die da sind, mit zu wenig Mitteln für die Reparatur ausgestattet. Das muss man ganz klar sagen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir können diese Becken auch nicht langfristig an Träger geben, ohne dass sie in einen vernünftigen baulichen Zustand versetzt werden. Wir haben aber auch Träger, die diese Becken übernehmen könnten und würden – für die Wassergewöhnung oder für Kurse für Rheumakranke. In allen Bereichen funktioniert der Betrieb der Lehrschwimmbecken und wir brauchen sie. Der Bedarf ist vor-

(Horst Becker)

handen. Nichts desto minder waren wir erst einmal froh, dass wir es geschafft haben, bis zu den großen Ferien wenigstens den laufenden Betrieb aufrecht erhalten zu können. Was nun weiter geschieht, ist natürlich eine Frage des Geldes. Da sieht es so aus, dass wir es nicht verantworten können, das in den Haushalt des Sportamts oder der Schulbehörde hineinzudrücken. Das wird nicht möglich sein. Es ist so, dass die Koalition vorhat, in der laufenden Legislatur ein Programm zur Sportstättenanierung aufzulegen. Das wäre eine Möglichkeit für die Zukunft.

Wir haben mit dem Hamburger Sportbund weiterhin eine Vereinigung, die bereit wäre, auch an der Trägerschaft mitzuwirken oder diese zu moderieren und vielleicht auch eigenes Geld für die Sanierung mitzubringen. Das heißt, die Aufgabe wird es jetzt sein, sich mit den Nutzern und dem HSB die Becken anzusehen und tatsächlich auch einmal zu klaren Zahlen zu kommen – was wir eigentlich brauchen und was wo gemacht werden muss. Die Zahlen, die ich kenne, schwanken im Moment zwischen 1,7 und 3,5 Millionen. Da müsste man doch einmal ein bisschen Klarheit hineinbringen. Da muss man die Hallen aufschließen und einmal schauen, was da tatsächlich zu machen ist. Das werden wir tun. In der nächsten Woche werden schon von den beteiligten Behörden moderierte Gespräche mit den entsprechenden Teilnehmern stattfinden. Ich gehe davon aus und hoffe sehr, dass dieser Prozess schnell und gut in die Gänge kommen wird, denn das Ziel, möglichst viel von dem Angebot in den Lehrschwimmbecken zu erhalten, eint uns.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat die Abgeordnete Artus.

Kersten Artus DIE LINKE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Ich arbeite in einem privatwirtschaftlich geführten Betrieb. Wenn es dort so etwas gegeben hätte, wie das, was sich der CDU-Senat mit den Lehrschwimmbecken geleistet hat,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Nee, der HTB 62!)

hätte es nicht nur Abmahnungen, sondern fristlose Kündigungen im Management gegeben.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte Sie heute aber nicht ermuntern, weiterhin Auslagerungskonzepte optimieren zu wollen. Ich möchte Ihnen vielmehr sagen, dass Sie derzeit aus meiner Sicht Grundwerte der parlamentarischen Demokratie aus den Angeln heben und möchte das kurz begründen. So antworten Sie auf die Schriftliche Kleine Anfrage 19/449:

"Zu Sachverhalten, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse privater Unternehmen betreffen, gibt der Senat keine Auskunft."

Eine andere Antwortphrase lautet:

"Die Planungen der zuständigen Behörden sind noch nicht abgeschlossen."

Ich verstehe das Problem nicht. Warum legen Sie keine Planungsstände offen? Dann kann vielleicht Schlimmeres durch gesunde konstruktive Kritik verhindert werden. Ich möchte es einmal so sagen: Wenn Sie uns weiterhin keine vernünftigen Antworten geben, verstoßen Sie aus meiner Sicht sogar gegen die Hamburgische Verfassung.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Die Opposition hat das Recht, die Regierung öffentlich zu kritisieren, das steht im Artikel 24.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Sie haben sogar die Aufgabe, eine Alternative aufzustellen!)

Das kann sie aber nicht, wenn Sie Planungsstände und Vertragsinhalte nicht mitteilen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die Überlassungen der Lehrschwimmbecken an Vereine in 2006 waren eine Mogelpackung, die damals mit folgenden Worten verkauft wurde. In der Drucksache 18/4119 vom 18. April 2006 – die Neuordnung des Schulschwimmens an den Allgemeinen Schulen betreffend – heißt es, dass Schwimmen gerade für eine Stadt mit einer großen wassersportlichen Tradition ein wichtiges Element der Bewegungskultur sei und lebensrettend sein könne. Der alte Senat hat im Haushaltsplan 2005/2006 für das Schulschwimmen eine Kürzung in Höhe von 2 Millionen Euro beschlossen und gleichzeitig mit der Überlassung der Lehrschwimmbecken an Vereine die Zukunft des Schulschwimmens gefährdet. Alexandra Dinges-Dierig verkündete damals:

"Hamburgs neues Schwimmkonzept ist ein Erfolg."

(Zuruf: Wer war das noch?)

Von was für einem Erfolg redete sie? Von neun Schwimmbecken wurden sechs an private Träger übergeben. Allein der Hamburger Turnerbund 1862 e.V., HTB 62, übernahm drei der Anlagen. Hamburg, so die euphorische Bildungs- und Sportsenatorin damals, sei damit hervorragend aufgestellt, um dafür zu sorgen, dass die Jüngsten Schwimmen lernen. Zwei Jahre später, am 22. Mai dieses Jahres, mussten wir im "Hamburger Abendblatt" die Aussage des neuen Lehrschwimmbecken-Verantwortlichen beim HTB 62 lesen, dass die Buchführung seines Vorgängers wie das Malbuch seiner Tochter ausgesehen habe. Frau Dinges-Dierig, haben Sie sich eigentlich schon bei den

(Kersten Artus)

Eltern und Kindern für die damaligen undurchdachten Worte entschuldigt? Wenn nicht, sollten Sie das dringend nachholen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Schwimmen wird zu den gesündesten Freizeitbetätigungen gezählt und gilt auch als Sportart mit geringem Verletzungsrisiko. Das Herz wird entlastet, der Kreislauf angeregt. Beim Schwimmen werden fast alle Muskeln beansprucht. Schwimmen gilt als aerobe Tätigkeit, bei der die Muskeln konstant mit Sauerstoff versorgt werden. Das sind genug Gründe dafür, dass alle Menschen Schwimmen lernen sollten, nicht nur aufgrund der wassersportlichen Tradition.

(Robert Heinemann CDU: Wir haben das im Gegensatz zu Ihnen eingeführt!)

Aus diesen Gründen ergibt sich auch eine staatliche Pflicht, frühzeitigen Schwimmunterricht zu ermöglichen.

(Robert Heinemann CDU: Auch das haben wir eingeführt!)

Wir sind zudem der Meinung, dass der Breitensport nicht privatisiert werden darf. Es darf auch nicht an ihm gespart werden.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die Vereine übernehmen sich doch dadurch finanziell, wie man jetzt gesehen hat. Wir haben zudem einen ganz großen Handlungsbedarf im Sportstättenbau und in der Instandsetzung von Infrastruktur, weil der Senat jahrelang gespart hat und die Verantwortung den Vereinen aufgeladen hat.

Nun hat der neue Senat zwar verkündet, dass die Lehrschwimmbecken geöffnet bleiben, will uns aber nicht verraten, wie die Konzepte zur Realisierung gediehen sind. Ich bin der Meinung, der neue Senat hat dafür zu sorgen, dass die Lehrschwimmbecken auf Grundlage einer soliden Finanzierung weiter betrieben werden, und zwar unter seiner kompletten Obhut und Verantwortung – öffentlicher und oppositioneller Kontrolle unterworfen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Senatorin von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Fülle der Anfragen – es sind Schriftliche Kleine und Große sowie bezirkliche – zeigt das große Interesse an dem Thema Lehrschwimmbecken. Ich kann Ihnen versichern, liebe Frau Timmermann: Zwischen die Mühlen der Behörden fällt dieses Thema mit Sicherheit nicht. Darauf haben Herr Kreuzmann und auch Herr Becker schon ausführlich hingewiesen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Dass jedoch das Betreiben von Lehrschwimmbecken durchaus Probleme birgt, ist im Übrigen keine neue Erkenntnis. Wie ich mir habe berichten lassen, hatte zum Beispiel schon Schulsenatorin Raab vor, diese Becken zu schließen.

(Zuruf: Wer ist das denn gewesen? – Ingo Egloff SPD: Der Unterschied zwischen Dingest-Dierig und Raab ist, dass Sie es gemacht haben!)

Das Problem – und das ist eben ein grundsätzliches Problem – besteht unter anderem darin, dass die meisten Schüler heute das Schwimmen in integrierten Anlagen von Nichtschwimmer- und normalen Schwimmbädern lernen und zum Beispiel in der Regel keine Seepferdchen-Prüfungen mehr in den Lehrschwimmbecken abgenommen werden. Denn das Wasser ist dort nur 50 Zentimeter tief und nicht beheizt. Es ist also nur für eine Wassergewöhnung und nicht für Schwimmunterricht geeignet. Für die Schulen ist es daher nicht sinnvoll, diese Lehrschwimmbecken zu benutzen.

Anders ist es allerdings für Vereine, die mit unterschiedlichen Konzepten Anlagen betrieben haben und dies, wie Herr Kreuzmann schon beschrieben hat, mit unterschiedlichem Erfolg. Es gibt zum Beispiel Angebote für Bewegungsentwicklung für Kita-Gruppen oder auch Angebote für Senioren- und Gesundheitssport sowie für Integrationssportgruppen. Hier können zielgruppenspezifische Programme durchgeführt werden. Jede Nutzung macht aber auch bei dem engagiertesten Betreiber nur Sinn, wenn sie mit angemessenen Kosten möglich ist, das heißt den Kosten für die Sanierung, Modernisierung und Betriebskosten. Dabei ist es nicht nur ungünstig, dass es bei den Lehrschwimmbecken einen hohen Sanierungsbedarf gibt, der sich in Jahrzehnten aufgebaut hat, sondern es geht auch darum, die Betriebskosten zu senken, denn schon vor 20 Jahren war klar, dass sich dort energetische Probleme abzeichneten. Ungünstig ist zudem die verinselte Lage dieser Becken. Anders ist dies zum Beispiel bei den schon erwähnten integrierten Anlagen der Bäderland GmbH, wo Nichtschwimmerbecken in die Gesamtanlage integriert sind. Die Insellösungen sind also auch ein Teil des Problems der Lehrschwimmbecken im Betrieb und machen sie kompliziert und teuer.

Um all diese Probleme in den Griff zu bekommen, muss folglich eine ziemlich komplizierte und komplexe Planungsaufgabe bewältigt werden und daran wird derzeit gearbeitet. Was tun wir konkret? Wir haben zu Kontakt- und Planungsgesprächen, und zwar in fachlicher als auch betriebswirtschaftlicher Hinsicht, eingeladen. An den Gesprächen nehmen die Staatsräte Herr Dr. Jäger und Herr Vieluf, der HSB und interessierte Vereine teil. Über das Ergebnis dieser Gespräche werden wir gerne

(Senatorin Dr. Karin von Welck)

berichten. Ich bin sicher, dass wir dann gemeinsam eine Lösung finden werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Frau Ernst.

Britta Ernst SPD:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir waren bis heute gespannt, wer für das Thema auf der Senatsbank sitzt: Frau Senatorin von Welck oder Frau Senatorin Goetsch.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Der gesamte Senat, Frau Ernst!)

Frau Senatorin von Welck hat offenbar die Zuständigkeit für dieses Thema übernommen, was schon ein Fortschritt in der Sache ist, da wir uns im Zuständigkeitsstreit befinden – Frau Timmermann hat es dargelegt. Der Sportausschuss hat sich nächste Woche in Selbstbefassung geweigert, über dieses Thema zu diskutieren, weil nicht klar ist, wer sich damit eigentlich befasst.

Ich möchte einen Blick zurückwerfen, weil hier der Eindruck erweckt wird, wir würden über die Probleme eines Sportvereins diskutieren. Das ist natürlich nicht so, sondern es war die Behörde von Frau Goetsch, die im Jahr 2005 einen Frontalangriff auf das Schulschwimmen gestartet hat. Die CDU wollte damals mit Frau Dinges-Dierig erreichen, dass Schwimmen nur noch in Lehrschwimmbädern stattfindet und eigentlich nur noch Kinder im staatlichen Schulwesen schwimmen dürfen, die es noch nicht können. Die CDU hatte damals geplant, dass die Eltern, deren Kinder schon schwimmen konnten, Gebühren bezahlen sollten. Das war die Ausgangslage und gleichzeitig sollten die Standards des staatlichen Schulschwimmens erheblich gesenkt werden. Das ist der Beginn der Geschichte, über die wir heute diskutieren, und die sollten Sie auch vor Augen haben.

(Beifall bei der SPD – Olaf Ohlsen CDU: Das kennen wir doch alle!)

Ich hoffe, dass sich einige, die dabei waren, noch an unsere bemerkenswerte Expertenanhörung im Schulausschuss erinnern, wo Ihnen von allen Experten, auch die von der CDU benannten, gesagt wurde, dass Ihr Konzept unsozial sei, dass es mit den geltenden Lehrplänen nicht vereinbar sei und damit dramatisch die Standards gesenkt würden.

Wir haben damals in der Presse getitelt: Die Behörde ging baden. So konnte man das ausdrücken. Daraufhin haben Sie Ihre Pläne modifiziert und die Lehrschwimmbädern verkauft; deshalb reden wir heute darüber. Sie haben die Standards im Schulschwimmen erheblich gesenkt. Der Unterricht, den die Kinder heute bekommen, ist deutlich reduziert worden. Wir konnten es abwehren, auch durch den Protest vieler Eltern, dass Sie

weitere Gebühren eingezogen haben; das haben Sie sich dann doch nicht getraut. Soweit noch einmal zur Vorgeschichte.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte versuchen, ein bisschen Licht in das Dunkel der ersten Monate zu bringen, wobei es nicht ganz gelingt, weil Sie sich um die Beantwortung der Großen Anfrage herumdrücken. Während Sie hier trunken vor Glück in schwarz-grüne Euphorie versunken sind,

(Klaus-Peter Hesse CDU: So ist das in den Flitterwochen, Frau Ernst!)

hat die CDU-Verwaltung systematisch die Kündigung dieser Lehrschwimmbädern betrieben. Am 7. Mai wurden der Bürgermeister und die Senatoren gewählt und es war genau der Tag, an dem die CDU-Verwaltung die Kündigung der vier Lehrschwimmbädern ausgesprochen hat. Das sind interessante Zusammenhänge.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns schon gefragt – das ist vielleicht auch für Ihr Binnenverhältnis interessant –, was damals passiert ist. War das die kalte Handschrift der Liegenschaft oder hat eine Abteilung der Schulbehörde versucht, Christa Goetsch noch mal eben etwas unterzubeln? Sie sind die Antwort schuldig geblieben, obwohl wir gefragt haben, wer diese Kündigung eigentlich betrieben hat, und eine Nichtbeantwortung macht dann neugierig.

Dann ging es weiter. Kaum war klar, dass die Schulbehörde in grüne Hände ging, entdeckte die CDU auf einmal ihr Herz für die Lehrschwimmbädern.

(Olaf Ohlsen CDU: Erzählen Sie doch keinen Blödsinn!)

Christa Goetsch hat anscheinend erfolgreich versucht, das abzuwehren und den Ball wieder Richtung Kulturbehörde gespielt, die jetzt für den Sport zuständig ist. Während Sie sich die Bälle zuspiesen, droht das Wasser in den Becken abgelassen zu werden.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Ihnen steht das Wasser bis zum Hals! Das ist das Problem!)

Wir haben keine Lust, Ihnen dabei zuzusehen und erwarten, dass Sie vor der Sommerpause Klarheit schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es auch schade, dass von den Regierungsfractionen und vom Senat nichts zu den sozialen Dimensionen gesagt wurde. Wir haben erst vor Kurzem eine große bundesweite Studie zur Kenntnis nehmen müssen, die einen ganz klaren Zusammenhang zur sozialen Ausgangslage benennt und die auch sehr deutlich sagt, dass die Kinder, die nicht schwimmen können, auch diejeni-

(Britta Ernst)

gen sind, die nicht lesen können. Das heißt, es sind die Kinder, die im Elternhaus nicht die Förderung bekommen, und zwar in vielerlei Hinsicht.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass der Staat hier etwas tut. Wir wollen mehr Gerechtigkeit und sehen es als staatliche Verantwortung an, diesen Kindern zu helfen und sie nicht ihrem Schicksal zu überlassen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Sie haben dazu leider nichts gesagt und wenn Sie sich mit den Fakten tiefer befassen, dann sehen Sie die Dramatik dieser Lage, weil die Schwimmkünste der Kinder in Hamburgs Stadtteilen total unterschiedlich sind. Wir haben Zahlen, nachdem das Seepferdchen – das ist nicht das, was wir früher Freischwimmer nannten, das ist viel weniger – am Ende von Klasse 4 zum Beispiel in Schulen in Barmbek nur die Hälfte oder in Schulen in Billstedt nicht einmal 30 Prozent der Kinder erworben haben. Nur 3 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Klasse 6 können in solchen Stadtteilen überhaupt das Bronzeabzeichen erwerben; in meiner Generation hieß das noch Freischwimmer. Gleichzeitig haben wir Schulen in Poppenbüttel und Volksdorf, in denen natürlich alle Kinder nach Klasse 4 schwimmen können. Diese Daten zeigen die Dramatik und die unterschiedliche soziale Ausgangslage und deshalb besteht hier dringender Handlungsbedarf.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Nun ist der Senator und Parteivorsitzende der CDU, Herr Freytag, der Meinung, dass die soziale Frage eine Erfindung der SPD sei. Die vorgetragenen Daten zeigen noch einmal, wie falsch Sie hier liegen. Ich finde es empörend, wie Sie hier versuchen, einem Turnerbund, der nicht nur unkritisch mit der Situation umgeht, die Verantwortung für eine Situation zuzuschieben, die Sie zu verantworten haben, weil Sie das Schulschwimmen deutlich reduziert und die Lehrschwimmbecken abgelehnt haben.

Ich erwarte, dass Hamburgs Schulen vor den Sommerferien Klarheit bekommen, wie es mit dem Schulschwimmen in Hamburg weitergeht und deshalb wollen wir, dass nächste Woche im Schulausschuss berichtet und eine Perspektive aufgezeigt wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Becker.

Horst Becker GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin etwas verwundert über den Stil, mit dem von der Opposition die Debatte geführt wird.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

An Frau Ernst gewandt: Wir reden hier über Lehrschwimmbecken. Ich habe von Ihnen nichts über Lehrschwimmbecken gehört.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben geredet, wer wann was gemacht hat oder wer wofür zuständig ist.

(Ingo Egloff SPD: Das Ganze hat auch eine Vorgeschichte!)

Das macht nicht den Eindruck, als ob Sie an einer Lösung interessiert seien, sondern Sie wollen hier einen Parteienstreit vom Zaun brechen und das ist der falsche Platz dafür.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir haben in der Debatte – Senatorin Frau von Welck hat das hier auch klar angeführt – gesagt, welche Maßnahmen ergriffen werden. Wir erwarten von Ihnen eher zu hören, ob Sie bereit sind, mit uns zusammen zu schauen, was wir da herausreißen können oder was nicht; das wäre auch Ihre Aufgabe. Wir begreifen es als unsere Aufgabe und dann werden wir einmal sehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Herr Bischoff hat das Wort.

(Frank Schira CDU: Welches Schwimmabzeichen haben Sie eigentlich, Herr Dr. Bischoff?)

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich stimme Herrn Becker zu, dass mich die Frage, wer eigentlich wann die Weichen verkehrt gestellt hat, auch nicht sonderlich interessiert.

(Beifall bei der GAL)

Ich kann jetzt nur an Sie von der gestalterischen Mehrheit appellieren – das möchte ich gerne auch der Senatorin mit auf den Weg geben –, wirklich das zu liefern, was jetzt versprochen worden ist. Wir wollen möglichst zeitnah wissen, was Sie mit den Lehrschwimmbecken machen; das ist der erste Punkt.

Die Vorgeschichte interessiert mich nicht, ich weiß nur – das hat meine Kollegin Artus schon gesagt –, dass Sie wirklich fahrlässig die Vereine über den Tisch gezogen haben.

(Beifall bei der LINKEN – Kai Voet van Vormizeele CDU: Das können Sie gar nicht beurteilen, Herr Bischoff!)

Wir werden das in der Sportlandschaft weiter austragen. Es geht eben nicht nur – das möchte ich gerne Frau von Welck mit auf den Weg geben – um Lehrschwimmbecken, das ist trostlos und traurig genug, es geht auch um Turnhallen – schauen

(Dr. Joachim Bischoff)

Sie sich die Kleinen Anfragen an – und es geht um Sportstätten im Allgemeinen. Es geht in der letzten Konsequenz

(*Frank Schira CDU*: Das müssen wir doch alles machen!)

– Herr Schira, hören Sie doch einmal zu oder halten Sie den Mund –

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

um Lehrschwimmbecken, es geht um Sportstätten, um Turnhallen und es geht darum, dass die Vereine in einer sehr prekären Situation sind. Dahinter steckt eine ganze Menge an sozialer Entwicklung in dieser Stadt und das ist ganz, ganz wichtig, ich will das für die LINKE noch einmal sagen.

(*Frank Schira CDU*: Das müssen Sie uns doch nicht sagen, was hier richtig ist, das wissen wir doch viel besser!)

Die Sportpolitik und der Sportausschuss sind für uns eine der wichtigsten Aktivitäten. Ich hoffe, dass Sie das liefern, was Sie jetzt angekündigt haben.

(Beifall bei der LINKEN – *Frank Schira CDU*: Das ist ja unglaublich!)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Frau Juliane Timmermann hat das Wort.

Juliane Timmermann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte einen Punkt für meine Fraktion noch einmal klarstellen. Frau von Welck, ich bin dankbar für das, was Sie aufge-

zeigt haben, und es ist momentan das Wichtigste, dass diese Gespräche mit allen Beteiligten aufgenommen werden.

Herr Becker – schockiert wäre zu viel gesagt –, aber es hilft nicht mehr, wenn der Ertrinkende nur noch herausgezogen wird und fast tot ist. Zur Geschichte gehört einfach – das hat Frau Ernst sehr deutlich gemacht –, dass der Bademeister nicht nur weiß, wo der Rettungsring ist, wie die Baderegeln sind, sondern dass er handelt. Dazu gehört auch diese Geschichte, die nämlich die Lehrschwimmbecken erst in die Situation gebracht hat, dass sie jetzt vor dem Aus stehen, und zwar mit dem veränderten Bäderkonzept. Nehmen Sie dieses an und verdrehen Sie nicht die Wahrheit so, bis Sie Ihnen passt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum DIE LINKE*)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Ich stelle fest, dass die Große Anfrage, Drucksache 19/449, besprochen worden ist.

Wir sind somit am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

Ende: 18.43 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Elke Badde, Harald Krüger, Ties Rabe, Birgit Stöver und Ekkehart Wersich

Anlage 1

Zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4

**Wahl von acht ehrenamtlichen Mitgliedern
und deren Vertreterinnen und Vertretern
der Kommission für Bodenordnung
- Drucksache 19/546 -**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
a) Mitglieder					
Dieter Dreyer	113	98	7	8	0
Sven Hielscher	113	100	5	8	0
Peter Kossmehl	113	100	5	8	0
Petra Raßfeld-Wilske	113	100	5	8	0
b) Stellvertretende Mitglieder					
Ina Eggers	113	101	5	7	0
Karl Fasbender	113	100	4	9	0
Christoph Günther	113	100	3	9	1
Klaus-Peter Hesse	113	9	7	7	0
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
a) Mitglieder					
Brigitte Brockmüller	113	102	7	4	0
Gesine Dräger	113	107	4	2	0
Andy Grote	113	101	8	4	0
b) Stellvertretende Mitglieder					
Elke Badde	113	106	3	4	0
Jan Quast	113	102	6	3	2
Walter Zuckerer	113	104	5	4	0
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
a) Mitglied					
Horst Becker	113	105	5	2	1
b) Stellvertretendes Mitglied					
Martina Gregersen	113	106	3	2	2

Anlage 1

**Wahl eines Mitglieds und dessen Vertreterin oder Vertreter
für die Kommission für Stadtentwicklung
- Drucksache 19/625 –**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
a) Mitglied					
Dr. Joachim Bischoff	111	80	22	9	0
b) Stellvertretendes Mitglied					
Christiane Schneider	111	66	35	10	0